



Krieg in der UKRAINE

eine Dokumentation

- Steckbrief
- Land & Leute
- Geschichte & Politik
- Der russische Angriffskrieg
- Anhang/Material

Vorwort

Der Angriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 erschütterte weltweit Menschen. Der völkerrechtswidrige russische Überfall auf die Ukraine und das brutale Vorgehen der russischen Armee sowohl in den besetzten Gebieten mit Hinrichtungen, Vergewaltigungen, Folter, Entführungen, Massakern (Stichwort Butscha), die wahllose Zerstörung von zivilen Zielen in der ganzen Ukraine (Infrastruktur, Schulen, Krankenhäuser, Kirchen) und das sinnlose Töten auf den Schlachtfeldern liegen einzig in der Verantwortung Russlands und seiner Regierung unter Präsident Putin und sind eindeutig als Kriegsverbrechen zu verurteilen. Ein „aber“, „ja, aber“ oder Relativierungen bezüglich dieses Bruchs des Völkerrechts und den damit verbundenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit kann es nicht geben! Die Ukraine hat das Recht, sich zu verteidigen und sie hat das völkerrechtlich verbrieftete Recht, sich Hilfe im Ausland zu holen. Auch eine Relativierung im Sinne von „in jedem Krieg gibt es Kriegsverbrechen von beiden Seiten“ ist ebenfalls nicht angebracht, da hier der Aggressor eindeutig zu benennen ist, wie es die UN-Vollversammlung am 2.3.2022 mit überwältigender Mehrheit bestätigt hat: Russland, bzw. die russische Regierung, bzw. der russische Präsident Putin, der diesen Überfall auf ein anderes souveränes Land angeordnet hat.

Gleichzeitig weisen zahlreiche Menschen, auch Politiker:innen und Publizist:innen, besonders auch in Deutschland auf die Politik des „Westens“, der USA und der NATO in den vergangenen Jahrzehnten seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion hin. Mit dieser „Kontextualisierung“ soll von mancher Seite die Schuld für diesen Krieg dem „Westen“ zugeschoben werden, von anderer Seite zumindest eine Mitverantwortung.

In Europa und anderswo auf der Welt war die Solidarität mit der Ukraine nach dem Beginn des russischen Angriffskrieges zunächst sehr groß. Millionen von ukrainischen Flüchtlingen wurden in Europa aufgenommen und leben bis heute unter uns. Wenn auch zögerlich, so lief die militärische Unterstützung der Ukraine durch die westlichen Staaten doch immer mehr an und hält bis heute an. Anfangs gingen zehntausende Menschen auf die Straßen, um für den Frieden in der Ukraine zu und die Unterstützung zu demonstrieren. Umgekehrt gingen Menschen auf die Straße, um für eine Ende des Krieges und für den Beginn von Verhandlungen zwischen dem Westen und Russland zu demonstrieren. Häufig gerieten beide Gruppen dadurch selbst untereinander in Konflikt, weil sie sich gegenseitig vorwerfen, parteiisch für die ein oder andere Seite zu sein. Immer wieder hörte man auch die Sorge vor der Ausweitung des Krieges bis hin zu einem 3. Weltkrieg oder einem Atomkrieg.

Häufig entstehen solche gegenseitigen Vorwürfe auch aus Unkenntnis der historischen Tatsachen. Stimmt es, dass es die Ukraine erst seit kurzem als Staat gibt? Stimmt es, dass die Ukraine früher zu Russland gehörte? Stimmt es, dass die Ukraine und der Westen Russland bedrohten und dass Russland, wie es selbst behauptet, nur einen Verteidigungskrieg führt?

Muss man sich mit der Ukraine solidarisieren? Darf man Waffenlieferungen an die Ukraine aus Deutschland befürworten? Ausgerechnet aus dem Land, das selbst schon einmal Russland brutal überfallen hat und dort verantwortlich mit Millionen von Toten ist. Stimmt es, dass alle Russen Wladimir Putin und den Krieg unterstützen?

Die folgenden Seiten wollen der emotionsgeladenen Debatte eine sachliche Grundlage entgegensetzen. Zunächst folgt in dieser Dokumentation ein Steckbrief des Landes Ukraine, danach ein historischer Abriss über die Geschichte des Gebietes Ukraine/Russland und die Entstehung des Konfliktes. Erst danach wird auf die aktuellen Ereignisse eingegangen. Dadurch wird das aktuelle Geschehen „kontextualisiert“ und sowohl die Politik der Ukraine, Russlands und auch des Westens, bzw. der übrigen Welt geschildert und auch „kritisiert“. Im Anhang befinden sich aktuellen Zeitungsartikeln entnommene Stimmen zahlreicher Betroffener und Beteiligter aus unterschiedlicher Perspektive.

Die vorliegende Dokumentation ist als Hilfsangebot an Lehrpersonen gedacht, die mit ihren Schüler:innen auf Grund der Aktualität des Themas daran arbeiten und darüber sprechen möchten und dafür einen „roten Faden“ benötigen. Sie ist ab Klassenstufe 7 geeignet, im Unterricht verwendet zu werden. Da die Thematik äußerst komplex ist, ist die Dokumentation sehr umfangreich ausgefallen und kann auch als Materialsammlung verwendet werden (90 Seiten). Selbstverständlich ist es auch möglich, nur einzelne Aspekte mit den Schüler:innen zu behandeln und andere wegzulassen, um sie in den Unterricht integrieren zu können. Man sollte sich nur bewusst darüber sein, dass dieser Konflikt nicht annähernd in nur einer Lektion oder Doppellektion die Schüler:innen einigermaßen umfassend informieren und orientieren kann, so dass sie sich eine eigene Meinung bilden können. Die Dokumentation ist sehr textlastig. Sie ist nicht dazu gedacht, dass sie den Schüler:innen lediglich vorgelesen wird oder zum Selbststudium gegeben wird. Die Lehrpersonen müssen sich intensiv vorbereiten und anhand der enthaltenen Texte und Bilder selbst erzählen. Einzelne Stellen, besonders Zitate können selbstverständlich vorgelesen werden.

Einstieg ins Thema



Vorgeschichte des Krieges

Die Ukraine war bis 1991 Teil der Sowjetunion (UdSSR). Seit ihrer Unabhängigkeit herrscht im Land sowie zwischen der EU, den USA und Russland Uneinigkeit, inwieweit die Ukraine sich außenpolitisch eher den westlichen Staaten oder dem Nachbarland Russland anschließen sollte.

Im Jahr 2013 verschärfte sich der Streit und es kam zu Protesten von Ukrainern/innen, die eine stärkere Annäherung an die EU wollten (Maidan-Bewegung). Die damalige Russland-freundlichen Regierung ließ die Proteste niederschlagen. Es kam zu einer Revolution und der ukrainische Präsident floh aus dem Land. Russland nutzte die Gelegenheit und übernahm die Kontrolle über die Krim-Halbinsel, wo der größte Teil der Bevölkerung russischsprachig ist.

Im Osten der Ukraine, in den Gebieten Luhansk und Donezk (Donbass-Region) versuchten Separatisten mit Unterstützung durch die russische Regierung, die Loslösung dieser Regionen von der Ukraine zu erzwingen. 2014 kämpften sie sogar mit aktiver Unterstützung irregulärer Truppen aus Russland gegen die ukrainische Armee.

Im Herbst 2021 brachte Russland Truppen in die Grenzregion zur Ukraine. Expertinnen und Experten befürchteten seitdem, dass Russland einen militärischen Angriff auf die Ukraine plante, auch weil Russland weitere Friedensgespräche ablehnte. Im Februar 2022 hat Russland die Gebiete Luhansk und Donezk in der Ostukraine als eigenständige Staaten anerkannt. Russland wollte auf diese Weise sein Einflussgebiet in der Ukraine vergrößern.

Krieg

Am 24. Februar 2022 marschierten russische Truppen in die Ukraine ein. Damit hat Russland einen Krieg begonnen. Das war ein Verstoß gegen das Völkerrecht. Die Ukraine verteidigt sich seitdem und kämpft gegen die russischen Truppen.

Die Vereinten Nationen, die Europäische Union und auch die deutsche Bundesregierung haben den Angriff Russlands auf das Nachbarland Ukraine scharf kritisiert. Viele Länder haben wirtschaftliche und finanzielle Strafen (Sanktionen) gegen Russland verhängt. Viele Staaten unterstützen die Ukraine mit Waffen und Hilfsgütern. Während des Krieges in der Ukraine sind viele tausend Menschen verletzt und getötet worden. Viele Häuser, Schulen und Fabriken wurden zerstört, Menschen mussten aus ihrer Heimat fliehen. Niemand weiß, wie lange dieser Krieg noch dauern wird.

Um den Krieg und seine Hintergründe besser verstehen zu können, wird auf den nächsten Seiten das Land Ukraine und seine Geschichte etwas ausführlicher vorgestellt

Steckbrief I



Die Ukraine liegt in Osteuropa. Sie grenzt an Polen, Weißrussland, Russland, Moldawien, Rumänien, Ungarn und die Slowakei. Im Süden liegen das Asowsche Meer und das Schwarze Meer. Im Schwarzen Meer liegt die Halbinsel Krim, die seit 2014 von Russland besetzt ist. Bis zu ihrer Auflösung 1991 gehörte die Ukraine zur Sowjetunion.

Nach Russland, das aber zum großen Teil in Asien liegt, ist die Ukraine das größte Land Europas. Es ist fast doppelt so groß wie Deutschland, doch es leben viel weniger Menschen hier - etwa 45 Millionen. Die Ukraine ist flach oder hügelig. Nur im Westen verlaufen hohe Berge durch das Land, nämlich die Karpaten. Die Hauptstadt Kiew liegt im Norden. Es gibt viele Flüsse, die im Schwarzen Meer münden.



Steckbrief II

Neben Ukrainern leben auch 17 Prozent Russen im Land. Gesprochen wird Ukrainisch, vor allem im Osten aber auch Russisch. In der ukrainischen Steppe leben Tiere wie Perlziegel, Steppeniltis und Przewalski-Pferde. In den Wäldern findet man Bären, Wölfe und Hirsche. In der fruchtbaren Schwarzerde der Ukraine gedeiht Getreide besonders gut. Weizen, Mais und Gerste werden hauptsächlich angebaut.

Seit Februar 2022 herrscht in der Ukraine Krieg, nachdem Russland das Land angegriffen hat. Viele Ukrainer sind geflohen und leben nun im Ausland.



Größe	603.700 km ²
Einwohner	43,92 Millionen
Sprache	Ukrainisch
Hauptstadt	Kiew
Längster Fluss	Dnepr
Höchster Berg	Howerla (2061 m)
Währung	Hrywnja (Griwna)

Steckbrief III

Die Flagge der Ukraine besteht aus einem blauen und einem gelben Streifen. Die Farben stehen für die reifen Kornfelder und den Himmel darüber. Ursprünglich stammen sie aus dem Wappen der Rurikiden. Deren Dynastie herrschte ab dem 9. Jahrhundert über die Kiewer Rus. Auch das Fürstentum Halysch-Wolodymyr, das von Rurikiden regiert wurde, trug diese Farben im Wappen, nämlich einen goldenen Löwen auf blauem Hintergrund. In der Zeit der Ukrainischen Sowjetrepublik wurde eine rote Fahne benutzt, ehe man mit der Unabhängigkeit 1990 zur blau-gelben Nationalflagge zurückkehrte.



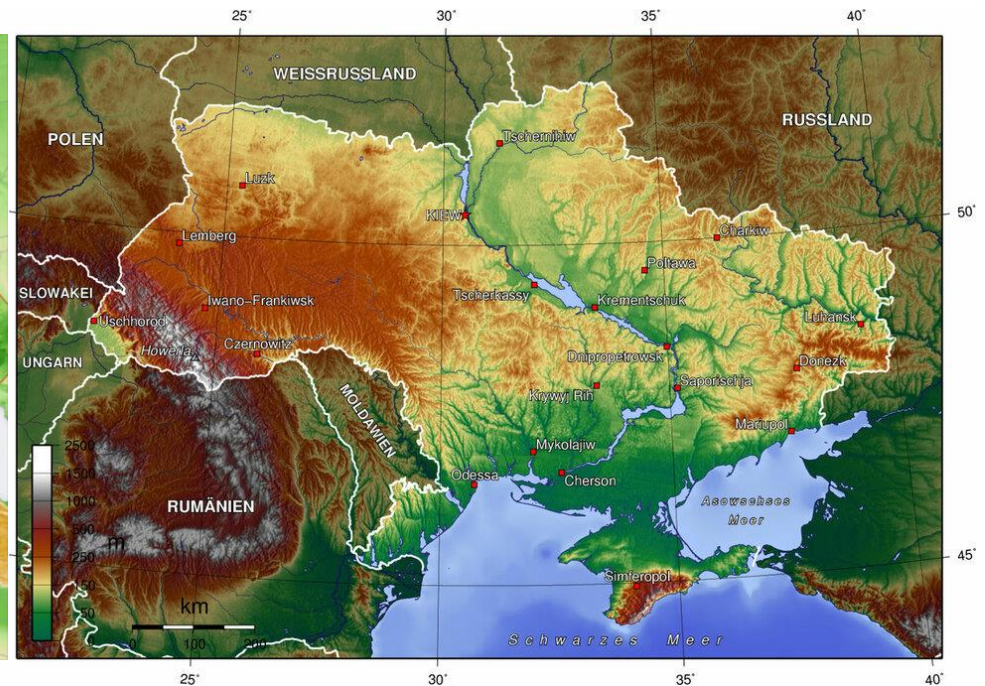
Landschaften I

Die Ukraine liegt in der **Osteuropäischen Ebene**. Diese flache Landschaft nimmt den ganzen Osten Europas ein und teilt sich wiederum in Tiefländer und Höhenzüge, die jedoch nur Höhen bis etwa 500 Meter aufweisen.

In der Mitte der Ukraine liegt das **Dnepr-Tiefland** zu beiden Seiten des Flusses Dnepr.

Im Osten befindet sich die **Donezplatte**, ein Höhenzug, dessen höchste Erhebung 369 Meter misst.

Im Westen liegt die **Podolische Platte**, ein weiterer Höhenzug. Ganz im Südwesten sind die Berge deutlich höher, denn hier verlaufen die Karpaten durch die Ukraine. In den **Karpaten** liegt auch der höchste Berg der Ukraine, die Howerla. Ihr Gipfel misst 2061 Meter.



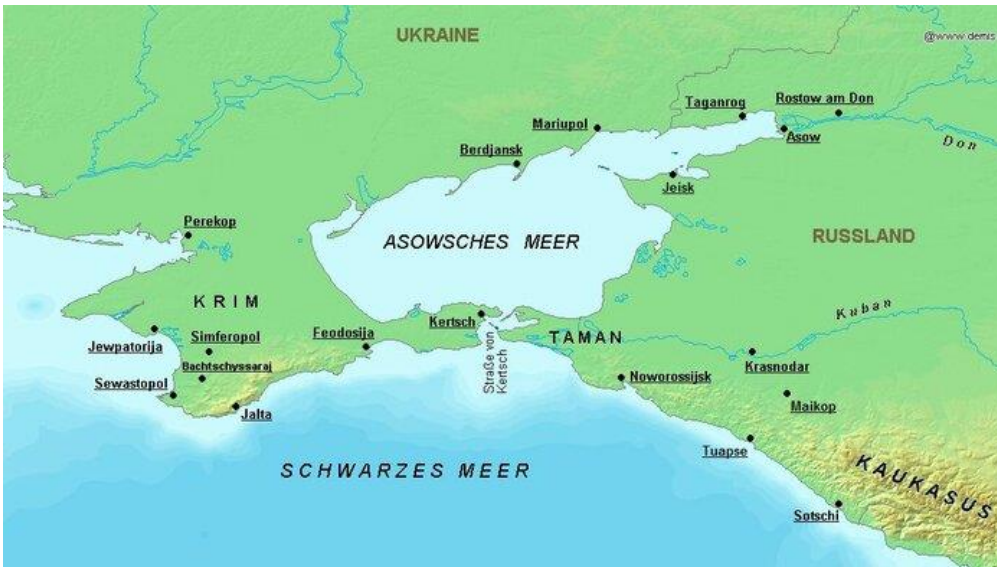
Landschaften II



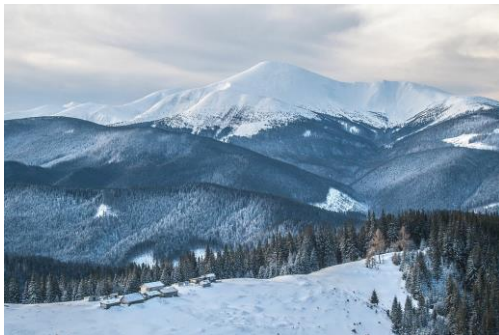
Durch das Schwarze Meer und das Asowsche Meer besitzt die Ukraine eine lange **Küste**.

Viele **Flüsse** fließen von Nord nach Süd durchs Land und münden dann ins Schwarze Meer. Zu ihnen gehören im Zentrum des Landes der Dnepr und im Westen der Dnister.

Im Schwarzen Meer liegen **Inseln**, die zur Ukraine gehören. Dscharyhatsch ist unbewohnt, die Schlangeninsel militärisches Sperrgebiet und Tusla wird mit der Krim von Russland beansprucht.



Landschaften III



Städte I



Kiew

Kiew ist die Hauptstadt der Ukraine. Fast 3 Millionen Einwohner lebten hier vor dem Beginn des Krieges. Sie liegt zu beiden Seiten des Dnepr und ist für ihre religiöse Architektur, ihre weltlichen Denkmäler und ihre Geschichtsmuseen bekannt. Das im 11. Jahrhundert errichtete Kiewer Höhlenkloster ist eine Wallfahrtsstätte, die mehrere Kirchen mit goldenen Kuppeln umfasst.

Kiew gilt als wichtiger Bildungs- und Industriestandort und bildet darüber hinaus den wichtigsten Verkehrsknotenpunkt des Landes. Wegen der vielen Kirchen und Klöster und seiner Bedeutung für die orthodoxe Christenheit wird Kiew seit dem Mittelalter außerdem als *Jerusalem des Ostens* bezeichnet.



Städte II

Odessa

Odessa ist eine Hafenstadt am Schwarzen Meer im Süden der Ukraine mit knapp 1 Million Einwohnern. Sie ist für ihre Strände und ihre Bauten aus dem 19. Jahrhundert bekannt, darunter das Opernhaus Odessa. Die monumentale Potemkinsche Treppe, die im Film "Panzerkreuzer Potemkin" verewigt wurde, führt zum Hafen mit dem Woronzow-Leuchtturm. Parallel zum Wasser verläuft der prachtvolle Primorskij-Boulevard, eine beliebte Promenade mit Herrenhäusern und Denkmälern.

Charkiw

ist nach Kiew mit rund 1,5 Millionen Einwohnern (2019) die zweitgrößte Stadt der Ukraine. Mit 42 Universitäten und Hochschulen ist sie das nach Kiew bedeutendste Wissenschafts- und Bildungszentrum des Landes. Die Stadt liegt im Nordosten der Ukraine an der Mündung des Flusses Charkiw in den Lohan und des Lohan in den Udy. Sie ist ein Industriezentrum (Elektro-, Nahrungsmittel-, Chemieindustrie; Maschinen- und Schienenfahrzeugbau).

Lwiw/Lemberg

Lwiw ist eine Stadt im Westen der Ukraine mit rund 700.00 Einwohnern, rund 70 km von der polnischen Grenze entfernt. Spuren ihrer polnischen und österreichisch-ungarischen Vergangenheit sind an der Architektur zu erkennen, die mittel- und osteuropäische sowie italienische und deutsche Stilrichtungen vereint. Im Park der Hochburg auf dem Berggipfel liegen die Ruinen einer Burg aus dem 14. Jahrhundert und bieten Panoramablicke auf die Kirchen der Stadt mit ihren grünen Kuppeln sowie die umliegenden Hügel.



Menschen I

In der Ukraine leben knapp 44 Millionen Menschen. Die meisten von ihnen, nämlich 70 von 100 Leuten, wohnen in einer Stadt. Kiew ist mit 2,9 Millionen die einwohnerstärkste Stadt. Dann folgen die Millionenstädte Charkiw, Dnipro, Odessa und Donezk. Durch den Krieg in der Ukraine leben derzeit viele Menschen im Ausland. Sie sind vor dem Krieg geflohen.

In der Ukraine bekommt jede Frau im Durchschnitt 1,57 Kinder. Das ist nicht viel und so sinkt die Einwohnerzahl langsam. Das Durchschnittsalter beträgt 41,2 Jahre. In Deutschland liegt es übrigens bei ca. 44,5 Jahren. Die Lebenserwartung ist in der Ukraine jedoch sehr niedrig. Sie lag 2019 für Männer bei 69,1 Jahren, für Frauen bei 78,6 Jahren. Der Tod vieler junger Menschen durch den Krieg hat die Lebenserwartung sicherlich noch einmal deutlich verringert. In Deutschland liegt sie bei 78,1 Jahren bei Männern und bei 82,8 Jahren bei Frauen (Stand 2023).



Menschen II

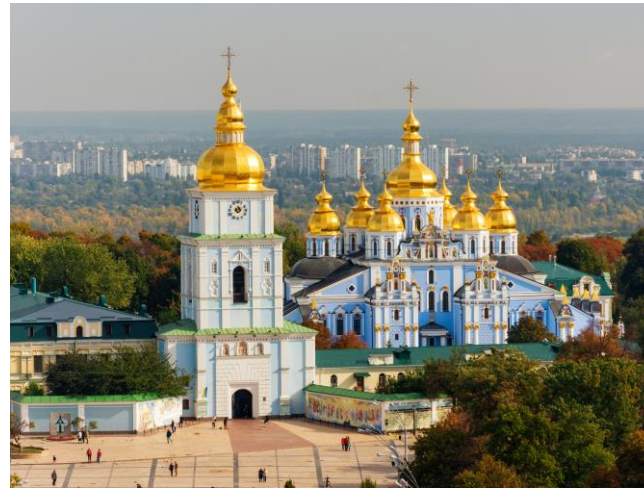
Die meisten Einwohner der Ukraine waren bis zum Angriff Russlands auf das Land mit 78 Prozent Ukrainer, doch auch Russen lebten mit 17 Prozent im Land. Die Verteilung war jedoch nicht überall gleich. So lebten auf der Halbinsel Krim mehr Russen als Ukrainer. Hohe Anteile in der Bevölkerung hatten Russen auch in den Bezirken der Ostukraine, in Luhansk und Donezk. Der Krieg, der 2022 begann, wird Änderungen mit sich bringen.

Minderheiten mit unter einem Prozent der Einwohner sind Moldawier, Weißrussen, Krimtataren, Bulgaren, Magyaren, Polen, Juden und Armenier. Etwa 30.000 Menschen gehören einer deutschsprachigen Minderheit an. Vor dem Ersten Weltkrieg lag diese Zahl wesentlich höher bei mehreren hunderttausend Menschen.



Religion

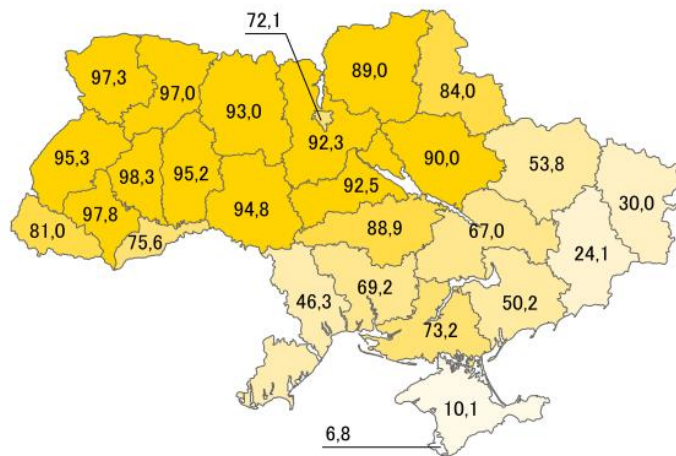
75 von 100 Ukrainern gehören der orthodoxen Kirche an. Diese teilt sich in mehrere Kirchen auf, die lange nicht alle anerkannt waren. Die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche des Kiewer Patriarchats entstand erst 1991. Sie stritt mit der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche Moskauer Patriarchats um den Besitz vieler kirchlicher Bauten. Auch die Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche war nicht anerkannt. Gegen den Widerstand der russisch-orthodoxen Kirche wurden die drei Kirchen aber 2018 zusammengeführt. Es gibt im Land auch 4 Prozent Muslime, 2,7 Prozent Protestanten und 2,4 Prozent Katholiken.



Sprache I

In der Ukraine spricht man **Ukrainisch**. Sie ist die Amtssprache des Landes. Bis zur Unabhängigkeit 1991 war Russisch ebenfalls Amtssprache. Heute verstehen und sprechen die meisten Einwohner auch Russisch. Ukrainisch geben allerdings 70 Prozent als ihre Muttersprache an. In den meisten Schulen ist Ukrainisch inzwischen Unterrichtssprache und nicht mehr Russisch. Mit dem Krieg, der 2022 begann, wird es hier weitere Veränderungen geben.

Ukrainisch und Russisch sind beide **ostslawische Sprachen** und haben sich aus einer gemeinsamen Sprache entwickelt. Sie sind miteinander verwandt und es gibt viele Ähnlichkeiten. Sprecher können sich bis zu einem gewissen Grad miteinander verständigen. Der Wortschatz stimmt zu etwa zwei Drittel überein (auch mit dem Weißrussischen).



UKRAINIAN українська

А а	Б б	В в	Г г	Ґ ґ
А	В	В	Н	Ґ
Д д	Е е	Є є	Ж ж	З з
Д	Е	Є	Ж	З
И и	І і	Ї ї	Й й	К к
І	І	І	І	К
Л л	М м	Н н	О о	П п
Л	М	Н	О	П
Р р	С с	Т т	У у	Ф ф
Р	С	Т	У	Ф
Х х	Ц ц	Ч ч	Ш ш	Щ щ
Х	Ц	Ч	Ш	Щ
Ь ь		Ю ю	Я я	
Ь		Ю	Я	

RUSSIAN русский

А а	Б б	В в	Г г	Д д
А	В	В	Г	Д
Е е	Ё ё	Ж ж	З з	И и
Е	Ё	Ж	З	И
Й й	К к	Л л	М м	Н н
Й	К	Л	М	Н
О о	П п	Р р	С с	Т т
О	П	Р	С	Т
У у	Ф ф	Х х	Ц ц	Ч ч
У	Ф	Х	Ц	Ч
Ш ш	Щ щ	Ъ ъ	Ы ы	Ь ь
Ш	Щ	Ъ	Ы	Ь
Э э		Ю ю	Я я	
Э		Ю	Я	

Ukrainisch wird wie Russisch in kyrillischer Schrift geschrieben. Zusätzlich gibt es jedoch die Buchstaben **І**, der *Ji* ausgesprochen wird, und **Ґ**, der für das *g* steht, weil **Г** (im Russischen das *G*) für *h* verwendet wird. Wenn man diese Buchstaben sieht, erkennt man also, dass es sich nicht um Russisch, sondern um Ukrainisch handelt.

Sprache II

In Gegenden mit hohem Anteil russischer Bevölkerung wie in der Ostukraine sprachen mehr Menschen im Alltag **Russisch** als Ukrainisch - nicht nur Russen, sondern auch Ukrainer, die dort lebten. Politisch ist die Sprachenfrage schon lange ein Reizthema im Land.

2012 wurde Russisch durch ein **Sprachengesetz** überall dort zur anerkannten offiziellen Sprache, wo mindestens 10 Prozent der Bevölkerung sie sprechen. Das ist immerhin in 13 von 27 Regionen der Fall und in neun Regionen wurde es dann auch durchgesetzt. Dieses Sprachengesetz wurde dann aber wieder aufgehoben.

2019 wurde dann ein **neues Gesetz** beschlossen, das das Ukrainische wieder stärkt. Es ist offiziell das Gesetz "Über die Sicherstellung der Funktion des Ukrainischen als Staatssprache". Schrittweise traten die Bestimmungen in Kraft. Denn es gab eben auch viele Menschen, die nicht oder nicht gut Ukrainisch sprachen. So muss das Fernsehen erst seit Sommer 2021 auf Ukrainisch senden. Zeitungen müssen nach und nach zur ukrainischen Sprache übergehen. Bei Verstößen gegen das Gesetz werden Bußgelder verhängt, allerdings nicht im privaten Bereich.

Dieses Gesetz nahm Russland immer wieder zum Anlass, in seiner Propaganda vor und während des Angriffskrieges auf die Ukraine von der Unterdrückung der russischsprachigen Bevölkerung durch die ukrainische Regierung zu sprechen.

Neben Ukrainisch und Russisch werden **weitere Sprachen** im Land gesprochen wie Ungarisch, Rumänisch, Krimtatarisch, Weißrussisch oder Armenisch.

Kleiner Sprachkurs

Hallo - Привіт! (sprich: Priwít!)

Guten Tag - Дóбрый дéнь! (Dóbryj dén!)

Auf Wiedersehen - До побачення! / До зустрічі! (Do pobáčennja! / Do sústritschi!)

Ja - так (tak)

Nein - ні (sprich : ni)

Danke - Дякую! (Djákuju!)

Bitte! - будь ласка (bud láska)

Entschuldigen Sie - Вибачте (Wýbatschte)

Ich heiße ... - Мене звати ... (Mené swáty ...)

Ich hätte gerne ... - Я хотів би ... (männliche Personen);
Я хотіла б ... (weibliche Personen) (Ya khotiv bi ...; Ya khotila b ...)

Was kostet ...? - Скільки коштує...? (Skilyki koshtue...?)

Ich spreche kein Ukrainisch. - Я не розмовляю українською мовою. (Ya ne rostovlyaju ukrajinsykoju mowou.)

Fauna und Flora

Fauna

Sümpfe, Steppen und Wälder gibt es in der Ukraine. Insgesamt sind 16 Prozent der Landesfläche bewaldet. Wald wächst zum Beispiel im Hügelland und auch in den Karpaten, den hohen Bergen im Westen. Dort findet man noch einige der letzten Urwälder Europas. Dort darf alles ohne menschlichen Einfluss wachsen. Typische Baumarten in der Ukraine sind Kiefern, Buchen, Birken, Eichen, Weiden, Eschen und Fichten. Steppe macht einen großen Teil der Ukraine aus. Dort wachsen vor allem Gräser.



Flora

Typische Bewohner der ukrainischen Steppe sind Perlziesel, Steppeniltis und Przewalski-Pferde. Sie sind die einzige Art von Wildpferden, die überlebt haben. Sie waren einst fast ausgestorben, wurden aber erfolgreich wieder angesiedelt, unter anderem in der Ukraine.

In den trockenen Gebieten fühlen sich auch Eidechsen und Schlangen wohl, während die Wälder Heimat von Bären, Wölfen, Hirschen, Wildschweinen und Waschbären sind. Insgesamt finden sich rund 110 Säugetierarten und 21 Reptilienarten.

Wirtschaft I

Die Ukraine ist einer der größten **Getreideproduzenten** weltweit. Vor allem Weizen, Mais und Gerste werden angebaut. Etwa die Hälfte der Ernte wurde vor dem Krieg exportiert, also in andere Länder verkauft. Angebaut werden außerdem Kartoffeln und Zuckerrüben, am Schwarzen Meer auch Obst und Wein. Seitdem Russland im Krieg die ukrainischen Verladehäfen am Meer (z.B. Odessa) blockiert oder bombardiert, fällt es der Ukraine schwer, ihr Getreide auszuführen.

Früher wurde die Ukraine häufig auch als Kornkammer Europas bezeichnet.

Die Ukraine besitzt besonders guten Ackerboden, denn er ist von fruchtbarer **Schwarzerde** bedeckt. Insgesamt erwirtschaftet die Landwirtschaft noch 12 Prozent der gesamten Wirtschaft, obwohl nur 5,8 Prozent der Beschäftigten in diesem Bereich arbeiten.



Wirtschaft II

Die Industrie der Ukraine war schon zu Zeiten der Sowjetunion in verschiedenen Bereichen führend. Mit der Unabhängigkeit wurde die bisherige Planwirtschaft auf eine Marktwirtschaft umgestellt, was zunächst viele Probleme mit sich brachte. Ab dem Jahr 2000 erholte sich die Wirtschaft und die Industrie trägt heute zu einem Viertel zur gesamten Wirtschaft bei.

Die Industrie ist jedoch vor allem im **Osten** angesiedelt, wo durch den Konflikt mit Russland schon seit 2014 Krieg herrscht. Die Ukraine hat dadurch auch ihren größten Handelspartner verloren.

Hergestellt werden Fahrzeuge und Flugzeuge, Eisen und Stahl, Lebensmittel, Maschinen, Elektrogeräte und vieles mehr. Im **Bergbau** wird vor allem Kohle gefördert. Häufig sind die Bergwerke veraltet und es hat schon schwere Bergwerksunfälle gegeben.



Wirtschaft III

Seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges im Februar 2022 wird natürlich auch die Wirtschaft stark beeinträchtigt. Russland hat die Ukraine auch zunächst daran gehindert, ihr Getreide zu exportieren. Das wiederum hat in anderen Ländern Hungersnöte verursacht, weil kein Getreide geliefert werden konnte. Bei zwischenzeitlichen Lockerungen der Blockade durch Russland konnte die Ukraine wieder begrenzt Getreide ausführen. Dieser "Getreidedeal" muss(te) immer wieder verlängert werden.

Allerdings kann das Land nun viel weniger Getreide produzieren als vor dem Krieg. Denn auch Felder sind zerstört oder vermint worden. Dabei hat die Bedeutung der Landwirtschaft sogar noch zugenommen, denn viele Industrieanlagen wurden im Krieg zerstört, weil Russland die Fabriken systematisch zerstört hat.

Die Hälfte aller Exporte der Ukraine sind im Frühjahr 2023 Weizen, Milchprodukte und Fleisch.



Geschichte I

Ur- und Frühgeschichte

Auf dem Gebiet der heutigen Ukraine lebten vor rund 45.000 Jahren Neandertaler. Im 6. Jahrtausend v. Chr. wurden die Menschen wie überall in Europa sesshaft. Es entwickelten sich verschiedene Kulturen wie die Dnepr-Don-Kultur, die Cucuteni-Tripolje-Kultur oder die Jamnaja-Kultur. Jede dieser Kulturen hatte ihre eigenen Kennzeichen.

Völker, die sich im Laufe der Zeit hier niederließen, waren ab 1300 v. Chr. Kimmerer, ab dem 8. Jahrhundert v. Chr. Skythen und ab dem 4. Jahrhundert v. Chr. Sarmaten. Die Landschaft, in der sie sich niederließen, nannte man **Wildes Feld**. Es handelt sich um die Steppengebiete im Süden der heutigen Ukraine.

An der Küste des Schwarzen Meeres siedelten im 5. Jahrhundert v. Chr. Griechen, die von der Südküste hierher kamen. Sie gründeten Kolonien.

Zur Zeit der Völkerwanderung im 2. bis 5. Jahrhundert fielen immer wieder Völker in das Gebiet ein, zum Beispiel Hunnen, Bulgaren oder Magyaren. Im 6. Jahrhundert siedelten **Slawen** hier. Die Ukrainer sind Nachfahren dieser ostslawischen Stämme.



Geschichte II

Kiewer Rus

Im 8. Jahrhundert kamen Händler und Krieger aus Skandinavien über die Flüsse auch in das Gebiet der heutigen Ukraine. Diese Wikinger waren Waräger oder Rus. Sie vermischten sich mit den Slawen und gründeten die Kiewer Rus. Kiew machten sie zu ihrer Hauptstadt.

Im 10. und 11. Jahrhundert hatte die Kiewer Rus ihre Blütezeit. Das Reich zerfiel dann jedoch in viele kleine Fürstentümer. Im 13. Jahrhundert fielen die Mongolen ein und zerstörten das Reich. Der Nordosten blieb bis 1480 unter ihrer Kontrolle.



Geschichte III

Unter litauischer und polnischer Herrschaft

Um 1300 entstand das Großfürstentum Litauen, das sich weit nach Osten ausbreitete und schließlich auch den Westen der heutigen Ukraine umfasste. 1569 taten sich das Großfürstentum Litauen und das Königreich Polen zusammen und Polen-Litauen entstand. Litauen suchte nämlich Unterstützung gegen Russland.

Im 16. Jahrhundert gerieten weite Teile unter polnischen Einfluss. Im Osten machte Russland seinen Einfluss geltend. Und am Schwarzen Meer war 1441 das Krimkhanat gegründet worden. Es existierte bis 1792, als Russland das Gebiet besetzte.



Hetmanat in der Ukraine

An den Grenzen der ukrainischen Steppe lebten Kosaken. Sie taten sich zu Reiterverbänden zusammen und lebten in befestigten Lagern, den Sitsch. Ihr Anführer war der Hetman. 1648 befreiten sie sich in einem großen Aufstand von der polnischen Herrschaft und gründeten einen eigenen Staat, das Hetmanat. Nur wenige Jahre später unterstellten sie sich dem Schutz des russischen Zaren, das Hetmanat blieb aber als autonomer Teil im Russischen Reich bestehen.

(Bild rechts: Kosakische Flagge)



Geschichte IV

Russische Herrschaft

In der Regierungszeit der russischen Zarin Katharina der Großen geriet Polen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts unter russische Herrschaft. Polen wurde mehrmals geteilt und so kam das ukrainische Gebiet überwiegend zu Russland, mit den Regionen Galizien und der Bukowina teils aber auch zu Österreich-Ungarn. Die Stadt Lwiw erhielt damals den deutschen Namen Lemberg.

Das Gebiet am Schwarzen Meer wurde von Russland erobert. Es wurde nun Neurussland genannt. Auf der Krim wurden die Städte Sewastopol und Simferopol gegründet, an der Küste Odessa. Im Südosten wurden Russen angesiedelt, aber auch Deutsche und andere Ausländer wurden mit günstigen Bedingungen wie Land hergelockt.

Ukrainer oder Kleinrussen?

Das Russische Zarenreich vertrat die Auffassung, dass das russische Volk aus Großrussen, Kleinrussen und Weißrussen bestehe. Mit Kleinrussen bezeichnete man die Ukrainer. Im 19. Jahrhundert entfaltete sich in der Ukraine eine Nationalbewegung, die diese Auffassung ablehnte und für ihre Eigenständigkeit eintrat. Russland reagierte darauf, indem es zum Beispiel die ukrainische Sprache verbot.



Geschichte V

Geschichte im 20. Jahrhundert

Ukrainische Volksrepublik - erste Unabhängigkeit (1917-1919)

Mit der Februarrevolution 1917 endete die Zarenherrschaft in Russland, mit der Oktoberrevolution 1917 kamen die Bolschewiken an die Macht. Das führte auch in der Ukraine zu Umbrüchen. Zunächst wurden gleich zwei Nationalstaaten gegründet. Im Westen war das die Westukrainische Volksrepublik. Die schloss sich jedoch schon nach wenigen Monaten im Januar 1919 der Ukrainischen Volksrepublik an. Der Westen wurde dann jedoch von Polen besetzt.

Ukraine als Sowjetrepublik (1919-1991)

Die Bolschewiken nahmen 1919 Kiew ein, riefen die Ukrainische Sowjetrepublik aus und eroberten auch den Rest des Landes. Mit der Gründung der Sowjetunion 1922 wurde die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik (SSR) Teil von dieser. Wie in der gesamten Sowjetunion wurde auch in der Ukraine die Landschaft kollektiviert: Kleine Bauernhöfe wurden zu großen zusammengefasst und gemeinschaftlich bewirtschaftet, die Industriebetriebe wurden verstaatlicht.



Mitten auf einem Platz in Kiew wurde die Vereinigung der beiden ukrainischen Volksrepubliken im Januar 1919 unterzeichnet.



Geschichte VI



Holodomor in der Ukraine

1932 und 1933 kam es in der Ukraine zu einer schweren **Hungersnot**. Sie wird auch als Holodomor bezeichnet, denn übersetzt bedeutet der Begriff "Tötung durch Hunger". Mehrere Millionen Menschen starben in dieser Zeit. Die Schätzungen reichen von 2,4 bis 7,5 Millionen Menschen.

Als Gründe werden neben Missernten die zwangsweise Kollektivierung und Stalins weitere Politik genannt. Der Widerstand in der Ukraine gegen die russische Macht sollte so gebrochen werden. So wurden Lebensmittel zwangsweise eingesammelt und viele Bauern endeten als Bettler. Grenzen wurden geschlossen, sodass die hungernden Menschen das Land nicht verlassen konnten.

Viele Ukrainer haben diese Zeit, auch wenn sie sie nicht selbst erleben mussten, bis heute nicht vergessen. Sie kennen die Erzählungen darüber aber von ihren Eltern oder Großeltern. Jedes Jahr gibt es einen nationalen Gedenktag jeweils am vierten Samstag im November.

(Bild oben rechts: der sowjetische Diktator Josef Stalin, der das Aushungern der Ukrainer befahl)



Die Ukraine brachte 2005 eine Gedenkmünze zum Holodomor heraus.

Geschichte VII



Die Ukraine im 2. Weltkrieg

1939 besetzte die Sowjetunion die bis dahin zu Polen gehörenden Gebiete der Westukraine und gliederte sie in die Ukrainische SSR ein. Dies geschah im Rahmen des Hitler-Stalin-Pakts. 1941 wurden weite Teile der Ukraine vom Deutschen Reich (braune Farbe auf der Karte) besetzt und zum Reichskommissariat Ukraine ernannt. Es kam zu Massenmorden an Juden, Polen und sowjetischen Kriegsgefangenen. Fast die gesamte jüdische Bevölkerung wurde ausgelöscht. Beim Rückzug zerstörten die deutschen Truppen Dörfer und Städte und hinterließen "verbrannte Erde".

Die deutsche Armee (Wehrmacht) hatte darüber hinaus auch im Versuch die Sowjetunion zu erobern, westliche Teile des heutigen Russlands besetzt (rosa Farbe auf der Karte). Nach der Niederlage der deutschen Truppen bei der Schlacht um Stalingrad im Winter 1941/42 rückte die sowjetische Armee (Rote Armee) Richtung Westen vor und eroberte besetztes russisches Gebiet und auch heute ukrainisches Gebiet von den Deutschen zurück.

Sowohl auf Seiten der deutschen wie auf Seiten der sowjetischen Truppen kämpften nun Ukrainer. Besonders für die Westukrainer waren die Russen Besatzer, weshalb sie sich den Deutschen anschlossen, die ja ebenfalls Besatzer waren. Die Deutschen warben viele ukrainische Freiwillige an, die auf ihrer Seite für sie kämpfen sollten. Für viele dieser Soldaten war es auch eine Art Befreiungskampf gegen die Russen, bzw. eine Art Rache für den Holodomor, für den sie die Schuld den Russen gaben.

Es gab aber auch ukrainische Truppenteile, die sich an den Massendeportationen und -exekutionen der deutschen Besatzer, besonders gegenüber der jüdischen Bevölkerung in der Ukraine, beteiligten.

Tatsächlich gab es auch Ukrainer, die mit den deutschen Faschisten sympathisierten.

Nach dem Krieg, den die Sowjetunion gewann, wurden die Ukrainer, die gegen die Rote Armee gekämpft hatten, von den Russen als „Faschisten“ bezeichnet, weil sie gemeinsam mit den Deutschen gekämpft hatten.

Bis heute bezeichnet die russische Regierung und Propaganda wegen dieser Geschehnisse viele Ukrainer, bzw. die ukrainische Regierung als „Faschisten“.

1944 gab Rumänien einen Teil seines Staatsgebietes an die Sowjetunion bzw. an die Ukraine ab. Die Halbinsel Krim gehörte zunächst zur Russischen Sowjetrepublik und wurde erst 1954 der Ukrainischen SSR zugeschlagen.



Geschichte VIII

Unabhängigkeit der Ukraine 1991

Mit dem Ende der Sowjetunion erklärte die Ukraine am 24. August 1991 ihre Unabhängigkeit. Im Dezember 1991 bestätigte eine Volksabstimmung die Unabhängigkeit. Damit begann auch die Suche nach der ukrainischen Rolle zwischen der Europäischen Union im Westen und Russland im Osten.

Erster Präsident des Landes wurde Leonid Krawtschuk. 1994 wurde Leonid Kutschma zu seinem Nachfolger gewählt. In seiner Amtszeit kam es zu mehreren Korruptionsvorwürfen, außerdem wurde die Pressefreiheit eingeschränkt.



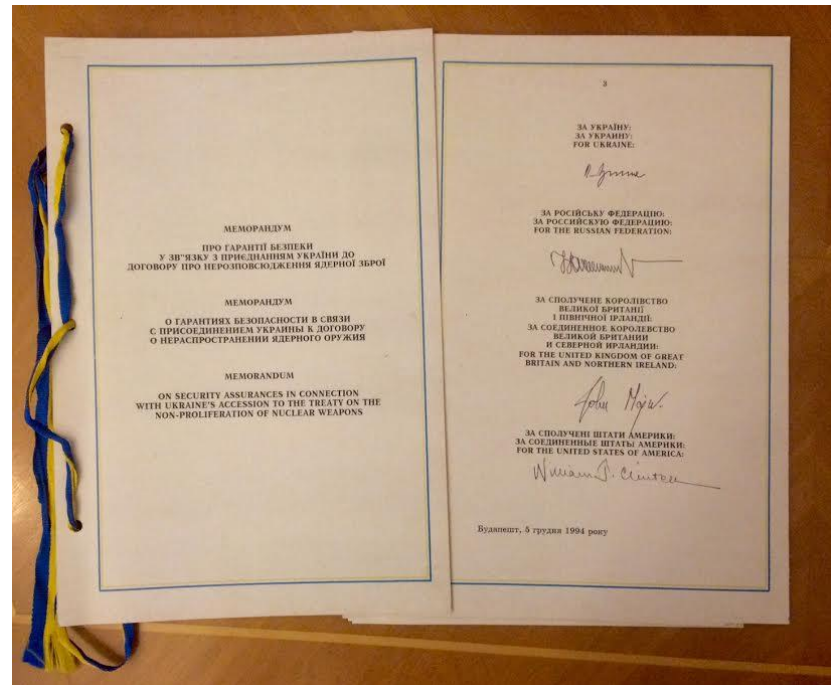
Geschichte IX

Das **Budapester Memorandum** umfasst drei Vereinbarungen, die am 5. Dezember 1994 in Budapest im Rahmen der dort stattfindenden KSZE-Konferenz unterzeichnet wurden.

Im Memorandum bekräftigten Russland, die Vereinigten Staaten von Amerika und das Vereinigte Königreich, als Gegenleistung für einen Nuklearwaffenverzicht, gemeinsam in drei getrennten Erklärungen jeweils gegenüber Kasachstan, Belarus und der Ukraine erneut ihre bereits bestehenden Verpflichtungen, die Souveränität und die bestehenden Grenzen der Länder, das UN-Gewaltverbot und weitere Verpflichtungen zu achten. Dabei wird auf die Schlussakte von Helsinki, die Charta der Vereinten Nationen und den Atomwaffensperrvertrag verwiesen.

Artikel 1 bekräftigt die Verpflichtung (*reaffirm commitment*) der Signatarstaaten, Souveränität und bestehende Grenzen zu achten und verweist auf die Schlussakte von Helsinki als Grundlage für die Prinzipien der Souveränität, der Unverletzlichkeit der Grenzen und der territorialen Integrität.

Artikel 2 bekräftigt erneut die Pflicht (*reaffirm obligation*) zur Enthaltung von Gewalt und verweist auf die Charta der Vereinten Nationen als Grundlage des Gewaltverbotes.



Geschichte X

Geschichte der Ukraine im 21. Jahrhundert

Orange Revolution in der Ukraine 2004

2004 fanden Präsidentschaftswahlen statt, Kutschma konnte nach zwei Amtszeiten nicht mehr antreten. **Wiktor Juschtschenko** trat für eine Orientierung zum Westen ein, sein Gegner **Wiktor Janukowytsch** wurde hingegen von Russland unterstützt. Nach einer Stichwahl im November wurde Janukowytsch zum Sieger erklärt. Juschtschenko hatte wochenlang nicht am Wahlkampf teilnehmen können, nachdem er im September 2004 eine Dioxinvergiftung erlitten hatte, die u. a. sein Gesicht entstellte.

Nach dem Sieg Janukowytschs kam es wochenlang zu Protesten in der Bevölkerung, die Janukowytsch Wahlbetrug vorwarf. Die Menschen versammelten sich vor allem auf dem zentralen Platz in Kiew, dem Maidan (auch Majdan geschrieben), und trugen **Orange** - die Wahlfarbe Juschtschenkos. Die Stichwahl wurde schließlich im Dezember wiederholt. Aus dieser Wahl ging nun Juschtschenko als Sieger hervor. Man nennt das auch die Orangene Revolution.



Geschichte XI

Präsidentschaft von Juschtschenko (2005-2010)

Wiktor Juschtschenko wurde 2005 als neuer Präsident vereidigt. Doch das Wahlbündnis, das aus der Orangen Revolution hervorgegangen war, konnte sich nicht auf einen Kurs einigen. Juschtschenko stand mit seinen Anhängern **Julia Timoschenko** gegenüber, die zunächst Ministerpräsidentin der Ukraine wurde. Zudem blieb das Land gespalten, denn der Süden und Osten des Landes hatte mehrheitlich für Janukowytsch gestimmt. Man warf Juschtschenko auch vor, in seiner Amtszeit zu wenig bewirkt zu haben.



Präsidentschaft von Janukowytsch (2010-2014)

Die **Präsidentschaftswahlen 2010** gewann nun Wiktor Janukowytsch. Im ersten Wahlgang hatte er Juschtschenko besiegt, in der Stichwahl auch Julia Timoschenko. Sie und viele ihrer Anhänger wurden in der Folgezeit wegen Amtsmissbrauchs angeklagt und kamen in Haft. International wurde dies kritisiert.

Am 21. November 2013 weigerte sich Janukowytsch das Assoziierungsabkommen mit der EU zu unterzeichnen, das eine politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit vorsieht. Daraufhin kam es erneut zu Protesten auf dem Maidan-Platz in Kiew.



Geschichte XII

Euromaidan-Proteste 2013/14

Die Protestbewegung in der Ukraine, die auf dem Maidan in Kiew begann, wurde bald Euromaidan genannt. Zunächst friedliche Proteste von Studenten wurden mit Hilfe der Sondereinheit „Berkut“ gewaltsam bekämpft. Daraufhin solidarisierten sich hunderttausende von Bürgern mit den Studenten. Die Proteste dauerten tagelang an und es kam zu vielen Verletzten und auch Toten. Die Demonstranten forderten die Unterzeichnung des Abkommens mit der EU und die Amtsenthebung von Präsident Janukowytsch.

Bis heute behauptet Russland, diese Proteste seien vom Ausland, besonders von den USA gesteuert worden und bezeichnet die danach gewählten Regierungen als illegal.

Im Februar 2014 flüchtete Janukowytsch nach Russland und das Parlament erklärte ihn für abgesetzt. Bis zu den nächsten Wahlen im Juni wurde Olexander Tortschynow zum Übergangspräsidenten ernannt. Das Assoziierungsabkommen mit der EU wurde nun unterschrieben. Julia Timoschenko wurde aus der Haft entlassen.

Präsidentschaften von Poroschenko (2014-2019)

Die Präsidentschaftswahlen im Juni 2014 gewann Petro Poroschenko im ersten Wahlgang. Kandidiert hatte auch Julia Timoschenko. Poroschenko erhielt prominente Unterstützung von dem Boxer Vitali Klitschko, der zunächst selbst hatte kandidieren wollen.

Präsidentschaft von Wolodymir Selenskyj (seit 2019)

Die Wahlen im Jahr 2019 gewann jedoch sein Konkurrent Wolodymyr Selenskyj. Er war in der Ukraine als Fernseh- und Comedystar bekannt geworden. Unter anderem spielte er in der Serie „Diener des Volkes“ einen Geschichtslehrer, der, angewidert von den korrupten Politikern in der Ukraine, sich zur Präsidentschaftswahl aufstellen lässt und per social media einen solchen Erfolg bekommt, dass er schließlich zum Präsidenten gewählt wird.

Was er als Fernsehserie vorausgenommen hatte, wurde dann Wirklichkeit. Selenski liess sich zur Präsidentschaftswahl aufstellen, nannte seine Bewegung, bzw. Partei „Diener des Volks“ und gewann tatsächlich die Präsidentschaftswahlen 2019. Allerdings war er in den beiden ersten Jahren seiner Präsidentschaftswahlen nicht mehr sonderlich beliebt bei den Menschen, weil er sein Versprechen, die Korruption in der Ukraine zu bekämpfen, nicht sehr energisch und erfolgreich umsetzte.



Petro Poroschenko wurde 2014 zum Präsidenten der Ukraine gewählt.



Krimbesetzung

Russische Besetzung der Krim 2014

Nach der Flucht von Janukowitsch besetzte Russland die Halbinsel Krim und es kam zu einem Umsturz im Parlament der Krim, wo Sergei Aksjonow die Macht übernahm. Am 16. März wurde ein Referendum über den Verbleib der Krim abgehalten, dass von der UNO nicht anerkannt wurde. Angeblich 95,5 Prozent der Bevölkerung sprachen sich nach dem offiziellen Ergebnis für die Wiedervereinigung der Krim mit Russland aus. Einen Tag später trat die Krim Russland bei.

2014 sprach man von der **Krimkrise** oder der **Annexion der Krim** (Besetzung und Eingliederung eines Gebietes in das eigene Staatsgebiet). Heute, vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges 2022 auf die Ukraine, spricht man davon, dass der Krieg eigentlich schon 2014 begonnen hat. Die Ukraine betrachtet die Krim weiterhin als ihr Staatsgebiet, Russland brach mit dem Einmarsch völkerrechtliche Verträge, u.a. das Budapester Memorandum, die die Achtung von Grenzen und den Gewaltverzicht vorschreiben.

Der russische Präsident Wladimir Putin liess nach der Besetzung der Krim den Bau einer Brücke vom russischen Festland auf die Krim bei Kertsch bauen, die sogenannte Kertschbrücke. Die 19km lange Brücke für Kraftfahrzeuge und Eisenbahn ist die längste Brücke Europas und wurde 2018 von Putin persönlich eingeweiht. Sie sollte die Versorgung der Halbinsel sicherstellen.



Video Krimkrise



<https://www.youtube.com/watch?v=879J0dXIEpA&t=139s>

Donbas

Der Krieg in der Ukraine (ab 2014)

In Teilen der **Ostukraine**, in den Regionen Donezk und Luhansk (auch gemeinsam als „Donbas“ bekannt), entwickelten sich 2014 unterstützt von Russland ebenfalls Bestrebungen für eine Loslösung von der Ukraine. Daraus entwickelte sich ein Krieg. Pro-russische Separatisten (die für Russland und eine Abspaltung von der Ukraine sind, *pro-russisch* bedeutet "für Russland") kämpfen gegen die ukrainische Regierung.

Heute weiß man, dass Russland die Separatisten mit Waffen ausgestattet hat und dass auch russische Soldaten oder bewaffnete Kämpfer auf Seiten der Separatisten kämpften. Donezk und Luhansk ernannten sich selbst zu Volksrepubliken, also zu eigenständigen Staaten.

Die in Volksabstimmungen proklamierte Unabhängigkeit der abtrünnigen Gebiete wird von der internationalen Gemeinschaft nicht anerkannt.

Beide Regionen befanden sich seit 2014 in einem bewaffneten Konflikt mit der ukrainischen Armee. Der Auslöser dafür war ein vom Kreml unterstützter Aufstand nach der russischen Annexion der Krim. Kiew und der Westen werfen Moskau vor, den Aufstand angezettelt zu haben und Waffen und Truppen zur Unterstützung in die Gebiete zu schicken.

UN-Schätzungen zufolge sind bereits mehr als 14.000 Menschen bei dem Konflikt getötet worden, zumeist im Separatistengebiet. Ein Friedensplan von 2015 unter deutsch-französischer Vermittlung wird nicht umgesetzt.



Minsker Abkommen

Was ist das Minsker Abkommen?

Unter Vermittlung des französischen Präsidenten Hollande und der deutschen Bundeskanzlerin Merkel 2015 wurde das **Minsker Abkommen** zwischen der Ukraine und Russland abgeschlossen. In diesem Friedensplan wurde ein Waffenstillstand vereinbart. Auch der Abzug schwerer Waffen und die Freilassung von Kriegsgefangenen gehörten zu den Bestimmungen. Eine Sicherheitszone wurde entlang der von den Separatisten kontrollierten Gebiete zu den von der Ukraine kontrollierten Gebieten gebildet.

Die Waffenruhe wurde jedoch nicht eingehalten. Schon drei Tage nach dem Abkommen gab es wieder Kämpfe.



Demokratiebewegung in Belarus

Proteste in Belarus/Weißrussland

Die **Proteste in Belarus 2020–2021** waren die größten Massendemonstrationen seit Ausrufung der Republik Belarus im Jahr 1991. Die meisten Proteste richteten sich gegen die Politik und Präsidentschaft von Aljaksandr Lukaschenka, der das Land seit 26 Jahren diktatorisch regierte.

Die Demonstrierenden hatten insbesondere das Ziel, die Regentschaft Lukaschenkas zu beenden und Demokratie sowie grundlegende Menschenrechte in Belarus durchzusetzen, die durch die Regierung bedroht waren.

Die Präsidentschaftswahlen im August 2020 gewann nach offiziellen Angaben Lukaschenko, nach Meinung zahlreicher internationaler Beobachter und der Mehrzahl der Belarussen wurden die Wahlen aber gefälscht. Daraufhin begannen monatelange Massenproteste, die vermutlich dazu geführt hätten, dass der Diktator hätte abtreten müssen.

Durch die Unterstützung von Wladimir Putin fühlte sich der Diktator aber ermutigt, gewaltsam gegen die Demonstranten vorzugehen. Es gab Tote, tausende Menschen wurden verhaftet, gefoltert, oder mussten ins Ausland fliehen. So rettete Lukaschenko noch einmal seine Macht.

Auswirkungen auf Russland

Nach Ansicht von Experten erschreckten die Vorgänge in Weißrussland, die Forderungen der Bürger nach mehr Demokratie und einem Ende der Diktatur Wladimir Putin stark und führten ihm vor Augen, wie schnell sich Bürger gegen die Mächtigen erheben und mehr Demokratie fordern konnten. Dies veranlasste ihn, die ohnehin schon geringen Bürgerrechte in Russland noch weiter einzuschränken. Oppositionelle Medien wurden verboten und Menschenrechtsorganisationen als „ausländische Agenten“ bezeichnet. Oppositionelle Politiker oder Journalisten wurden verfolgt, manche umgebracht, vergiftet, verhaftet und vor Gericht gestellt. Der bekannteste russische Oppositionelle ist Alexej Nawalny, der in Russland nachweislich vom russischen Geheimdienst vergiftet wurde, nach Deutschland ausgeflogen wurde, um dort in einem Krankenhaus behandelt zu werden und nach seiner Rückkehr nach Russland wegen fadenscheiniger Vorwürfe von der nicht unabhängigen russischen Justiz zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt wurde.



Im Vorfeld des Angriffskrieges

Der Ukraine-Konflikt 2021/2022

Im Frühjahr 2021 begann Russland Truppen an die Grenze der Ukraine zu verlegen. Bis Februar 2022 betrug die Anzahl der russischen Soldaten an der ukrainischen Grenze 150.000. Auch nach Belarus (Weißrussland) wurden russische Truppen verlegt.

Der russische Präsident Putin drohte damit, seine Soldaten in der Ukraine einmarschieren zu lassen. Zahlreiche westliche Staatsoberhäupter versuchten in Telefonaten mit Putin oder mit Besuchen in Moskau ihn davon abzubringen. Putin verlangte von der Ukraine und vom Westen eine Garantie, dass die Ukraine nicht der NATO beitreten würde.

Am 21. Februar 2022 unterzeichnete der russische Präsident Putin völkerrechtswidrig die Anerkennung der von Russland besetzten selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk auf ukrainischem Staatsgebiet. Putin versprach ihnen damit auch militärische Unterstützung. Zugleich sprach er der gesamten Ukraine ihr Daseinsrecht ab - einem souveränen Staat, der sich der Demokratie zugewandt hatte.



NATO

Ein Grund für Russlands Handlungen ist die angebliche Bedrohung Russlands durch die NATO (Nordatlantisches Verteidigungsbündnis). Präsident Putin spricht von der "Ausdehnung des NATO-Blocks nach Osten, die Annäherung seiner militärischen Infrastruktur an die Grenze Russlands". Die NATO habe sich "immer weiter ausgedehnt. Die Kriegsmaschinerie ist in Bewegung, und, ich wiederhole, sie nähert sich unseren Grenzen.."

Richtig an dieser Aussage ist: Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurden 14 osteuropäische Staaten in die NATO aufgenommen. Vier von ihnen grenzen an Russland. Auch der Ukraine wurde 2008 eine **NATO-Beitrittsperspektive** gegeben, allerdings lag der NATO-Beitritt des Landes seither auf Eis. Alle diese Länder haben aber von sich aus den Beitritt gesucht, wozu sie als souveräne Staaten das Recht hatten. Viele dieser Staaten fühlten und fühlen sich ihrerseits von Russland bedroht, weswegen sie Schutz bei der NATO suchten.

Richtig ist auch: Die NATO hat in ihren osteuropäischen Mitgliedsstaaten logistische Vorbereitungen getroffen und auch Flugplätze vorbereitet für die schnelle Verstärkung von Truppen. Zur Wahrheit gehört allerdings auch: Sie hat das nach 2014 getan, als Reaktion auf die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland.

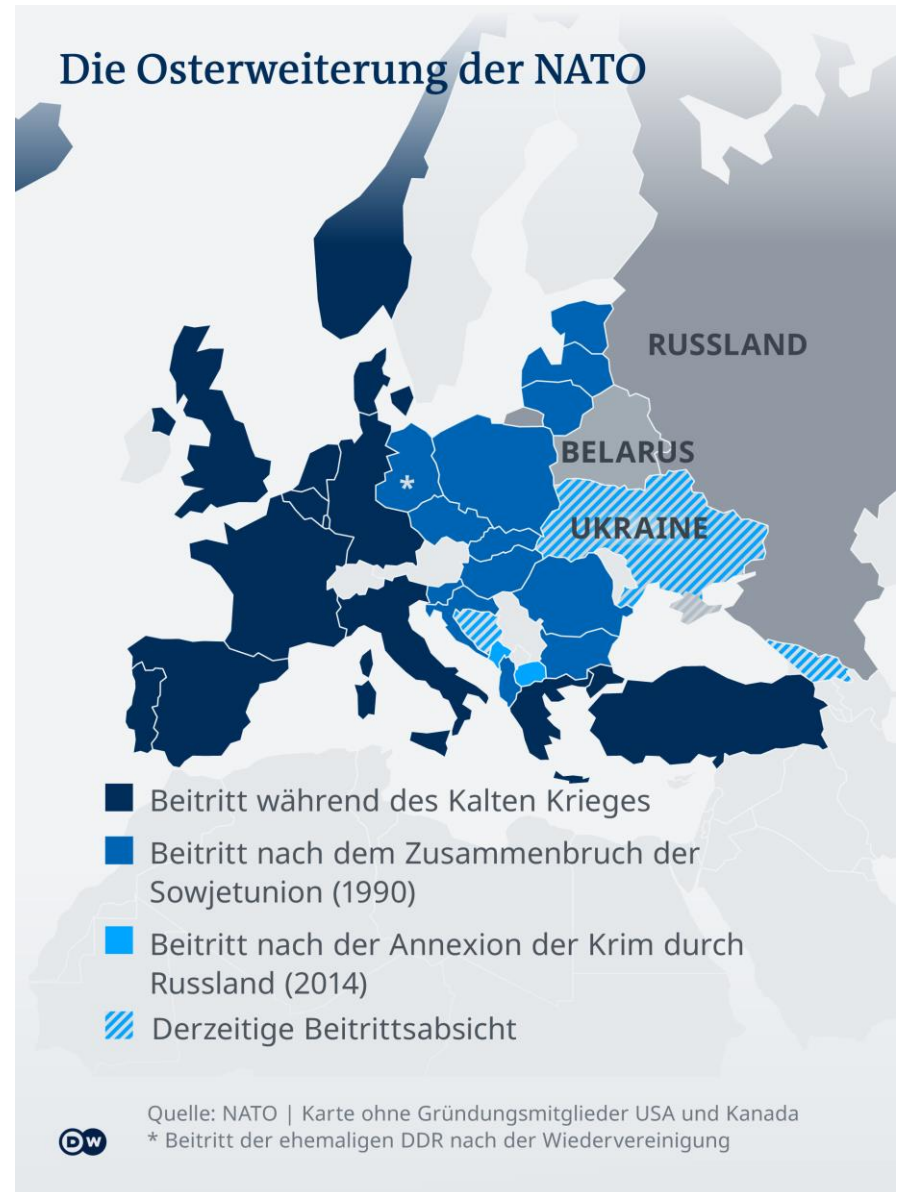
Die NATO respektierte weiter die **NATO-Russland-Grundakte** von 1997. Die untersagt die zusätzliche dauerhafte Stationierung von substantiellen Kampftruppen in den NATO-Beitrittsstaaten. In Reaktion auf die Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen begann die NATO zwar 2016 damit, vier Bataillonskampfgruppen in den baltischen Staaten und Polen zu rotieren. Diese Kampfgruppen mit einer Stärke von insgesamt 5000 Soldaten sind allerdings viel zu klein, um eine realistische Bedrohung für Russland mit geschätzt 850.000 aktiven Soldaten zu sein.

Die Frage, ob die Osterweiterung der NATO nach dem Ende des Kalten Krieges eine Verletzung der Absprachen mit Russland war, ist auch unter Historikern äußerst umstritten. Unter folgendem Link kann man selbst einen informativen Faktencheck dazu nachlesen:

<https://correctiv.org/faktencheck/hintergrund/2022/12/12/nato-osterweiterung-was-russland-und-der-westen-vereinbaren-und-was-nicht/>

(correctiv.org ist übrigens eine von unabhängigen Journalisten betreute Website, die viele aktuelle politische Themen einem Faktencheck unterzieht)

Die Osterweiterung der NATO



Russische Propaganda I

Der folgende Text stammt von einem der russischen Chefpropagandisten von Wladimir Putin, Timofey Serhiytsev. Die folgenden Zeilen sind nur Auszüge und sollen zeigen, wie die russische Regierung ihren „Feind“, die Ukraine dämonisiert, indem sie die Ukraine als von Nazis beherrscht darstellt. Für die russische Bevölkerung gibt es aus leidvoller historischer Erfahrung nichts Schlimmeres als den Begriff „Nazi“. Deshalb zielt die russische Propaganda darauf ab, die Ukrainer als Nazis zu bezeichnen und damit letztendlich zu entmenschlichen: gegen Nazis darf man sich wehren, man muss sie bekämpfen, man darf sie sogar töten. Gleichzeitig werden in diesem Artikel auch die Kriegsziele überdeutlich benannt.

Wer der Meinung war oder ist, die Ukraine sollte „freiwillig“ auf die Gebiete im Osten verzichten oder, damit keine weiteren Menschen getötet werden, sich der militärischen Übermacht von Russland beugen oder in Verhandlungen mit Russland eintreten, der sollte sich genau mit den russischen Kriegszielen beschäftigen und den vollständigen Artikel lesen. Darin wird in schonungsloser Offenheit beschrieben, was mit den Ukrainern im dann von Russland besetzten ukrainischen Gebieten passieren soll.

„Was Russland in Bezug auf die Ukraine tun sollte“ (Что Россия должна сделать с Украиной)

Zeitungsartikel von Timofey Serhiytsev am 3.4.2022

„Bereits im April letzten Jahres schrieben wir über die Unausweichlichkeit der Entnazifizierung der Ukraine. Wir brauchen keine nazistische, banderianische Ukraine, einen Feind Russlands und ein Instrument des Westens, um Russland zu zerstören. Heute ist die Frage der Entnazifizierung auf die praktische Ebene gerückt.

Die Entnazifizierung ist notwendig, wenn ein bedeutender Teil des Volkes - höchstwahrscheinlich seine Mehrheit - vom Naziregime beherrscht und in seine Politik hineingezogen wird. Das heißt, wenn die Hypothese "das Volk ist gut - die Regierung ist schlecht" nicht funktioniert. Die Anerkennung dieser Tatsache ist die Grundlage der Entnazifizierungspolitik und aller ihrer Aktivitäten, und die Tatsache selbst ist ihr Gegenstand.

(Ukrainische) Nazis, die zu den Waffen gegriffen haben, sollten auf dem Schlachtfeld so weit wie möglich vernichtet werden ... sie alle sind gleichermaßen an abscheulichen Grausamkeiten gegen die Zivilbevölkerung beteiligt, gleichermaßen verantwortlich für den Völkermord am russischen Volk und halten sich nicht an die Gesetze und Gebräuche des Krieges. Kriegsverbrecher und aktive Nazis müssen annähernd und exemplarisch bestraft werden. Es muss eine vollständige Lustration durchgeführt werden. Alle Organisationen, die sich mit den Praktiken des Nationalsozialismus verbunden haben, müssen beseitigt und verboten werden. Neben den Spitzenkräften ist jedoch auch ein erheblicher Teil der Masse des Volkes, die passiven Nazis, die Kollaborateure des Nazismus, schuldig. Sie unterstützten und verwöhnten die Nazi-Regierung. Eine gerechte Bestrafung dieses Teils der Bevölkerung ist nur möglich, wenn er die unvermeidlichen Lasten eines gerechten Krieges gegen das Nazisystem trägt, der so sanft und diskret wie möglich gegen die Zivilbevölkerung geführt wird. Die weitere Entnazifizierung dieser Masse der Bevölkerung besteht in der Umerziehung, die durch ideologische Unterdrückung (Verdrängung) nationalsozialistischer Einstellungen und strenge Zensur erreicht wird: nicht nur im politischen Bereich, sondern notwendigerweise auch im Bereich der Kultur und der Bildung. Durch Kultur und Bildung wurde die tiefgreifende Nazifizierung der Bevölkerung vorbereitet und umgesetzt, die durch das Versprechen von Dividenden aus dem Sieg des Naziregimes über Russland, Nazipropaganda, interne Gewalt und Terror sowie den achtjährigen Krieg mit dem aufständischen ukrainischen Nazivolk im Donbass gefestigt wurde...“

Russische Propaganda II

Von russischer Seite werden immer wieder Behauptungen aufgestellt, weswegen Russland in die Ukraine einmarschieren musste, die meist den historischen Tatsachen nicht entsprechen. Dennoch versucht die russische staatliche Propaganda diese Mythen nicht nur im eigenen Volk, sondern auch im Ausland durch Desinformation zu verbreiten. Dazu nutzt sie heute vorwiegend auch die sozialen Medien wie YouTube, Twitter, Instagram, WhatsApp oder Telegramm, hat aber auch klassische Propagandainstrumente wie Russia-TV.

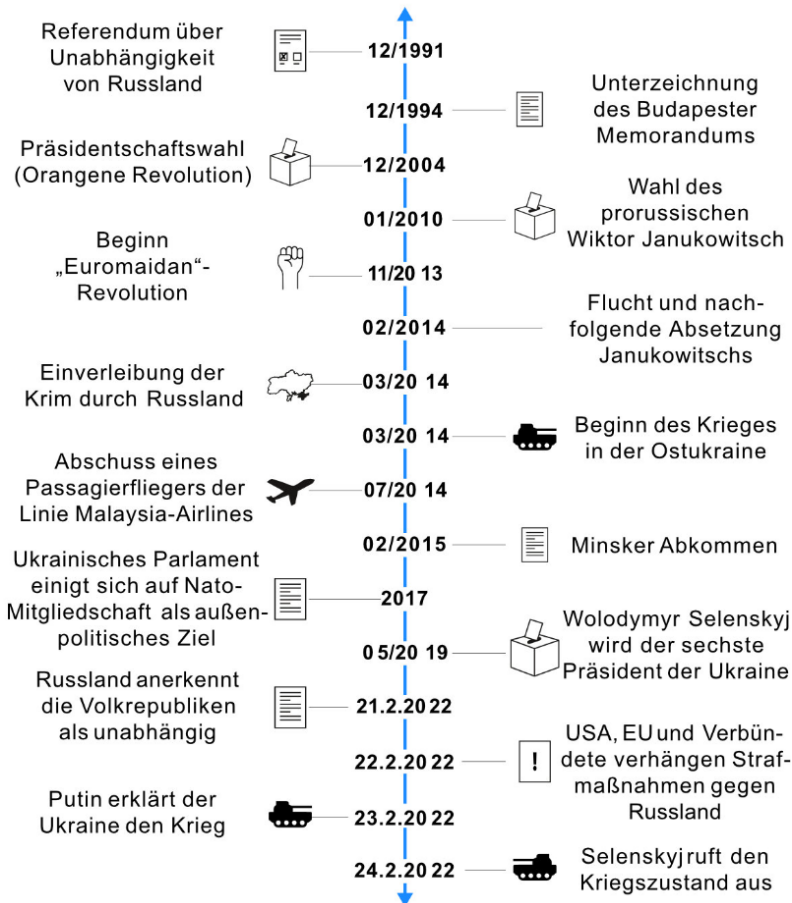
In den westlichen Ländern, aber auch in anderen Weltregionen gibt es heute viele Menschen, die sich ganz oder teilweise dieser russischen Erzählweise (Mythos) anschließen. Nicht immer sind sie mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine einverstanden, aber viele machen die Politik des Westens, angeführt durch die USA, für die Entwicklung in Russland und der Ukraine verantwortlich. Deshalb kritisieren sie z.B. auch westliche Waffenlieferungen an die Ukraine.

Rechts kann man 12 dieser „Mythen“ nachlesen. Klickt man auf den unten abgebildeten Link, kann man die jeweilige offizielle Entgegnung durch die Europäische Kommission nachlesen.

+ Mythos: Ein russischer Sieg in diesem Krieg ist unausweichlich. Entweder gewinnt Russland den Krieg, oder der Konflikt mündet in den dritten Weltkrieg. Die militärische Unterstützung der Ukraine durch den Westen führt dazu, dass die Lage eskaliert und das Leiden in die Länge gezogen wird. Der einzige Weg zum Frieden führt über die Entmilitarisierung der Ukraine.
+ Mythos: Russland befindet sich im Krieg mit dem Westen. Die Ukraine ist nur ein Strohmännchen der NATO und ein Kampfgebiet. Russland verteidigt sich gegen den Aggressor Ukraine.
+ Mythos: Die Ukraine möchte Kernwaffen, greift die zivile Nuklearinfrastruktur an und versteckt Waffen in Kernkraftwerken. Die Ukraine arbeitet an der „schmutzigen Bombe“. Es wäre legitim, wenn Russland taktische Kernwaffen gegen die Ukraine einsetzt.
+ Mythos: Ganz Europa hat einst den Überfall der Sowjetunion durch Nazideutschland unterstützt, und jetzt unterstützt Europa die Nazi-Ukraine. Russland setzt den Großen Vaterländischen Krieg in der Ukraine fort, um die Welt von den Nazis zu befreien.
+ Mythos: Die Ukraine ist eine künstliche Schöpfung, kein souveräner Staat. Die ukrainischen Gebiete gehören historisch zu Russland. Die Bevölkerung dieser Gebiete hat sich in einer freien politischen Willensäußerung dafür ausgesprochen, nach Russland zurückkehren zu wollen, und es ist die patriotische Pflicht Russlands, sie zu befreien und zu beschützen.
+ Mythos: Russland kämpft in der Ukraine gegen den westlichen Imperialismus und Neokolonialismus, um eine multipolare Weltordnung zu schaffen, in der sich die Länder nicht in die gegenseitigen inneren Angelegenheiten einmischen.
+ Mythos: Die Ukraine begeht seit Jahren Völkermord im Donezbecken, und Russland musste eingreifen, um die Bevölkerung zu schützen. Außerdem führt die Ukraine Operationen unter falscher Flagge durch und täuscht Gräueltaten vor, um Russland Kriegsverbrechen vorzuwerfen.
+ Mythos: Russland führt einen heiligen Krieg gegen gottlose Satanisten in der Ukraine, um das Christentum und die traditionellen Werte zu schützen.
+ Mythos: Die USA haben die Entwicklung biologischer Geheimwaffen in ukrainischen Laboren finanziert und organisiert, diese biologischen Waffen an der lokalen Bevölkerung ausprobiert und die Ukraine für einen Angriff auf Russland damit bewaffnet.
+ Mythos: Die EU kann ohne die russischen Energieressourcen nicht überleben. Die USA haben die EU zu politischen Maßnahmen gedrängt, die zu einer weltweiten Energiekrise geführt haben, da diese den US-amerikanischen Energieunternehmen zugutekommt.
+ Mythos: Die EU hat eine weltweite Nahrungsmittelknappheit herbeigeführt, indem sie die russischen landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Düngemittel auf die Verbotliste setzte. Russland trägt keine Verantwortung für die weltweite Nahrungsmittelkrise. Die EU behält das gesamte Getreide aus der Ukraine selbst und hungert andere Länder aus.
+ Mythos: Die westlichen Sanktionen gegen Russland sind illegal und verursachen weltweiten Schaden. Sie destabilisieren die Weltwirtschaft und treiben die Lebenshaltungskosten der Menschen auf der ganzen Welt in die Höhe. Die Sanktionen haben keine Wirkung auf die russische Wirtschaft, und Russland hat bewiesen, dass die Sanktionen nicht greifen.

https://germany.representation.ec.europa.eu/zwolf-mythen-uber-den-krieg-russlands-der-ukraine-und-die-wahrheit_de

Chronik der Ereignisse 1991-2022



Der russische Angriffskrieg I

Am 24. Februar 2022 griff Russland die Ukraine aus mehreren Richtungen an. Auf Befehl von Präsident Putin begann damit ein **Krieg in Europa**, der bis heute anhält und Zehntausende, vielleicht sogar Hunderttausende von Todesopfern gefordert hat.



BTG = Bataillionskampfgruppe,
1 BTG = ca. 800 Soldaten

Der russische Angriffskrieg II

Russlands Kriegsziele:

Russlands Präsident Wladimir Putin will mit der militärischen "Spezialoperation", wie er den Überfall nennt, Grenzen verschieben und seinen Einflussbereich in Europa erweitern. In zahlreichen Äußerungen der letzten Jahre spricht er der Ukraine das Existenzrecht als eigenständiger Staat ab und beschwört die Geschichte, in die Ukraine und Russland (natürlich unter der Führung von Russland) ein „Brudervolk“ seien, das zusammen gehöre. Nur der Einfluss des Westens (vor allem der USA) hätte dies in den letzten Jahren verhindert. Russland werde sich seine Vormachtstellung wieder zurückholen. Damit will Putin an die Zeit der Sowjetunion anknüpfen, deren Zerfall in verschiedene Staaten für ihn die größte Katastrophe Russlands war.

Das erste Ziel ist, eine Mitgliedschaft der Ukraine in EU und vor allen in der Nato für alle Zeiten zu verhindern.

Weiter solle die Ukraine „demilitarisiert“ und "entnazifiziert" werden. (Allerdings handelt es sich bei der von Russland als "Nazis" verunglimpften ukrainischen Regierung um demokratisch gewählte und gesinnte Volksvertreter.)

Drittens solle die Ukraine nach Ansicht Russlands eine militärische Pufferzone zwischen der Nato und Russland werden. Politisch bedeutete es, dass Putin die Führung in Kiew absetzen und durch eine Regierung ersetzen wollte, die ihm genehm gewesen wäre.



Der russische Angriffskrieg III

1. Kriegsphase

Überfall und russischer Rückzug von Kiew und dem Norden der Ukraine (Februar bis April 2022)

Um die Regierung der Ukraine zu stürzen, versuchten die russischen Streitkräfte am 24. Februar 2022 eine Luftlandeoperation auf dem Flughafen Kiew-Hostomel. Aus den abgehörten Telefonaten russischer Offiziere ging hervor, dass diese zuvor von ihren Kommandeuren aufgefordert wurden, ihre Paradeuniformen für die Siegesparade in Kiew einzupacken. Die Truppen konnten aber zunächst keine Kontrolle über den Platz erringen. Bodentruppen stießen derweil rasch aus mehreren Richtungen von Belarus aus nach, doch trotz einer anfänglichen Überzahl von geschätzt 12:1 geriet der Vormarsch schon nach wenigen Tagen ca. 30 km vor Kiew ins Stocken. Nach wochenlanger Umklammerung der Stadt von Norden, Westen und Osten musste Russland den Versuch der Eroberung Ende März aufgeben. Beim Abzug aus allen zuvor eroberten Gebieten nördlich von Kiew und Charkiw offenbarten sich Kriegsverbrechen an Zivilisten wie jene in Butscha.

An der östlichen Front konnte die Ukrainische Armee die russische Armee weitgehend am Vorrücken hindern. Im Süden der Ukraine gelang den Angreifern jedoch ein großer Geländegewinn. Insbesondere die Stadt Mariupol und der wichtige Hafen wurden nach wochenlangen Kämpfen eingenommen. Auch die Stadt Cherson wurde von den Russen eingenommen, ein Vorrücken auf Odessa wurde aber von den Ukrainern verhindert.

Als **Massaker von Butscha** wird eine Reihe von Kriegsverbrechen in der Stadt Butscha, einem Vorort von Kiew, bezeichnet, die im Frühjahr 2022 während der Schlacht um Kiew durch Angehörige der russischen Kriegspartei an der ukrainischen Zivilbevölkerung begangen wurden. Nachdem die russischen Streitkräfte Anfang April 2022 nach etwas mehr als einem Monat abgezogen waren, wurden laut ukrainischen Angaben bis August 2022 (Schlussbilanz) 458 Leichen gefunden, von denen 419 Anzeichen dafür trugen, dass die Opfer erschossen, gefoltert oder erschlagen worden waren. 39 scheinen eines natürlichen Todes verstorben zu sein. Fast alle Toten waren Zivilisten. Alle Fälle werden von Ermittlern für Kriegsverbrechen untersucht.

Russland wird vorgeworfen, gezielt Massaker an ihnen verübt zu haben. Die russische Regierung bestreitet eine Beteiligung russischer Soldaten an den Folterungen und Tötungen.

Russlands Angriff auf die Ukraine



Bis zum 6. April haben sich die Truppen aus den Regionen um Kiew und Sumy komplett zurückgezogen.



dpa•104247

Quelle: ISW, dpa

Der russische Angriffskrieg IV

2.Phase

Russische Offensive im Donbas (Mai und Juni 2022). Die russische Armee konzentrierte sich nun auf Angriffe auf Stellungen der ukrainischen Armee im Osten des Landes. Gleichzeitig beschoss Russland immer wieder Ziele in der ganzen Ukraine mit Artillerie, Raketen oder Drohnen. Dabei wurden häufig auch Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser oder andere zivile Ziele beschossen, bei denen viele Zivilisten, alte und junge, getötet wurden. Völkerrechtlich sind das eindeutige Kriegsverbrechen. Trotz zahlenmäßiger und waffentechnischer Unterlegenheit konnte die ukrainische Armee ihre Stellungen weitgehend halten.

3.Phase

Stillstand und Stellungskrieg (Juli und August 2022). Die russische Armee hatte große Verluste an Menschen und Material erlitten und die ukrainische Armee besaß nicht genügend Waffen, um vorrücken zu können.

4.Phase

Ukrainische Offensiven im Süden und Osten (September und Oktober 2022). Überraschend rückte die ukrainische Armee im Osten bei Charkiw vor und konnte größere Gebiete wieder zurückerobern.

5.Phase

Befreiung von Cherson und russische Luftkampagne gegen Infrastruktur (November und Dezember 2022). Die Ukrainer eroberten alle nördlich des Dnjepr gelegenen Gebiete und die Stadt Cherson zurück. Russland konzentrierte sich darauf, im beginnenden Winter möglichst viele Heizkraft-, Elektrizitäts- und Wasserwerke in der Ukraine zu zerstören. Damit wollte man die Moral der ukrainischen Menschen schwächen, denen ein kalter und harter Winter bevorstand.



Der russische Angriffskrieg IV

6.Phase

Russische Angriffe an der Frontlinie (Januar bis April 2023).

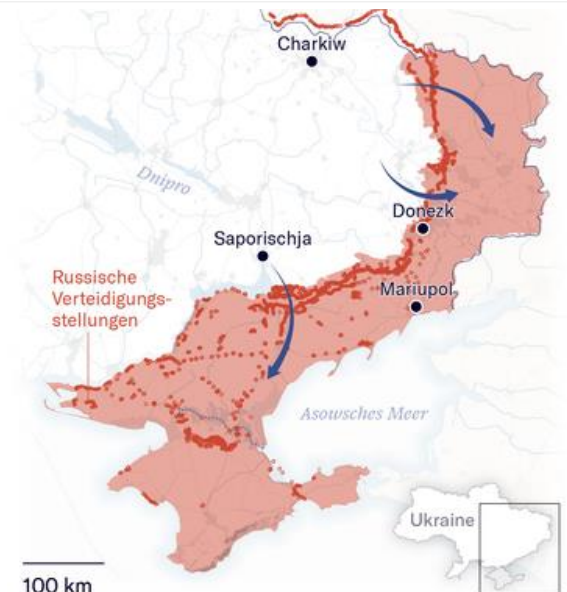
In den ersten Monaten des Jahres 2023 wurde insbesondere im Raum bei Bachmut (siehe Bild oben) erbittert gekämpft, mit hohen Verlusten bei beiden Kriegsparteien und ohne dass aus der Schlacht um Bachmut bis Ende März 2023 ein eindeutiger Sieger hervorging. Zwar konnten russische Truppen gegenüber ukrainischen Einheiten die Kleinstadt Soledar unter Einsatz der Söldner der Gruppe Wagner einnehmen, erfüllten damit jedoch nicht annähernd die militärischen Ziele Russlands, bis Ende März 2023 die ukrainischen Oblaste Donezk und Luhansk (den Donbas) vollständig erobert zu haben. Stattdessen erlitten russische Truppen hohe Verluste ohne nennenswerte Geländegewinne, wie bei der Schlacht um Wuhledar. Im selben Zeitraum sagten westliche Staaten der Ukraine weitere Waffenlieferungen zu insbesondere schwere Kampf- und Schützenpanzer westlicher Bauart, die ab Ende März 2023 geliefert wurden.

7.Phase (ab Mai 2023)

Die vom ukrainischen Präsidenten Selenski angekündigte ukrainische Gegenoffensive musste immer weiter in den Sommer verschoben werden, weil die vom Westen versprochenen Waffen zum großen Teil noch nicht eingetroffen waren oder die ukrainischen Soldaten erst daran ausgebildet werden mussten. So hatte die russische Armee Zeit, ihre Verteidigungsstellungen im Süden und Osten der Ukraine auszubauen. Als die ukrainische Armee dann im Sommer 2023 mit ihrer Offensive begann, kam sie gegen die mit Minen, Gräben und Verteidigungsbefestigungen (siehe Bild unten) der russischen Armee nur sehr langsam voran, bzw. scheiterte am weiteren Vormarsch.

So ergab sich wie schon in Kriegsphase 3 zunehmend ein langwieriger Stellungskrieg, bei dem es auf beiden Seiten sehr viele Opfer gab. Hatte die Ukraine nun oft den Vorteil von aus dem Westen gelieferten präziseren Waffen, so konnte Russland nach wie vor aus seinem nahezu unerschöpflichen Reservoir an Soldaten schöpfen (Einwohner Ukraine: 44 Millionen; Einwohner Russland 143 Millionen). Während die ukrainische Armeeführung darauf achten mussten, nicht zu viele Soldaten zu verlieren, ist Russland schon seit langem bekannt dafür, keinerlei Rücksicht auf die eigenen Soldaten zu nehmen und für seine politischen und militärischen Ziele auch hohe Verluste bei den eigenen Truppen hinzunehmen. Genaue Verlustzahlen geben beide Seiten aus taktischen Gründen aber nicht bekannt.

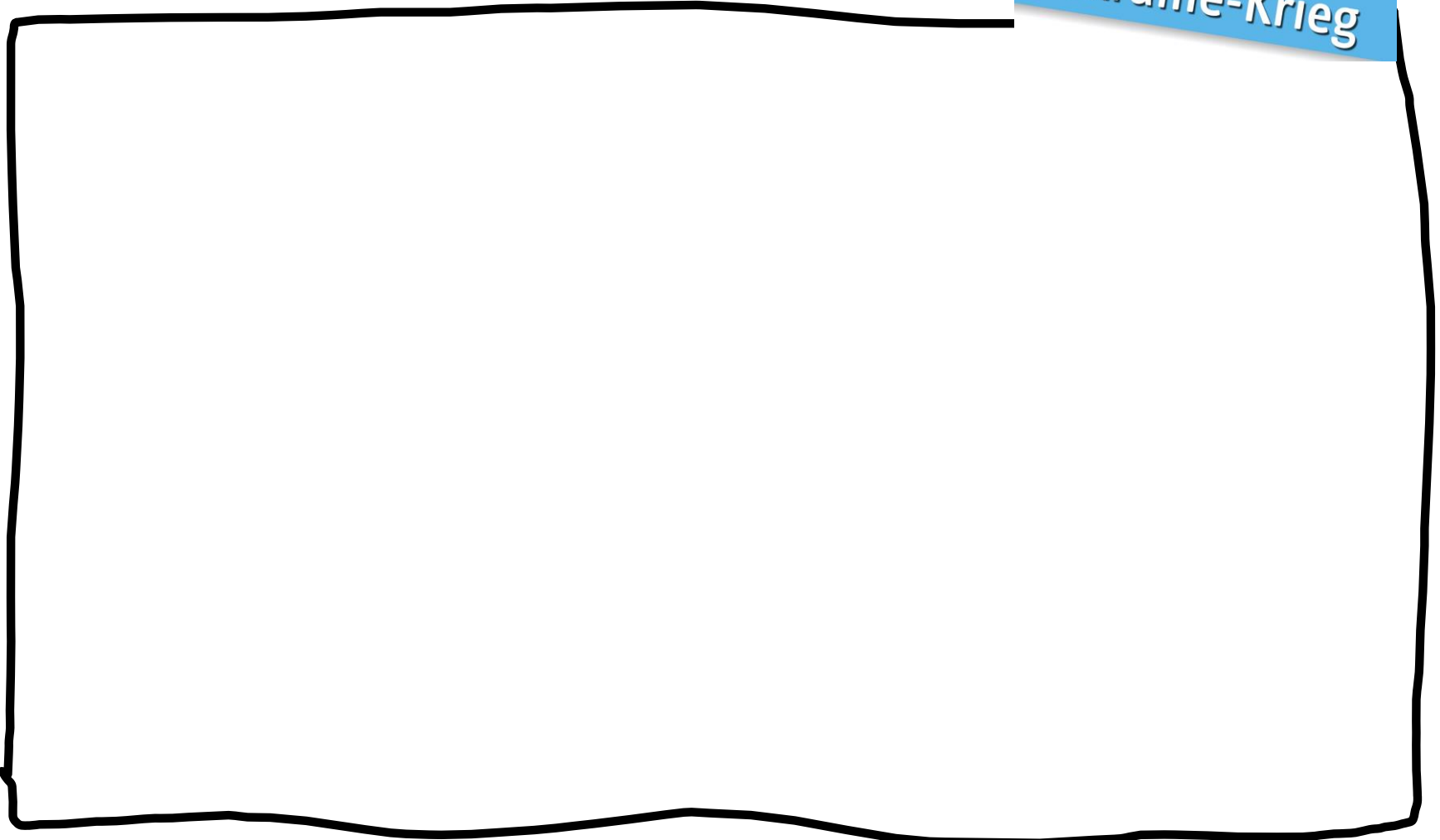
Merkmal	Russland	Ukraine
Personal	-	-
Militärisches Personal insgesamt	1.330.900	500.000
aktive Soldaten	830.900	200.000
Reserve	250.000	250.000
Paramilitärische Einheiten	250.000	50.000
Luftstreitkräfte	-	-
Luftwaffe insgesamt	4.182	312
Jagdflugzeuge/ Abfangjäger	773	69
Flugzeuge für Bodenangriffe	744	28
Transportflugzeuge	444	26
Spezialflugzeuge (z.B. Aufklärung)	147	5
Tankflugzeuge	19	0
Hubschrauber insgesamt	1.531	113





Erklärvideo zum Ukrainekrieg

Ukraine-Krieg



↑ hier Video anklicken

<https://www.youtube.com/watch?v=HCWwImhSiA0>

Das Völkerrecht

Der russische Angriffskrieg in der Ukraine ist ein eklatanter Verstoß gegen das Völkerrecht und die Charta der Vereinten Nationen. Die russische Führung greift damit die internationale Ordnung an, zu deren Grundnormen seit Ende des Zweiten Weltkrieges das Gewaltverbot und die Menschenrechte gehören.



Resolution ES-11/1 der UN-Generalversammlung zum Überfall Russlands auf die Ukraine (2.3.2022)

„Die Generalversammlung [...]

1. *bekräftigt* ihr Bekenntnis zur Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit und territorialen Unversehrtheit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, einschließlich ihrer Hoheitsgewässer;
2. *missbilligt auf das Schärfste* die Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine unter Verstoß gegen Artikel 2 Absatz 4 der Charta;
3. *verlangt*, dass die Russische Föderation ihre Gewaltanwendung gegen die Ukraine sofort einstellt und jede weitere rechtswidrige Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen jedweden Mitgliedstaat unterlässt;
4. *verlangt außerdem*, dass die Russische Föderation alle ihre Streitkräfte unverzüglich, vollständig und bedingungslos aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen abzieht;
5. *missbilligt* die Entscheidung der Russischen Föderation vom 21. Februar 2022 im Zusammenhang mit dem Status bestimmter Gebiete der Regionen Donezk und Luhansk in der Ukraine als eine Verletzung der territorialen Unversehrtheit und der Souveränität der Ukraine und als mit den Grundsätzen der Charta unvereinbar;
6. *verlangt*, dass die Russische Föderation die Entscheidung im Zusammenhang mit dem Status bestimmter Gebiete der Regionen Donezk und Luhansk in der Ukraine unverzüglich und bedingungslos rückgängig macht;
7. *fordert* die Russische Föderation *auf*, sich an die in der Charta und in der Erklärung über freundschaftliche Beziehungen¹ verankerten Grundsätze zu halten;
8. *fordert* die Parteien *auf*, sich an die Minsker Vereinbarungen zu halten und in den einschlägigen internationalen Rahmen, einschließlich des Normandie-Formats und der Trilateralen Kontaktgruppe, konstruktiv auf deren vollständige Durchführung hinzuwirken;
9. *verlangt*, dass alle Parteien den sicheren und ungehinderten Durchlass zu Zielen außerhalb der Ukraine gestatten und den raschen, sicheren und ungehinderten Zugang zu humanitärer Hilfe für die Hilfebedürftigen in der Ukraine erleichtern, dass sie Zivilpersonen, einschließlich des humanitären Personals, und Menschen in verletzlichen Situationen, darunter Frauen, ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen, indigene Völker, Migrantinnen und Migranten und Kinder, schützen und die Menschenrechte achten;
10. *missbilligt* die Beteiligung von Belarus an dieser rechtswidrigen Gewaltanwendung gegen die Ukraine und fordert das Land *auf*, seinen internationalen Verpflichtungen nachzukommen;
11. *verurteilt* alle Verletzungen des humanitären Völkerrechts sowie alle Menschenrechtsverletzungen und -übergreife und fordert alle Parteien *auf*, die einschlägigen Bestimmungen des humanitären Völkerrechts, einschließlich der Genfer Abkommen von 1949 und des Zusatzprotokolls I von 1977, soweit anwendbar, strikt einzuhalten und die internationalen Menschenrechtsnormen zu achten, und verlangt in dieser Hinsicht ferner, dass alle Parteien die Schonung und den Schutz des gesamten Sanitätspersonals und ausschließlich medizinische Aufgaben wahrnehmenden humanitären Personals, seiner Transportmittel und Ausrüstung sowie der Krankenhäuser und anderer medizinischer Einrichtungen gewährleisten;
12. *verlangt*, dass alle Parteien ihren nach dem humanitären Völkerrecht bestehenden Verpflichtungen vollständig nachkommen, die Zivilbevölkerung und zivile Objekte zu schonen, für die Zivilbevölkerung lebensnotwendige Gegenstände weder anzugreifen noch zu zerstören, zu entfernen oder unbrauchbar zu machen und humanitäres Personal und für humanitäre Hilfseinsätze verwendete Sendungen zu schonen und zu schützen;
13. *ersucht* den Nothilfekordinator, 30 Tage nach der Verabschiedung dieser Resolution einen Bericht über die humanitäre Lage in der Ukraine und über die humanitären Maßnahmen vorzulegen;
14. *fordert nachdrücklich* die sofortige friedliche Beilegung des Konflikts zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine durch politischen Dialog, Verhandlungen, Vermittlung und andere friedliche Mittel;
15. *begrüßt und fordert nachdrücklich* die fortgesetzten Anstrengungen des Generalsekretärs, von Mitgliedstaaten, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und anderer internationaler und regionaler Organisationen zur Unterstützung der Deeskalation der aktuellen Situation sowie die Anstrengungen der Vereinten Nationen, namentlich des Krisenkoordinators der Vereinten Nationen für die Ukraine, und humanitärer Organisationen zur Bewältigung der humanitären Krise und der Flüchtlingskrise, die durch die Aggression der Russischen Föderation entstanden sind;
16. *beschließt*, die elfte Notstandssondertagung der Generalversammlung vorläufig zu vertagen und den Präsidenten der Generalversammlung zu ermächtigen, die Tagung auf Antrag von Mitgliedstaaten wiederaufzunehmen.

Bei der Abstimmung votierten 141 für die Resolution, 12 Staaten waren abwesend, 35 enthielten sich und 5 stimmten dagegen (Belarus, Eritrea, Nordkorea, Russland, Syrien)

Kriegsverbrechen I

Russlands Verbrechen im Ukraine-Krieg: Grausame Details über Butscha-Massaker werden bekannt

Die „New York Times“ hat monatelang in Butscha recherchiert ein Massaker an 460 Zivilisten ans Licht gebracht - begangen durch Soldaten aus Russland.

Butscha - Nach einer monatelangen Recherche zum Massaker in der westukrainischen Stadt Butscha erhebt die *New York Times* schwere Vorwürfe gegen eine Einheit der russischen Armee.

Die US-Zeitung veröffentlichte am Donnerstag ein 28-minütiges Video aus dem Ukraine-Krieg mit Hintergründen und den Ergebnissen ihrer Nachforschungen, wonach Fallschirmjäger der 234. Luftlandedivision Schuld am Tod Dutzender Zivilisten in der Jablunska-Straße in Butscha sein sollen.

Im April wurden in der Kiewer Vorstadt Butscha nach dem Abzug des russischen Militärs mehr als 460 Leichen gefunden. Die Gräueltaten an der Zivilbevölkerung hatten weltweit Entsetzen ausgelöst. Russland streitet eine Verantwortung für die Taten weiterhin ab und hat erklärt, Aufnahmen von Toten seien fingiert gewesen.

„Soldaten haben unbewaffnete Männer im wehrfähigen Alter befragt und exekutiert und sie haben Menschen getötet, die ihnen unabsichtlich in den Weg kamen - seien es Kinder, die mit ihren Familien flüchteten, Anwohner auf der Suche nach Lebensmitteln, oder Menschen, die einfach nur versuchten, auf ihren Fahrrädern nach Hause zu fahren“, schreibt die *New York Times* in ihrer Online-Ausgabe. Zu ihren Recherchen veröffentlichte das Medium auch einen Zeitungsbeitrag.

Das US-Blatt hat nach eigenen Angaben acht Monate lang unter anderem Gespräche mit Anwohnern geführt, Aufnahmen von Sicherheitskameras ausgewertet und Regierungsunterlagen analysiert, die die Verantwortung der russischen 234. Luftlandedivision für Dutzende Tötungen in der Jablunska-Straße belegen. Anhand von Telefondaten hätte sich auch gezeigt, dass von Telefonen von Getöteten aus Anrufe nach Russland getätigt wurden, in manchen Fällen nur wenige Stunden nach dem Tod der Opfer. Durch einen Abgleich mit Daten aus sozialen Netzwerken und Gesprächen mit Angehörigen habe man belegen können, dass die Anrufer Soldaten der russischen Fallschirmdivision gewesen seien.

Butscha ist zu einem Symbol für die russischen Massaker in der Ukraine geworden. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj verkündete danach eine Kehrtwende: Kiew werde nicht mehr mit Russland verhandeln, solange Putin an der Macht sei oder russische Truppen in der Ukraine seien.

Artikel aus der Frankfurter Rundschau vom 23.12.2022



Kriegsverbrechen II

Was ist ein Kriegsverbrechen?

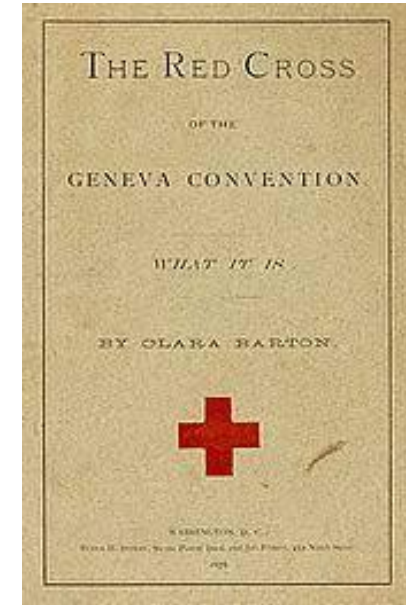
Als Kriegsverbrechen werden schwere Verstöße gegen Regelungen des humanitären Völkerrechts bezeichnet. Beispiele für Kriegsverbrechen sind unter anderem:

- Tötung, Geiselnahme, Folter und Vergewaltigung von Zivilbevölkerung und Kriegsgefangenen
- Angriffe auf die Zivilbevölkerung, auf Krankenhäuser, Kirchen, Schulen, Universitäten und Denkmäler
- Plünderungen und Zerstörung von Eigentum
- Angriffe auf humanitäre Hilfsmissionen, friedenserhaltende Missionen und auf Missionen des Roten Kreuzes
- Verwendung von biologischen, chemischen Waffen und Atomwaffen.

Wie können Kriegsverbrechen geahndet werden?

Kriegsverbrechen können sowohl auf internationaler als auch nationaler Ebene verfolgt und bestraft werden. Die deutsche Justiz kann auf Grundlage des sog. Weltrechtsprinzips Kriegsverbrechen verfolgen, auch wenn die Täter keine Deutschen sind, die Taten im Ausland verübt wurden und auch sonst kein Bezug nach Deutschland erkennbar ist.

International können Kriegsverbrechen durch den **Internationalen Strafgerichtshof** in Den Haag (Niederlande) verfolgt werden. Der Internationale Strafgerichtshof ist durch einen völkerrechtlichen Vertrag, das Römische Statut, gegründet worden und besitzt die Zuständigkeit zur Verfolgung von genau definierten Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Völkermord und Aggression (Angriffskrieg). Die Strafverfolgung vor dem Internationalen Strafgerichtshof ist immer subsidiär gegenüber einer nationalen Strafverfolgung. Das bedeutet, die Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs ist nur gegeben, wenn der eigentlich zuständige Nationalstaat nicht in der Lage oder nicht willens ist, die Strafverfolgung zu betreiben.



HUMANITÄRES VÖLKERRECHT

Eine Schweizer Tradition & eine internationale Verpflichtung

Was ist das humanitäre Völkerrecht?
Ein Regelwerk, das für alle an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien verbindlich ist und darauf abzielt, die Auswirkungen zu verringern durch:

- den Schutz von Zivilpersonen und anderen Personen, die nicht oder nicht mehr an den Gezeiten teilnehmen
- die Regelung der Kriegsführung und die Beschränkung der Kriegsmittel und -methoden

Bei Verletzungen ist jeder Staat verpflichtet, die mutmasslichen Täter entweder strafrechtlich zu verfolgen und zu bestrafen, beispielsweise wegen Kriegsverbrechen, oder sie an ein internationales Strafgericht auszuliefern.

EINE SCHWEIZER TRADITION

Das humanitäre Völkerrecht ist ein Eckpfeiler der Schweizer Aussenpolitik.

Die erste Genfer Konvention von 1864 wurde auf Initiative der Schweizer Regierung ausgearbeitet.

Die Schweiz ist Depositarstaat der vier Genfer Konventionen von 1949 und deren Zusatzprotokolle von 1977 und 2005.

DAS ENGAGEMENT DER SCHWEIZ

Die Schweiz setzt sich für die Sicherstellung der Einhaltung des humanitären Völkerrechts ein und fordert alle an bewaffneten Konflikten beteiligten Parteien auf, dessen Regeln und Grundsätze zu respektieren.

Sie unterstützt unabhängige Institutionen wie das Internationale Komitee vom Roten Kreuz und den Internationalen Strafgerichtshof.

Die Schweiz bietet den Konfliktparteien ihre guten Dienste an.

© EDA, Präsenz Schweiz 2022 / Quelle: Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten

Flüchtlinge

Ein Drittel der Bevölkerung auf der Flucht

Seit Beginn der russischen Invasion im Februar 2022 wurde ein Drittel der ukrainischen Bevölkerung zur Flucht gezwungen. Damit ist dies heute die größte Vertreibungskrise der Welt. Über 5 Millionen Menschen sind innerhalb des Landes auf der Flucht.

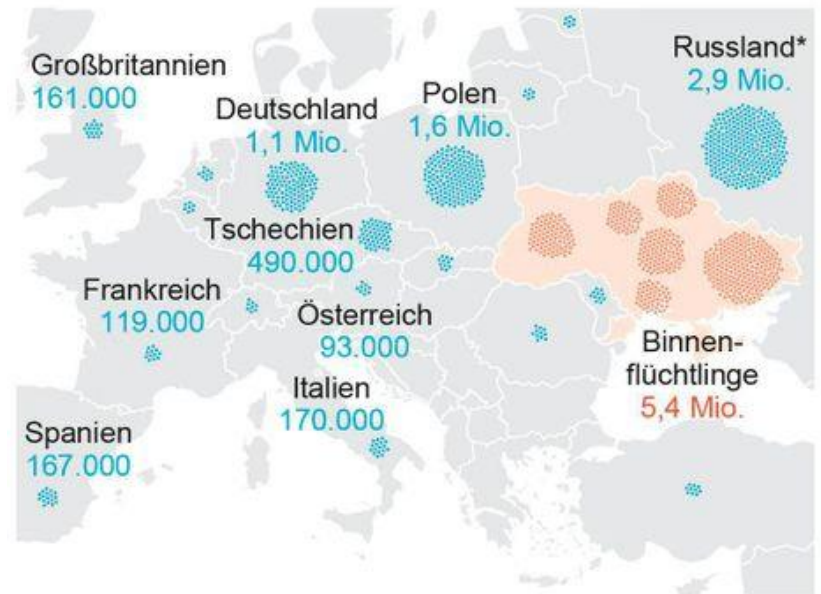
Über 8,2 Millionen Menschen aus der Ukraine leben mittlerweile in europäischen Staaten als Flüchtling. Da es innerhalb des Schengen-Raumes nur wenige Grenzkontrollen gibt, bleibt es schwierig, genaue Zahlen zu ermitteln. 5,1 Millionen von ihnen sind im Zuge der **Massenzustrom-Richtlinie** in der EU registriert.

Doch viele Menschen gehen auch immer wieder in die Ukraine zurück, wenn ihre Heimatregionen als sicher gemeldet werden. Die Hilfsorganisationen sprechen von "Pendelbewegungen".

Durch massive Verwüstungen und die Zerstörung der zivilen Infrastruktur können in der Ukraine jedoch weiterhin viele eingeschlossene Menschen ihre Grundbedürfnisse nicht befriedigen - dazu gehört die Versorgung mit Lebensmitteln, Wasser und Medikamenten. Die Lieferung von lebensrettenden Hilfsmitteln bleibt schwierig, da es in den umkämpften Gebieten keinen sicheren Zugang für humanitäre Hilfe gibt. Der UNHCR und seine Partnerorganisationen bemühen sich weiterhin, die am stärksten Betroffenen mit lebensrettender Hilfe zu erreichen. So konnten 2022 4,75 Millionen Menschen mit Bargeld, Rechtsberatung und lebensnotwendigen Gütern versorgt werden.

Ukraine-Krieg – Flüchtlinge

Gesamt rund **8,1 Millionen** Flüchtlinge in Europa registriert seit Kriegsausbruch, Stand Mitte Februar



*Zahlen Oktober 2022

Grafik: © APA, Quelle: UNHCR/IOM



Kinderverschleppungen I

Russland will seit Kriegsbeginn 700.000 ukrainische Kinder »aufgenommen« haben

Im Krieg gegen die Ukraine sind Kinder zur Waffe geworden: Laut einem Bericht wurden 700.000 von ihnen seit Beginn der Invasion nach Russland gebracht. Den Haag hat bereits Anfang des Jahres Haftbefehl erlassen.

Seit Beginn des Angriffskrieges auf die Ukraine hat Russland nach eigenen Angaben mehr als 700.000 ukrainische Kinder »aufgenommen«. So steht es in einem Bericht des russischen Präsidentschaftsbeauftragten für Kinderrechte, der am Sonntag veröffentlicht wurde und über den die »Moscow Times« berichtet.

»Seit Februar 2022 hat die Russische Föderation etwa 4,8 Millionen Einwohner der Ukraine und der Donbass-Republiken (Donezk und Luhansk) aufgenommen, darunter mehr als 700.000 Kinder«, heißt es darin. Der Kreml spricht im Kontext der Ereignisse nicht von Deportationen, sondern von Evakuierungen.

Eine »überwältigende Mehrheit« der 700.000 ukrainischen Kinder sei mit ihren Eltern oder Verwandten nach Russland gekommen, sagte die Kinderrechtsbeauftragte Maria Lvova-Belova (siehe Bild rechts unten) laut dem Medienbericht. Weitere Einzelheiten nannte sie nicht.

Ihr Bericht listet 1500 Waisenkinder auf, die aus den besetzten ostukrainischen Regionen Donezk und Luhansk nach Russland »evakuiert« wurden. 380 von ihnen wurden demnach inzwischen von russischen Eltern adoptiert.

Bereits Anfang Juli hatte Grigori Karasin, Vorsitzender des internationalen Ausschusses des russischen Föderationsrates und ehemaliger stellvertretender Außenminister, erklärt, Russland habe bisher rund 700.000 Kinder aus der Ukraine auf russisches Territorium gebracht.

Eine von den Vereinten Nationen unterstützte Untersuchung hatte ergeben, dass Russlands erzwungene Verbringung und Deportation ukrainischer Kinder in die von Russland kontrollierten Gebiete ein Kriegsverbrechen darstellt.

Der Kreml hat die Haftbefehle des Internationalen Strafgerichtshofs gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin und Maria Lvova-Belova als rechtlich »nichtig« zurückgewiesen, da Russland die Zuständigkeit des Gerichts in Den Haag nicht anerkennt.

Spiegel-online-Artikel, 3.7.2023



Kinderverschleppungen II

Wie ukrainische Kinder verschleppt und russifiziert werden

Es ist eines der vielen Verbrechen Russlands gegen die Ukraine: die Verschleppung von Kindern und Jugendlichen. Wie geschieht das genau?

Ende März fährt in Kiew ein grauer Minibus vor, Kinder und Jugendliche steigen aus, werden von Angehörigen in die Arme geschlossen. Es ist eine der bisher sieben Gruppen von verschleppten Kindern und Jugendlichen, die mithilfe der NGO «Save Ukraine» in die Ukraine zurückgebracht werden konnten. Maxim stammt aus der südukrainischen Stadt Cherson, die monatelang von russischen Truppen besetzt war. Er erzählt einer ukrainischen Journalistin, was mit ihm geschah: «Die Lehrer haben uns gesagt, wir würden zwei Wochen in ein Lager fahren. Schlussendlich sassen wir ein halbes Jahr fest.» Zuletzt befand er sich in einer Einrichtung auf der russisch besetzten Krim. Er wollte nach Hause - aber man sagte ihm, das gehe nicht, Cherson werde beschossen. Schliesslich gelang es seiner Mutter, ihn mithilfe von «Save Ukraine» in die Heimat zurückzuholen.

Maxim ist eines von unzähligen Kindern und Jugendlichen, die nach Russland gebracht und dort festgehalten wurden oder immer noch werden. Sie stammen aus umkämpften und - zeitweise - russisch besetzten Gebieten: Cherson, Charkiw oder Mariupol. Ihre Eltern und Angehörige, sofern diese noch leben, wurden mit der Aussicht gelockt, die Kinder könnten gratis in ein Sommerlager, um sich vom Krieg zu erholen, gut und genügend zu essen und dann zurückzukehren. Andere Eltern wurden schlicht unter Druck gesetzt, zuzustimmen.

Doch manche Kinder kamen nicht mehr zurück, wie die Rechtsprofessorin und Menschenrechtsexpertin Elina Steinerte sagt. Sie hat für die OSZE einen Bericht über die Verschleppung ukrainischer Kinder mitverfasst. «Als die Eltern Alarm schlugen und die Kinder zurückwollten, hiess es: «Kommt her und holt sie!» Das ist aber für diese Familien schwierig bis unmöglich. Denn der Weg nach Russland oder auf die Krim ist aufwendig und teuer, man muss grosse Umwege fahren. Und die Mütter haben nur eine Chance, ihre Kinder zurückzuerhalten, wenn sie die von den russischen Behörden verlangten Dokumente vorweisen.

Und auch dann errichteten die Russen immer wieder neue Hürden, sagt die Sprecherin von «Save Ukraine», Olga Yerokhina. So heisse es etwa, die Papiere seien nicht vollständig. Eine Mutter habe berichtet, ihr Sohn sei woanders hingebacht worden, ohne dass sie darüber informiert worden sei. «Die Russen helfen den Eltern nie, die Kinder zu finden. Und sie sagen den Kindern sogar: «Deine Eltern und Dein Land - sie brauchen Dich nicht.»»

Das ist der entscheidende Punkt: Das Völkerrecht verlangt zwar, dass Kinder aus Zonen unmittelbarer Gefahr gebracht werden müssen. Doch dann muss sofort nach den nächsten Verwandten des Kindes gesucht werden, wie Expertin Steinerte betont, denn das sei im höchsten Interesse des Kindes: «Stattdessen werden Kinder nach Russland oder in russisch besetzte Gebiete gebracht. Und es gibt keine Anstrengungen, sie mit ihrer Familie zu vereinen.»

Ausserdem würden die Kinder in eine ausschliesslich russisch geprägte Umgebung versetzt und erhielten eine patriotische russische Erziehung, manche sogar eine militärische Ausbildung. Das alles verletzt in gravierender Art und Weise das verbrieftete Recht der Kinder auf ihre Identität und Kultur und auf das Zusammensein mit ihrer Familie.

Und damit ist auch die Behauptung der russischen «Kinderrechtsbeauftragten» Marija Lvova-Belova entkräftet, Russland rette diese Kinder und schaffe für sie eine bessere Zukunft. Lvova-Belova wird inzwischen vom Internationalen Strafgerichtshof mit einem Haftbefehl gesucht, weist aber weit von sich, irgendein Verbrechen begangen zu haben...

aus SRF online am 22.6.2023

Russische Opposition gegen den Krieg

Zu den in Russland Verfolgten gehören Studierende, Rechtsanwält*innen, Kunstschaffende und Politiker*innen. Die Zahl derer, die wegen ihrer Kritik am Krieg nach verschiedenen Artikeln des Strafgesetzbuches strafrechtlich verfolgt werden, liegt Berichten zufolge bei über 200. Betroffen ist u.a. die Journalistin Marina Ovsyannikova, die einer breiten Öffentlichkeit bekannt wurde, als sie im russischen Fernsehen ein Anti-Kriegs-Plakat hochgehalten hat.

Amnesty International fordert die russischen Behörden auf, all jene Menschen, die friedlich Kritik am Krieg geäußert haben, unverzüglich und bedingungslos freizulassen und die neuen Gesetze sowie alle anderen mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung unvereinbaren Gesetze aufzuheben. Ausserdem appelliert Amnesty erneut an die internationale Gemeinschaft, «alle Möglichkeiten internationaler und regionaler Mechanismen zu nutzen, um eine wirksame Untersuchung der Kriegsverbrechen der russischen Streitkräfte in der Ukraine sicherzustellen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.» Ein entscheidendes Element dabei sei die Unterstützung derjenigen in Russland, die sich aktiv gegen die russische Aggression in der Ukraine wenden.

«Die Stimmen, die sich gegen den Krieg und die von den russischen Streitkräften begangenen Übergriffe erheben, dürfen nicht zum Schweigen gebracht werden», so Amnesty International in dem Statement. «Die Freiheit des Zugangs zu Informationen sowie der Äusserung von - durchaus auch abweichenden - Meinungen ist ein entscheidendes Element für den Aufbau einer wirksamen Antikriegsbewegung in Russland. Indem sie kritische Stimmen ausschalten, versuchen die russischen Behörden, die öffentliche Unterstützung für ihren Angriffskrieg in der Ukraine zu stärken und aufrechtzuerhalten

Der Einmarsch Russlands in die Ukraine stiess im eigenen Land auf breite Kritik. Zehntausende Russ*innen protestierten friedlich auf den Strassen und kritisierten die Aggression in sozialen Medien. Die russischen Behörden reagierten mit einem harten Vorgehen gegen Demonstrierende und Kritiker*innen und nahmen Berichten zufolge mehr als 16'000 Personen fest, weil sie gegen die unangemessen restriktiven Vorschriften des Landes für öffentliche Versammlungen verstossen hatten. Die Behörden gingen auch hart gegen die wenigen verbliebenen unabhängigen Medien vor, indem sie viele zwangen, ihr Büro zu schliessen, das Land zu verlassen oder ihre Berichterstattung über den Krieg einzuschränken und stattdessen offizielle russische Berichte zu zitieren. Menschenrechts-NGOs wurden als «ausländische Agent*innen» oder als «unerwünscht» bezeichnet, waren von willkürlichen Schliessungen oder der Sperrung ihrer Websites betroffen und anderen Formen von Schikanen ausgesetzt.

Das Verbot der Weitergabe von Informationen über die Aktivitäten der russischen Streitkräfte stellt einen Eingriff in das Recht auf freie Meinungsäußerung dar, einschliesslich des Rechts, Informationen zu suchen, zu empfangen und weiterzugeben, das u.a. durch den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, die EMRK und die russische Verfassung garantiert ist. Die russischen Behörden können diese Rechte zwar einschränken, doch müssen solche Einschränkungen notwendig und verhältnismässig sein, um die Existenz der russischen Nation, ihre territoriale Unversehrtheit oder politische Unabhängigkeit vor Gewalt oder Gewaltandrohung zu schützen. Die pauschale Kriminalisierung von Kritik an den Streitkräften erfüllt diese Voraussetzung nicht.

aus Amnesty International online vom 2.9.2022



Internationale Reaktionen I

„Der „Westen“ oder die NATO-Staaten

(USA, Deutschland, Großbritannien, Frankreich und andere westliche Länder)

Spätestens seit der russischen Besetzung der Krim im Jahre 2014 und der russischen Unterstützung der Separatisten im Donbass hatten die Vereinigten Staaten und der Westen wiederholt ihre Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine zum Ausdruck gebracht und Sanktionen gegen Russland verhängt, um ihren Unmut über russische Handlungen in der Region zu zeigen.

Mit dem russischen Überfall auf die Ukraine im Februar 2022 verhängten der Westen noch härtere Wirtschaftssanktionen gegen Russland und begann, Waffen an die Ukraine zu liefern.

Da Russland von Anfang an damit drohte, westliche Waffenlieferung mit Atomschlägen zu beantworten, lieferte besonders Deutschland nur sehr zögerlich Waffen. Nachdem die USA Russland mit verheerenden Konsequenzen im Falle eines Atomwaffeneinsatzes gedroht hatten und selbst China, ein Verbündeter Russlands, Wladimir Putin vor dem Einsatz dieser Waffen gewarnt hatte, weitete der Westen seine Waffenlieferungen an die Ukraine immer weiter aus. Gleichzeitig machte er aber auch klar, dass die NATO nicht aktiv am Krieg teilnehmen würde, also keine Soldaten in diesen Krieg schicken würde, weil dies den Ausbruch eines 3. Weltkrieges bedeuten würde.

Doch nicht alle NATO-Staaten unterstützen die Ukraine. Eine Sonderrolle spielt Ungar, dessen Präsident Viktor Urban enge Beziehungen zu Russland und Wladimir Putin unterhält. Ungarn ist fast vollständig von russische Gas- und Ollieferungen abhängig, dies möchte Orban nicht aufs Spiel setzen.

Eine Sonderrolle spielt auch die Türkei unter Präsident Erdogan. Er unterhält auch gute Beziehungen zu Russland und sieht sich eher als Vermittler im Konflikt. Erdogan handelte mit Russland und der Ukraine das Getreideabkommen aus, nach dem trotz des Krieges zeitweise ein Teil des ukrainischen Getreides über das Schwarze Meer ausgeschifft werden durfte.



Internationale Reaktionen II

China

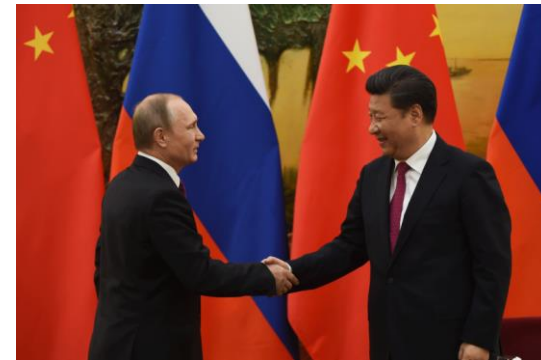
Chinas Haltung zum russischen Überfall auf die Ukraine kann als Balanceakt bezeichnet werden. Offene Kritik am russischen Angriffskrieg haben hochrangige chinesische Politiker bislang nicht geübt. Im Gegenteil: Außenminister Wang Yi hat die Verbindung zu Moskau als „felsenfest“ bezeichnet und Russlands Rolle als strategischer Partner für die Volksrepublik hervorgehoben. Das russische Außenministerium wiederum hatte China bereits wenige Tage nach dem Überfall als einen der wichtigsten verbleibenden Verbündeten bezeichnet. Die Handelsbeziehungen zwischen China und Russland haben sich seit Kriegsbeginn intensiviert. Jüngst haben die beiden Staaten ihre strategische Partnerschaft mit neuen Abkommen bekräftigt. Zwei Vereinbarungen über die Partnerschaft und über die strategische Zusammenarbeit der Nachbarn bis 2030 seien unterzeichnet worden. Der chinesische Präsident Xi und Wladimir Putin treffen sich häufig und bezeichnen sich dabei immer als gute Freunde und als Verbündete.

China hat sich in der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 2. März 2022 in der Frage der Verurteilung des russischen Angriffskriegs der Stimme enthalten. Chinesische Staatsmedien berichteten prorussisch. Gleichwohl versucht Peking, auch die wichtigen Handelsbeziehungen mit Europa aufrechtzuerhalten. Bereits am 8. März 2022 hatte sich Staatspräsident Xi mit deutschen und französischen Vertretern getroffen, um über eine diplomatische Lösung des russisch-ukrainischen Kriegs zu sprechen. Im März 2023 hat China abermals einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen vorgeschlagen und seine neutrale Position hervorgehoben. Internationalen Beobachtern gilt China allerdings nicht als neutrale Instanz.

China ist nicht an einer Ausweitung des Krieges interessiert und hat Russland davor gewarnt, Atomwaffen einzusetzen.

Dennoch profitiert China dreifach vom Krieg:

1. Durch die westlichen Sanktionen gegenüber Russland profitiert China mit verstärkten Handelsbeziehungen. China kann nun Rohstoffe wie Öl und Gas in größeren Mengen und billiger als vorher importieren. Dadurch macht es Russland immer stärker von sich abhängig.
2. Durch das große finanzielle Engagement der USA in der Ukraine kann sie sich weniger im Pazifikraum engagieren und schwächt dort ihre Position, was China auszunutzen versucht. China beobachtet auch auf seine Ambitionen gegenüber Taiwan genau, wie die USA in der Ukraine reagieren.
3. Zusammen mit Russland und den anderen BRIC-Staaten möchte China die Vorherrschaft der USA in der Welt brechen. Deshalb unterstützt es alle Ereignisse wie z.B. diesen Krieg, um seinem Ziel näher zu kommen.



Internationale Reaktionen III

Die Reaktionen der Länder des globalen Südens auf den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine sind unterschiedlich. Einige Länder haben sich bereits gegen die russische Aggression ausgesprochen, während andere Länder sich zurückhalten.

Die BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) haben unterschiedliche Reaktionen auf den russischen Angriffskrieg in der Ukraine gezeigt.

Brasilien und Südafrika haben sich für Verhandlungen im Ukraine-Krieg ausgesprochen und drängen auf ein schnelles Ende des Konflikts. Die Präsidenten von Brasilien und Südafrika haben beim Brics-Gipfeltreffen erneut für Friedensverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine geworben.



Anhang: Podcast I

So beeinflusst der Ukrainekrieg Europa

Am 24.2.2022 überfiel die russische Armee die Ukraine. Die Folgen sind verheerend: Ganze Städte sind zerstört, Felder und Häuser vermint, Millionen sind geflohen, Menschenleben wurden vernichtet. Der Krieg verändert aber nicht nur die Ukraine selbst, sondern ganz Europa, vermutlich gar die ganze Welt, sagt Ivan Krastev.

Themen in dieser Folge:

- Warum wird dieser Krieg an der Urne entschieden?
- Warum hat der Westen Putin falsch eingeschätzt?
- Gehört Russland zu Europa?
- Warum geht es im Krieg gegen die Ukraine um die Zukunft Europas?

Der aus Bulgarien stammende Politologe Ivan Krastev, der in Wien und in Sofia wohnt und eine der meistbeachteten Stimmen ist, wenn es darum geht, die politischen Bruchlinien dieser Zeit zu analysieren, sieht eine weltumspannende Krise des Liberalismus aufziehen, die sich an den Wahlurnen entscheiden wird und nicht in der Ukraine. Wie bleiben die Menschen als Gesellschaft resilient in der Krise? Was nährt den Liberalismus und weshalb ist es von zentraler Bedeutung, den Osten Europas zu begreifen, um die Welt zu verstehen? Moderatorin Barbara Bleisch fragt nach.

Das Interview lässt sich auch auf youtube ansehen

<https://www.youtube.com/watch?v=3VAVFn107JK>



Anhang: Podcast II

Wer ist Wladimir Putin

Seit 22 Jahren regiert Wladimir Putin Russland. Der Aufmarsch russischer Truppen an der Grenze zur Ukraine alarmiert den Westen, einmal mehr. Wer ist der Mann, der die Welt in Schrecken versetzt? Wie denkt Putin? Ein Gespräch mit Michel Eltchaninoff, Philosoph und Autor des Buches «In Putins Kopf».

Zum Neujahrsempfang 2014 schenkte Wladimir Putin seinen wichtigsten Beamten drei philosophische Werke zur Pflichtlektüre. Zudem zitiert der ehemalige KGB-Spion in seinen politischen Reden gerne russische Intellektuelle, konservative Vordenker und anti-westliche Philosophen. Manche dieser Visionäre träumen von einem russischen Grossreich, andere gar von einem eurasischen Imperium. Wer sind diese Vordenker von Wladimir Putin? Im Gespräch mit Yves Bossart erklärt Michel Eltchaninoff, Chefredaktor des französischen «Philosophie Magazine», aus welchen Werken Putin Ideen für seine Geopolitik schöpft, wohin ihn diese führen und welche aktuellen Gefahren sie bergen.

Das Interview lässt sich auch auf youtube ansehen

<https://www.youtube.com/watch?v=ASXakkHTIG0>



Anhang: Berichte aus Russland Ia

Was Russland in Bezug auf die Ukraine tun sollte von Timofey Serhiyev am 3.4.2022 übersetzt mit www.DeepL.com/Translator, russischer Originaltext unter <https://ria.ru/20220403/ukraina-1781469605.html>

Bereits im April letzten Jahres schrieben wir über die Unausweichlichkeit der Entnazifizierung der Ukraine. Wir brauchen keine nazistische, banderianische Ukraine, einen Feind Russlands und ein Instrument des Westens, um Russland zu zerstören. Heute ist die Frage der Entnazifizierung auf die praktische Ebene gerückt. Die Entnazifizierung ist notwendig, wenn ein bedeutender Teil des Volkes - höchstwahrscheinlich seine Mehrheit - vom Naziregime beherrscht und in seine Politik hineingezogen wird. Das heißt, wenn die Hypothese "das Volk ist gut - die Regierung ist schlecht" nicht funktioniert. Die Anerkennung dieser Tatsache ist die Grundlage der Entnazifizierungspolitik und aller ihrer Aktivitäten, und die Tatsache selbst ist ihr Gegenstand. Die Ukraine befindet sich genau in einer solchen Situation. Die Tatsache, dass die ukrainischen Wähler für "Poroschenkos Frieden" und "Zelenskys Frieden" gestimmt haben, sollte nicht in die Irre führen - die Ukrainer waren mit dem kürzesten Weg zum Frieden durch einen Blitzkrieg, den die letzten beiden ukrainischen Präsidenten bei ihrer Wahl offen angedeutet haben, durchaus zufrieden. Genau diese Methode der "Befriedung" der Antifaschisten im Innern - durch totalen Terror - wurde in Odessa, Charkow, Dnepropetrowsk, Mariupol und anderen russischen Städten angewendet. Und das passte dem ukrainischen Durchschnittsbürger ganz gut. Die Entnazifizierung ist eine Reihe von Maßnahmen gegenüber der nazifizierten Masse der Bevölkerung, die technisch gesehen nicht direkt als Kriegsverbrecher bestraft werden kann. Nazis, die zu den Waffen gegriffen haben, sollten auf dem Schlachtfeld so weit wie möglich vernichtet werden. Es sollte kein signifikanter Unterschied zwischen der AFU und den so genannten NSBATs sowie den Milizen der Territorialverteidigung gemacht werden, die sich diesen beiden Arten von militärischen Formationen angeschlossen haben. Sie alle sind gleichermaßen an abscheulichen Grausamkeiten gegen die Zivilbevölkerung beteiligt, gleichermaßen verantwortlich für den Völkermord am russischen Volk und halten sich nicht an die Gesetze und Gebräuche des Krieges. Kriegsverbrecher und aktive Nazis müssen annähernd und exemplarisch bestraft werden. Es muss eine vollständige Lustration durchgeführt werden. Alle Organisationen, die sich mit den Praktiken des Nationalsozialismus verbunden haben, müssen beseitigt und verboten werden. Neben den Spitzenkräften ist jedoch auch ein erheblicher Teil der Masse des Volkes, die passiven Nazis, die Kollaborateure des Nazismus, schuldig. Sie unterstützten und verwöhnten die Nazi-Regierung. Eine gerechte Bestrafung dieses Teils der Bevölkerung ist nur möglich, wenn er die unvermeidlichen Lasten eines gerechten Krieges gegen das Nazisystem trägt, der so sanft und diskret wie möglich gegen die Zivilbevölkerung geführt wird. Die weitere Entnazifizierung dieser Masse der Bevölkerung besteht in der Umerziehung, die durch ideologische Unterdrückung (Verdrängung) nationalsozialistischer Einstellungen und strenge Zensur erreicht wird: nicht nur im politischen Bereich, sondern notwendigerweise auch im Bereich der Kultur und der Bildung. Durch Kultur und Bildung wurde die tiefgreifende Nazifizierung der Bevölkerung vorbereitet und umgesetzt, die durch das Versprechen von Dividenden aus dem Sieg des Naziregimes über Russland, Nazipropaganda, interne Gewalt und Terror sowie den achtjährigen Krieg mit dem aufständischen ukrainischen Nazivolk im Donbass gefestigt wurde. Die Entnazifizierung kann nur vom Sieger durchgeführt werden, was voraussetzt, dass er (1) die unbedingte Kontrolle über den Entnazifizierungsprozess hat und (2) die Macht, diese Kontrolle zu gewährleisten. In dieser Hinsicht kann das entnazifizierte Land nicht souverän sein. Der entnazifizierende Staat - Russland - kann bei der Entnazifizierung nicht von einem liberalen Ansatz ausgehen. Die Ideologie des Entnazifizierers kann von dem Schuldigen, der entnazifiziert wird, nicht in Frage gestellt werden. Wenn Russland die Notwendigkeit der Entnazifizierung der Ukraine anerkennt, bedeutet dies, dass das Krim-Szenario für die Ukraine als Ganzes unmöglich ist. Dieses Szenario war jedoch auch 2014 im aufständischen Donbass unmöglich. Nur acht Jahre Widerstand gegen die Gewalt und den Terror der Nazis führten zu einem inneren Zusammenhalt und zu einer bewusst unmissverständlichen Weigerung der Masse, irgendeine Art von Einheit und Verbindung zu einer Ukraine aufrechtzuerhalten, die sich selbst als eine Nazigesellschaft definierte. Der Zeitrahmen für die Entnazifizierung kann auf keinen Fall kürzer sein als eine Generation, die unter den Bedingungen der Entnazifizierung geboren werden, wachsen und reifen muss. Die Nazifizierung der Ukraine hat über 30 Jahre gedauert - mindestens seit 1989, als der ukrainische Nationalismus legale und legitime Formen des politischen Ausdrucks erhielt und die Bewegung für die "Unabhängigkeit" in Richtung Nazismus führte. Die Besonderheit der modernen nazifizierten Ukraine ist ihr amorpher und ambivalenter Charakter, der es erlaubt, den Nazismus als Bestreben nach "Unabhängigkeit" und einem "europäischen" (westlichen, pro-amerikanischen) Weg der "Entwicklung" (in Wirklichkeit der Degradierung) zu tarnen. (in Wirklichkeit - zur Degradierung), zu behaupten, dass "es in der Ukraine keinen Nazismus gibt, sondern nur private sporadische Exzesse". Es gibt keine Haupt-Nazi-Partei, keinen Führer, keine vollwertigen Rassengesetze (nur eine abgespeckte Version in Form der Unterdrückung der russischen Sprache). Infolgedessen gibt es keine Opposition und keinen Widerstand gegen das Regime. All dies macht den ukrainischen Nationalsozialismus jedoch nicht zu einer "Light-Version" des deutschen Nationalsozialismus in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts. Im Gegenteil - da der ukrainische Nationalsozialismus frei von solchen "Genre"-Rahmen (im Wesentlichen politische Technologie) und Beschränkungen ist, entfaltet er sich frei als die grundlegende Basis des gesamten Nationalsozialismus - wie der europäischen und, in seiner ausgeprägtesten Form, der amerikanischen Rassist. Daher kann die Entnazifizierung nicht auf kompromisshaften Weise auf der Grundlage einer Formel wie "NATO - nein, EU - ja" durchgeführt werden. Der kollektive Westen selbst ist der Konstrukteur, die Quelle und der Sponsor des ukrainischen Nazismus, während die westlichen Banderitenkader und ihr "historisches Gedächtnis" nur eines der Werkzeuge der Nazifizierung der Ukraine sind. Der Ukronezismus stellt nicht weniger, sondern eine größere Bedrohung für den Frieden und Russland dar als Hitlers deutscher Nationalsozialismus. Der Name "Ukraine" kann offensichtlich nicht als Bezeichnung für ein vollständig entnazifiziertes Staatsgebilde auf einem vom Naziregime befreiten Gebiet beibehalten werden. Die in den von den Nazis befreiten Gebieten neu gegründeten Volksrepubliken müssen und werden aus der Praxis der wirtschaftlichen Selbstverwaltung und der sozialen Fürsorge, der Wiederherstellung und Modernisierung der Existenzgrundlagen der Bevölkerung erwachsen. Ihre politischen Bestrebungen können in der Tat nicht neutral sein - die Wiedergutmachung der Schuld gegenüber Russland, weil es als Feind behandelt wurde, kann nur in Abhängigkeit von Russland in den Prozessen des Wiederaufbaus, der Erneuerung und der Entwicklung erfolgen. Ein "Marshallplan" für diese Gebiete sollte nicht zugelassen werden. Es kann keine "Neutralität" im ideologischen und praktischen Sinne geben, die mit einer Entnazifizierung vereinbar wäre. Die Kader und Organisationen, die die Instrumente der Entnazifizierung in den neuen entnazifizierten Republiken sind, können sich nur auf die direkte Macht und organisatorische Unterstützung Russlands verlassen.

Anhang: Berichte aus Russland Ib

Die Entnazifizierung wird unweigerlich eine Ent-Ukrainisierung sein - eine Absage an die von den sowjetischen Behörden eingeleitete künstliche Aufblähung der ethnischen Komponente der Selbstidentifikation der Bevölkerung in den Gebieten des historischen Malorossia und Novorossia. Als Instrument der kommunistischen Supermacht blieb der künstliche Ethnozentrismus auch nach dem Fall des Kommunismus nicht verwaist. In dieser Funktion wurde sie von einer anderen Supermacht (Macht über Staaten) übernommen - der Supermacht des Westens. Sie muss in ihre natürlichen Grenzen zurückgeführt und von ihrer politischen Funktion befreit werden. Im Gegensatz etwa zu Georgien und den baltischen Staaten ist die Ukraine, wie die Geschichte gezeigt hat, als Nationalstaat unmöglich, und Versuche, einen solchen "aufzubauen", führen unweigerlich zum Nationalsozialismus. Das Ukrainertum ist eine künstliche antifirussische Konstruktion ohne eigenen zivilisatorischen Inhalt, ein untergeordnetes Element einer fremden und entfremdeten Zivilisation. Die Entnazifizierung an sich wird nicht ausreichen, um die Ukraine zu entnazifizieren - das banderitische Element ist nur ein Darsteller und ein Vorwand, eine Verkleidung für das europäische Projekt der Nazi-Ukraine, so dass die Entnazifizierung der Ukraine auch ihre unvermeidliche Ent-Europäisierung ist. Die banderovianischen Spitzenkräfte müssen beseitigt werden, es ist unmöglich, sie umzuerziehen. Der gesellschaftliche "Sumpf", der ihn aktiv und passiv durch Handeln und Nichthandeln unterstützt hat, muss die Härten des Krieges überstehen und die Erfahrung als historische Lektion und Sühne für seine Schuld verarbeiten. Diejenigen, die das Naziregime nicht unterstützt haben, die unter ihm und dem Krieg, den es im Donbass entfesselt hat, gelitten haben, müssen konsolidiert und organisiert werden, sie müssen zur Stütze der neuen Regierung werden, sowohl vertikal als auch horizontal. Die historische Erfahrung zeigt, dass die Tragödien und Dramen der Kriegszeit den Völkern zugute kommen, die sich von der Rolle des russischen Feindes verführen und mitreißen lassen. Die Entnazifizierung als Ziel der speziellen Militäroperation selbst wird als militärischer Sieg über das Kiewer Regime, die Befreiung der Gebiete von bewaffneten Anhängern der Nazifizierung, die Ausschaltung unachgiebiger Nazis, die Ergreifung von Kriegsverbrechern und die Schaffung der systemischen Voraussetzungen für eine spätere Entnazifizierung in Friedenszeiten verstanden. Die Entnazifizierungsoperation der Ukraine, die mit einer militärischen Phase begann, wird in Friedenszeiten der gleichen Logik der Phasen folgen wie eine militärische Operation. Auf jeder dieser Stufen müssen unumkehrbare Veränderungen erreicht werden, die das Ergebnis der entsprechenden Phase sind. Die notwendigen ersten Schritte der Entnazifizierung können wie folgt definiert werden: Die Beseitigung der bewaffneten nationalsozialistischen Formationen (womit wir alle bewaffneten Formationen der Ukraine, einschließlich der AFU, meinen) sowie der militärischen, informationellen und erzieherischen Infrastruktur, die ihre Tätigkeit gewährleistet; Die Bildung einer Volksselbstverwaltung und einer Volkspolizei (Verteidigung und öffentliche Ordnung) in den befreiten Gebieten, die die Bevölkerung vor dem Terror der nationalsozialistischen Untergrundgruppen schützt; Einrichtung des russischen Informationsraums; Entfernung von Unterrichtsmaterialien und Verbot von Bildungsprogrammen auf allen Ebenen, die nationalsozialistische ideologische Haltungen enthalten; Massive Ermittlungen zur persönlichen Verantwortung für Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Verbreitung der NS-Ideologie und Unterstützung des NS-Regimes. -Die Auflistung und Offenlegung der Namen von Kollaborateuren des Naziregimes und ihrer Zwangsarbeit zum Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur als Strafe für ihre Naziaktivitäten (unter denjenigen, die nicht mit der Todesstrafe oder einer Haftstrafe belegt werden); Verabschiedung von primären Entnazifizierungsvorschriften "von unten" auf lokaler Ebene unter russischer Kuratel, die alle Arten und Formen der Wiederbelebung der NS-Ideologie verbieten; -Errichtung von Mahnmalen, Gedenkschildern, Denkmälern für die Opfer des ukrainischen Nationalsozialismus und zum Gedenken an die Helden des Kampfes gegen ihn; Die Aufnahme einer Reihe von antifaschistischen und entnazifizierenden Normen in die Verfassungen der neuen Volksrepubliken; -Schaffung von ständigen Entnazifizierungsstellen für einen Zeitraum von 25 Jahren. Russland wird bei der Entnazifizierung der Ukraine keine Verbündeten haben. Denn dies ist eine rein russische Angelegenheit. Und auch, weil nicht nur die Bandera-Version der Nazi-Ukraine der Ausrottung unterworfen sein wird, sondern auch und vor allem der westliche Totalitarismus, die aufgezwungenen Programme der zivilisatorischen Degradierung und des Zusammenbruchs, die Mechanismen der Unterordnung unter die Supermacht des Westens und der USA. Um den Plan der Entnazifizierung der Ukraine umzusetzen, muss Russland selbst endlich seine pro-europäischen und pro-westlichen Illusionen aufgeben, um sich als letzte Instanz des Schutzes und der Bewahrung jener Werte des historischen Europas (der Alten Welt) zu begreifen, die es verdient haben und die der Westen schließlich aufgegeben hat, nachdem er im Kampf um sich selbst verloren hatte. Dieser Kampf setzte sich im 20. Jahrhundert fort und manifestierte sich im Weltkrieg und in der Russischen Revolution, die untrennbar miteinander verbunden waren. Russland hat im zwanzigsten Jahrhundert alles getan, um den Westen zu retten. Sie verwirklichte das wichtigste westliche Projekt, die Alternative zum Kapitalismus, die die Nationalstaaten besiegte - das sozialistische, rote Projekt. Sie hat den deutschen Nationalsozialismus zerschlagen, die monströse Ausgeburt der Krise der westlichen Zivilisation. Der letzte Akt des russischen Altruismus war Russlands ausgestreckte Hand der Freundschaft, für die Russland in den 1990er Jahren einen ungeheuren Schlag erhielt. Alles, was Russland für den Westen getan hat, hat es auf seine eigenen Kosten getan, indem es die größten Opfer gebracht hat. Der Westen lehnte schließlich all diese Opfer ab, wertete Russlands Beitrag zur Lösung der westlichen Krise ab und beschloss, sich an Russland für die selbstlos geleistete Hilfe zu rächen. Von nun an wird Russland seinen eigenen Weg gehen, ohne sich um das Schicksal des Westens zu kümmern, und dabei auf einem anderen Teil seines Erbes aufbauen: der Führungsrolle im globalen Entkolonialisierungsprozess. Im Rahmen dieses Prozesses verfügt Russland über ein hohes Potenzial für Partnerschaften und Bündnisse mit Ländern, die der Westen jahrhundertlang unterdrückt hat und die nicht die Absicht haben, ihm erneut das Joch aufzuerlegen. Ohne die Opfer und den Kampf Russlands wären diese Länder nicht befreit worden. Die Entnazifizierung der Ukraine ist gleichzeitig ihre Entkolonialisierung, eine Tatsache, die die ukrainische Bevölkerung verstehen muss, wenn sie beginnt, sich von den Gespenstern, Versuchungen und Abhängigkeiten der sogenannten europäischen Wahl zu befreien.

* Eine in Russland verbotene extremistische Organisation.

Anhang: Berichte aus Russland II



Alles Ukrainische muss weg

Deportationen, Zwang zur russischen Staatsbürgerschaft, Ansiedlung von Russen, Scheinwahlen: In den kontrollierten Regionen der Ost- und Südukraine demonstriert der Kreml, was er mit dem ganzen Land machen würde.

Ein Jahr nach den Scheinreferenden zur Annexion der besetzten ukrainischen Gebiete in den Regionen Cherson und Saporischschja, Donezk und Luhansk hat Russland auch Scheinwahlen durchführen lassen. Erwartungsgemäss siegte am letzten Wochenende die Kremlpartei Einiges Russland deutlich bei allen Regional- und Kommunalwahlen. Diese Wahlen, die als Farce gewertet werden müssen, waren ein weiterer Schritt Moskaus bei der Einverleibung ukrainischer Territorien in die Russische Föderation. Der Kreml schafft Fakten.

In den besetzten Gebieten kommen verschiedene Methoden der Russifizierung zur Anwendung. Sie umfassen Gewalt und Willkür, den faktischen Zwang für die Einheimischen, die russische Staatsbürgerschaft anzunehmen, die gezielte Ansiedlung von Menschen aus Russland, finanzielle Anreize für russische Arbeitsmigranten und Firmen, Umerziehung ukrainischer Kinder, Kremlpropaganda in den Schulen und Medien sowie scheindemokratische Volksentscheide. Russlands Ziel ist die Zerstörung der ukrainischen Staatlichkeit sowie die Auslöschung der ukrainischen Identität.

Bereits auf der widerrechtlich annektierten Krim sowie in den selbst ernannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk sei Russland nach diesem Muster vorgegangen, sagt Elina Beketova, Forscherin am Center for European Policy Analysis (CEPA) in Washington, in einem Telefongespräch mit dieser Redaktion. Doch es gebe einen entscheidenden Unterschied: «Die Russifizierung geschieht nun viel schneller», sagt Beketova. «Und das ist alarmierend.»

Die CEPA-Forscherin, die von der Krim stammt, lebte in Kiew, bevor sie nach dem Grossangriff Russlands via Deutschland in die USA ging. Beketova beobachtet und dokumentiert die Geschehnisse in den von Russland besetzten Gebieten in der Süd- und Ostukraine, wo die Offensive der Ukrainer im Gang ist.

Ukrainische Staatsbürgerinnen und -bürger befinden sich in einer äusserst schwierigen Lage. «Wer keine russischen Dokumente besitzt, kann nichts machen und hat keine Rechte», sagt Beketova. Ohne russischen Pass finde man keine Arbeit, habe keinen Zugang zu medizinischer Versorgung, erhalte keine finanziellen Hilfen oder drohe Wohneigentum oder Firmenbesitz zu verlieren. Menschen mit ukrainischem Pass sind der Willkür der Besatzungsmacht ausgeliefert - mit Gefahren, die bis zur Ausweisung oder Deportation reichen.

Ende April unterzeichnete Kremlchef Wladimir Putin ein Dekret, wonach alle ukrainischen Staatsbürgerinnen und -bürger in den besetzten Gebieten die russische Staatsbürgerschaft annehmen müssen, wenn sie in ihrer eigenen Heimat nicht als Ausländer gelten wollen. Mitte August vermeldete Moskaus Statthalter von Saporischschja, dass 300'000 Bewohnerinnen und Bewohner den russischen Pass erhalten hätten. Mit seiner Passpolitik bekräftigt Russland seinen Herrschaftsanspruch in den besetzten Gebieten. Ausserdem kann der Kreml behaupten, dass er russische Staatsbürgerinnen und -bürger beschütze.

Zeitungsartikel aus „Der Bund“ vom 13.9.2023

Anhang: Berichte aus Russland III



Russische TV-Journalistin zu Haftstrafe verurteilt

Ihr Protest gegen den Ukraine-Krieg live im russischen Fernsehen hatte für Aufsehen gesorgt. Nach weiteren Auseinandersetzungen mit dem Kreml verließ die Journalistin Owsjannikowa das Land. Nun ist sie in Abwesenheit verurteilt worden.

Mehr als eineinhalb Jahre nach ihrem aufsehenerregenden Protest im Live-Fernsehen gegen den Militäreinsatz in der Ukraine ist die russische Fernsehjournalistin Marina Owsjannikowa in einer anderen Angelegenheit in Abwesenheit verurteilt worden.

Die wegen "Verbreitung von Falschinformationen" angeklagte Owsjannikowa wurde zu achteinhalb Jahren Haft verurteilt, wie ein Moskauer Gericht erklärte. Das Urteil bezieht sich auf eine Protestaktion im Juli 2022, bei der Owsjannikowa allein in der Nähe des Kremls demonstriert und dabei ein Schild hochgehalten hatte, auf dem sie den Krieg gegen die Ukraine und den russischen Präsidenten Wladimir Putin kritisiert.

Owsjannikowa war im März 2022 während der Sendung eines TV-Senders hinter der Nachrichtensprecherin aufgetaucht und hatte ein Protestplakat in die Kamera gehalten. Im Oktober 2022 floh die heute 45-jährige aus dem Hausarrest mit ihrer Tochter aus Russland. Die Journalistin hält sich nach Angaben in ihrem Nutzerkonto im Online-Dienst Instagram derzeit in Frankreich auf.

In einer vor der Urteilsverkündung veröffentlichten Erklärung bezeichnete sie die gegen sie erhobenen Vorwürfe als "absurd und politisch motiviert". Die Justiz habe "beschlossen, mich fertig zu machen, weil ich keine Angst habe und die Dinge beim Namen nenne", sagte sie. "Natürlich gebe ich meine Schuld nicht zu. Und ich leugne auch keines meiner Worte. Ich habe eine sehr harte, aber die einzig richtige moralische Entscheidung in meinem Leben getroffen, und ich habe bereits einen hohen Preis dafür bezahlt", erklärte Owsjannikowa weiter.

Regierungskritische Stimmen werden in Russland seit Jahren zunehmend unterdrückt. Zahlreiche Oppositionsvertreter und einfache Bürger wurden zu langen Haftstrafen verurteilt. Zehntausende Russen, unter ihnen Oppositionelle, Journalisten und Bürgerrechtler, sind ins Exil geflohen.

aus Tagesschau online vom 4.10.2023

Anhang: Berichte aus Russland IV

Lehren in Zeiten des Krieges

An russischen Schulen wird nach mehr als 30 Jahren die «militärische Grundausbildung» wieder eingeführt. Und auch in anderen Fächern steht Patriotismus an erster Stelle – sogar in Mathematik.

Ihre Schüler sollte sie jetzt auch in der Geometriestunde zur Heimatliebe erziehen. Mathelehrerin Tatjana Tschewenko schüttelt den Kopf, wie soll man denn bitte auf patriotische Weise rechnen üben? «Vielleicht Soldaten zusammenzählen», sagt sie trocken. Die Lehrerin aus Moskau hat ihren Job vor Monaten verloren, wahrscheinlich, weil sie lieber Geometrie als Vaterlandsliebe unterrichtet. Die gehört aus Kremlsicht längst in jede Unterrichtsstunde, von Mathe bis Musik. Der Krieg hat die russischen Lehrpläne von Anfang an verändert. In diesem Schuljahr kommt wieder eine neue, patriotische Unterrichtsstunde dazu: die «militärische Grundausbildung», die eigentlich vor mehr als drei Jahrzehnten abgeschafft wurde. Zehntklässler lernen jetzt wieder, wie sie mit Waffen umgehen, Kalaschnikows auseinandernehmen, Granaten werfen. Auch erste Schiessübungen gehören zum Lehrplan. Die Frage, wie die Schüler ihrem Land dienen können, zieht sich durch die Schulwoche. Schule beginnt in Russland montagsmorgens mit der Hymne, die Schüler singen und hissen die russische Flagge. Danach kommen die «Gespräche über Wichtiges», die Themen für diese Stunde gibt das Bildungsministerium vor. Die Klassenlehrer sollen dann beispielsweise über das besonders «objektive» russische Wahlsystem sprechen, über die Geschichte der Krim als «russische Provinz» oder über Russlands Verbündete, darunter China, Kuba, Belarus. Ein Konzept für die erste Klasse sieht vor, Sprichwörter über Helden tum zu diskutieren. Etwa: «Ein Held ist derjenige, der für das Vaterland eintritt!»

Tatjana Tschewenko hat in diesen Stunden stur weiter Mathe gepaukt, sie findet nichts wichtiger als das. Früher hat die 49-Jährige Lehrerwettbewerbe gewonnen, doch die Schulleitung brauche keine guten Lehrer, sagt Tschewenko. «Sie braucht gehorsame Lehrer.» Die erste Rüge kam nach einem Protest gegen den Krieg im März 2022. Polizisten nahmen die Lehrerin auf dem Manege-Platz vor dem Kremel fest, sie zahlte eine Geldstrafe von damals 150 Franken. Als sie dann auch noch mit unabhängigen, in Russland geächteten Medien über den patriotischen Unterricht sprach, bekam sie noch mehr Ärger. Jemand denunzierte sie bei Wladimir Putins Kinderbeauftragter Maria Ljowa-Belowa und bei ihrer Schulleitung. Die Direktorin besuchte Tschewenkos Unterricht danach regelmässig. Die Mathelehrerin sollte sich von nun an an die Vorgaben halten. Als das Bildungsministerium eine Stunde über Wappen und Nationalflaggen verordnete, liess sie ihre Schüler am Ende ausrechnen, wie viele mögliche Kombinationen es für eine dreifarbige Flagge gibt. Beim Thema «sowjetische Helden» sprach sie über einen bekannten georgischen Kinderchirurgen und über einen armenischen Schwimmer, der in den Siebzigerjahren zwanzig Menschen aus einem verunglückten Bus vor dem Ertrinken gerettet hatte. Die Schulleitung hatte sich das offenbar anders vorgestellt. Ihren Job verlor Tatjana Tschewenko schliesslich unter dem Vorwand, sie habe die Aufgaben der Schüler nicht ausreichend kontrolliert. Sie klagte vergeblich gegen ihre Entlassung. Seither lebt sie von Nachhilfeunterricht, den sie in ihrer kleinen Wohnung weit draussen am Rand von Moskau gibt. Sie lädt dorthin ein, 15. Stock in einem Hochhaus, ein Kinderzimmer, eine Wohnküche, Ausblick auf den Nachbarwohnblock. Über dem blauen Sofa hängt eine weisse Tafel mit Matheformeln, gegenüber steht der Computer für den Onlineunterricht. Sie öffnet ein Dokument, liest vom Bildschirm aus dem Arbeitsprogramm für Geometrie vor, zehnte bis elfte Klasse: Ziele der «patriotischen Erziehung», darunter die «Achtung der patriotischen Vergangenheit und Gegenwart der russischen Mathematik». Gibt es überhaupt russische Mathematik? Sie lacht. «Man kann alles erfinden.» Es gebe Lehrer, die den Schülern regelmässig «das Gehirn waschen», sagt sie. «Was sagt der Soziallehrer meinen Achtklässlern? «Putin ist ein Prachtkerl. Wir töten dort Faschisten»». Mit «dort» ist die Ukraine gemeint.

Besonders sichtbar wird die Agenda des Kreml im Geschichtsunterricht. Für die elfte Klasse ist jetzt ein neues Lehrbuch erschienen, mit Krimbrücke und Rakete auf der Titelseite. Die Destabilisierung Russlands sei zur «fixen Idee» des Westens geworden, steht in dem Buch – diese Dauerklage Putins taucht überall auf. Das letzte Kapitel dreht sich ausschliesslich um Russlands Krieg in der Ukraine. Die Historikerin Tamara Eidelman hat das Buch gelesen und findet es furchtbar. Seit vielen Jahren spricht die «verdiente Lehrerin der Russischen Föderation» auf ihrem eigenen Youtube-Kanal über Geschichte. Seit kurzem bietet sie dort ihre eigenen «Gespräche über Wichtiges» an, auch um den Verdrehungen des Kreml etwas entgegenzusetzen. Eidelman lebt im Exil. «Es ist viel schlimmer als alles, was wir bisher hatten», sagt sie über das neue Lehrbuch, das womöglich noch stärker von Propaganda durchsetzt sei als die Schulbücher zur Sowjetzeit. «Es ist aggressiv, jede Seite ist mit dem Hauptziel verbunden: zu beweisen, dass die Aggression in der Ukraine gerechtfertigt ist», sagt sie. Das Buch behandelt die Zeit von 1945 bis zum Ukraine-Krieg. Geschrieben haben soll es der frühere Kulturminister und Ideologe Wladimir Medinski gemeinsam mit Anatoli Tokunow, Rektor des Moskauer Staatsinstituts für internationale Beziehungen. Dort werden Moskaus Diplomaten ausgebildet. Die Autoren idealisieren die Sowjetunion und verharmlosen Josef Stalin, so weit ist der Inhalt wenig überraschend. Sie hätten verstanden, sagt Eidelman, dass der Gedanke an ein verlorenes russisches Imperium vielen Menschen wichtig sei. Mehrmals zitieren sie Putin, der den «Zusammenbruch der Sowjetunion» als die «grösste geopolitische Katastrophe des Jahrhunderts» bezeichnet hat. Besonders krude ist das Kapitel über die Ukraine. Ein Abschnitt beschreibt die «Verschärfungen» seit 2020 aus Moskaus Sicht: Der Beschuss im Donbass, die Nato-Berater, die die Ukraine angeblich auf eine Offensive vorbereiteten, die Bio-Labore, die Atomwaffen, die sich Kiew laut russischer Darstellung wünschte. Wäre die Ukraine der Nato beigetreten, steht dort, befände sich Russland jetzt womöglich im Krieg mit den USA, dem Vereinigten Königreich, Deutschland und Frankreich. «Es wäre vielleicht das Ende der Zivilisation», heisst es weiter. Die Botschaft: Russland hatte keine Wahl. Vieles davon kennen die Russen bereits von der Propaganda im Staatsfernsehen. Doch das Lehrbuch mische eine «individuelle Ansprache» dazu, sagt Eidelman, die Schüler sollten sich persönlich engagieren. «Finden Sie heraus, welche Unterstützung Ihre Region für die Bevölkerung der Volksrepubliken Donezk und Luhansk geleistet hat», lautet einer der Arbeitsaufträge. An anderer Stelle wird vor «Oppositionellen», «Meinungsführern» und «populären Bloggern» im Internet gewarnt, das für viele Russen zur einzigen unabhängigen Informationsquelle geworden ist. Das Internet sei voller Fälschungen aus dem Westen, suggeriert das Buch. «Seien Sie also wachsam», steht dort. «Dann werden Sie nicht zum Opfer billiger Manipulationen.»

Viele Schüler wüssten nicht mehr, was sie tun sollten, sagt Historikerin Eidelman. Sie wollten der Propaganda nicht zuhören, verstünden aber auch die Risiken, falls sie sich widersetzten. Schlechte Noten, Streit mit den Lehrern, das ist das eine. Eidelman erinnert an die kleine Mascha Moskaljowa, die im Unterricht ein kriegskritisches Bild gemalt hat und daraufhin ihrem Vater weggenommen wurde. Sie könne den Schülern und Eltern, die sich an sie wendeten, nichts raten, sagt Eidelman. Jeder müsse selbst entscheiden.

Mathelehrerin Tatjana Tschewenko kennt die Risiken und versucht einen Mittelweg für sich zu finden. «Ich habe Angst», sagt sie, aber die Leute müssten doch zumindest die Rechte verteidigen, die ihnen das russische Gesetz gibt. Ihren achtjährigen Sohn hat sie von den Propagandastunden am Montag befreit. Sie selbst engagiert sich bei einer Initiative, die lokale Oppositionspolitiker ins Leben gerufen haben. Sie heisst «Soft Power» und beschäftigt sich mit gesellschaftlichen Themen wie Schule. Tschewenko und ihre Mitstreiter beantworten Fragen von Eltern, die ihren Kindern bestimmte Unterrichtsstunden ersparen wollen, formulieren entsprechende Anträge. In Russland ist es sogar möglich, seine Kinder ganz von der Schule zu nehmen und zu Hause zu unterrichten. Bislang wehren sich nur wenige Eltern, Tschewenko kann ihre Furcht verstehen. Keiner ihrer Kollegen habe sich getraut, sie öffentlich zu unterstützen. Nur eine andere Lehrerin habe sie mal auf dem Flur umarmt, ihr Mut zugesprochen, erzählt Tschewenko. Dort, wo keine Kameras hingen.

Zeitungsartikel aus „Der Bund“ vom 21.10.2023

Anhang: Berichte aus Russland V



Der «ethnische Jude» Selenski soll Nazismus kaschieren

Wladimir Putin behauptet, der Westen habe Wolodimir Selenski in Kiew als Staatschef eingesetzt. Der Kremlchef bereitet damit dem Antisemitismus den Boden.

Mit seinem Angriffskrieg gegen die Ukraine befeuert der russische Präsident Wladimir Putin auch unzählige Verschwörungstheorien. Dazu gehört das Märchen, die Ukraine sei kein souveräner Staat, oder der Mythos, die Nato habe den Konflikt mit der friedliebenden Grossmacht Russland provoziert. Nun hat Putin noch eine Propagandalüge aus der Mottenkiste geholt.

Er beschuldigte den Westen diese Woche, einen «ethnischen Juden» als Staatschef in Kiew eingesetzt zu haben. Die Marionette Wolodimir Selenski kaschiere die Verherrlichung des Nazismus in der Ukraine, so der Kremlchef gegenüber russischen Medien. Putin meinte, Selenskis Wahlsieg 2019 sei das Ergebnis eines vom Westen unterstützten Komplotts. Im «Herzen des ukrainischen Staates» liege «kein unmenschliches Wesen», fuhr der Kriegstreiber fort und unterstellte Selenski, er decke jene Ukrainer, die den Holocaust «angeführt» hätten.

Es ist nicht das erste Mal, dass Putin mit Geschichtsklitterung irritiert. Auf dem Internationalen Wirtschaftsforum in St. Petersburg im Juni erklärte Putin, Selenski decke «mit seinen Taten diese Missgeburten, diese Neonazis». Dabei sei der ukrainische Präsident «kein Jude, er ist eine Schande des jüdischen Volkes». Deshalb bleibe die «Entnazifizierung» der Ukraine die «Schlüsselaufgabe» Moskaus. Für die Ermordung von 1,5 Millionen Juden in der Ukraine während des Zweiten Weltkrieges beschuldigte Putin ukrainische Nationalisten. Dass die SS und die deutsche Wehrmacht erwiesenermassen die Hauptschuld für die Gräueltaten trugen, verschwie er geflissentlich.

Der Oberrabbiner von Moskau, Pinchas Goldschmidt, sagte bereits im Mai gegenüber dem britischen «Guardian», der Antisemitismus in Russland habe zugenommen. Er forderte alle Juden auf, das Land zu verlassen. Nach Angaben der Jewish Agency wanderten allein 2022 fast 40'000 Juden aus Russland nach Israel aus. Goldschmidt, in Zürich geboren, weigerte sich, Putins Eroberungskrieg zu unterstützen und verliess Russland nach 33 Jahren.

Wolodimir Selenski ist der erste jüdische Staatschef der Ukraine. Seine Urgrosseltern und drei Grossonkel wurden während des Holocaust ermordet, sein Grossvater starb im Kampf gegen die Nazi-Truppen. Das ukrainische Aussenministerium verurteilte die Ausserungen des Kremlchefs. «Putins chronische Fixierung auf die ethnische Herkunft des ukrainischen Präsidenten ist ein weiterer Beweis für den tief verwurzelten Antisemitismus der russischen Eliten.» Putins neuste antisemitische Ausfälle seien selbst für seine Verhältnisse abscheulich, meinte der britische Historiker Ian Garner auf der Twitter-Nachfolgeplattform X.

Die russischen Bomben haben bisher mindestens einen Holocaust-Überlebenden getötet. Boris Romantschenko hatte vier Konzentrationslager der Nazis überlebt. Im vergangenen Jahr starb er im Alter von 96 Jahren, als eine russische Rakete sein Haus in Charkiw traf.

2015 hatte er auf dem Gelände des KZ Buchenwald das Gelöbnis der Überlebenden gesprochen: «Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ideal.» Bei einem russischen Angriff wurde auch die Gedenkstätte Babyn Jar bei Kiew beschädigt. Dort hatte ein Sonderkommando der Wehrmacht 34'000 Juden ermordet.

Zeitungsartikel aus „Der Bund“ vom 8.9.2023

Anhang: Berichte aus Russland VIa



«Jeder Diktator hält sich für unbesiegbar – bis er fällt»

Evgenia Kara-Murza kämpft für die Freiheit ihres Mannes Wladimir – und für ein anderes Russland. Sie sagt, welche drei Faktoren im Kampf gegen Wladimir Putin entscheidend sind.

Den Oppositionellen Wladimir Kara-Murza hat ein Gericht in Russland für 25 Jahre weggesperrt. Jetzt führt seine Frau den Kampf gegen das Putin-Regime weiter. Evgenia Kara-Murza hält weltweit Vorträge über das Unrechtsregime des Kreml. Auf derselben Bühne, auf der ihr Mann 2018 über Menschenrechte in Russland gesprochen hatte, hielt sie am Geneva Summit of Human Rights and Democracy am Mittwoch in Genf eine berührende Rede. Sie erzählte, wie sie ihren Mann vermisst – und dass sie sich vom Putin-Regime nicht einschüchtern lässt.

Frau Kara-Murza, wie geht es Ihrem Mann?

Moralisch ist er unzerbrechlich. Wladimir ist unglaublich stark, integer und überzeugt von seiner Arbeit. Aber körperlich geht es ihm leider schlecht. Die beiden Giftanschläge auf ihn haben natürlich Spuren hinterlassen.

Können Sie das erläutern?

Er leidet an Lähmungserscheinungen. Früher konnte er diese mit regelmässigen Übungen unter Kontrolle halten. Doch jetzt, nach einem Jahr Untersuchungshaft und den Monaten in einer Einzelzelle, ist die Lähmung wieder da und breitet sich aus. Er verliert das Gefühl in beiden Füßen und der linken Hand. Zudem hat er über 20 Kilogramm abgenommen. Im Gefängnis kann er noch etwa fünf Jahre überleben. Seine Inhaftierung ist nur schon wegen seiner Diagnose widerrechtlich.

Wieso?

Die Diagnose meines Mannes, die sogenannte Polyneuropathie, ist offiziell bestätigt. Weil er dauerhaft gelähmt sein könnte, dürfte Wladimir nach geltendem russischen Recht nicht eingesperrt werden. Und doch ist mein Mann zu 25 Jahren Haft verurteilt worden. Natürlich überrascht mich das nicht. Das Urteil ist eine billige Rache des russischen Regimes.

Eine Rache wofür?

Das Lebenswerk meines Mannes ist das Magnitski-Gesetz, mit dem Menschen sanktioniert werden können, die für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind. In diesem Fall gibt es drei Männer, die von Magnitski-Sanktionen betroffen sind: der Leiter des Untersuchungsgefängnisses, in dem er festgehalten wird. Der Richter, der die Strafe von 25 Jahren wegen angeblichen Hochverrats verhängt hat, und der Leiter des russischen Ermittlungsausschusses. Aus Rache haben sie Wladimir zweimal vergiftet. Aus Rache haben sie ihn jetzt zu dieser langen Haftstrafe verurteilt.

Kann Ihr Mann vom Gefängnis aus arbeiten?

Das ist schwer. Er ist von der Öffentlichkeit abgekoppelt, lebt völlig isoliert. Aber er liest sehr viel. Er hat sich immer beklagt, dass er nicht genug Zeit zum Lesen hat. Jetzt hat er alle Zeit der Welt. Und er schreibt. Er setzt sich weiterhin für all die Unterdrückten in Russland und gegen den Krieg in der Ukraine ein und veröffentlicht manchmal Artikel in internationalen Medien.

Er wusste um die Gefahr. Wieso ist er trotzdem nach Russland zurückgekehrt?

Es war nicht wirklich eine Entscheidung, nach Russland zurückzukehren. Es war eine Entscheidung, sein Land nicht zu verlassen. In all den Jahren verbrachte er die Hälfte seiner Zeit in Russland, obwohl zwei Attentate auf ihn verübt wurden. Als er 2015 vergiftet wurde, konnte er nur mit einem Stock gehen. Obwohl er sich kaum auf den Beinen halten konnte, packte er seinen Koffer und reiste nach Russland.

Er hätte in den USA bleiben können, wo Sie mit den drei Kindern leben.

Er hat sich immer als russischer Politiker identifiziert. Es war ihm wichtig, sich auf die Seite der Russen zu stellen, die gegen das Regime kämpfen. Er glaubt, dass er nicht das moralische Recht hätte, sie zum Kampf aufzufordern, wenn er selber in Sicherheit wäre. Und er liebte den Kontakt zur Bevölkerung. Bevor Putin alle unabhängigen Medien schliessen liess, hatte er auf dem Radiokanal Echo von Moskau eine wöchentliche Sendung. Es bedeutete ihm viel, dass er seine Gäste persönlich empfangen konnte.

Anhang: Berichte aus Russland VIb

Hat Ihr Mann mit der Verhaftung gerechnet?

Wladimir wusste, dass ihm nicht nur eine Verhaftung drohte, er riskierte auch sein Leben. Bei den beiden Vergiftungen gaben ihm die Ärzte eine Überlebenschance von fünf Prozent. Es ging nicht darum, ihn zu bedrohen oder aus dem Land zu vertreiben. Sie wollten ihn töten. Die Behörden haben alle Personen, die sich für die Magnitski-Gesetzgebung eingesetzt haben, ins Visier genommen. Der britische Kreml-Kritiker und Menschenrechtsaktivist Bill Browder sollte festgenommen werden. Der Oppositionelle Boris Nemzow, der mit meinem Mann zusammenarbeitete, wurde 2015 in Moskau ermordet. Wladimir wurde nur drei Monate nach Nemzows Ermordung zum ersten Mal vergiftet. Das ist kein Zufall.

Ihr Mann erhielt die längste Haftstrafe, die je gegen einen Kreml-Kritiker ausgesprochen wurde. Wieso hat Putin so grosse Angst vor ihm?

Das Regime hat grosse Angst vor jeder einzelnen mutigen Stimme. Wenn Putin wirklich die Unterstützung in der Bevölkerung hätte, die er zu haben behauptet, warum setzt er dann die Strafspsychiatrie ein, mit der Menschen willkürlich zwangseingewiesen werden? Gegen wen würde er diese Haftstrafen aus der Stalinzeit anwenden? Es gäbe da niemanden. Dass sie meinen Mann für 25 Jahre einsperren, bedeutet, dass sie ihn als existenzielle Bedrohung wahrnehmen. Ebenso alle anderen Menschen, die aufstehen und ihre Freiheit und ihr Leben riskieren. Sie sind meine Hoffnung. Und ich glaube, dass sie Russlands Zukunft sind.

Könnte das Regime einen dritten Giftanschlag auf Ihren Mann verüben?

Natürlich mache ich mir Sorgen um Wladimirs Leben. Aber die Öffentlichkeit ist meine einzige Waffe. Ich will dafür sorgen, dass die Welt alles erfährt. Dass die Menschen verstehen, was in Russland mit all jenen geschieht, die aufstehen und sich dem Regime widersetzen. Es geht mir dabei nicht nur um meinen Mann, sondern um Abertausende Oppositionelle. Es ist schwieriger, jemanden zu töten, wenn die ganze Welt zusieht.

Wie viele Russinnen und Russen sind tatsächlich gegen den Krieg?

Putin will der westlichen Welt ein verzerrtes Bild der Realität vermitteln, indem angeblich die gesamte russische Bevölkerung hinter ihm und seinem Krieg gegen die Ukraine steht. Aber die Tatsache, dass über 20'000 Menschen im ganzen Land illegal inhaftiert wurden, trotz des Einsatzes von Strafspsychiatrie, trotz Folter sowie körperlicher und sexueller Gewalt, trotz irrsinniger, hinhaltender und nicht nachvollziehbarer Strafen von bis zu 15 Jahren für ein einfaches Nein zum Krieg - das beweist das Gegenteil. Es gibt in Russland wahrscheinlich Millionen, die gegen alles sind, was passiert. Aber sie haben Angst, ihre Stimme zu erheben.

Haben Sie Verständnis für diese Angst?

Wenn ich Geschichten wie die von Masha Mascalowa höre, einem russischen Mädchen, dessen Vater zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt wurde, weil sie in der Schule ein Bild gegen den Krieg gemalt hat, verstehe ich ihre Angst. Ich bin eine Mutter von drei Töchtern. In Russland könnte man mir meine Kinder wegnehmen und sie in ein Waisenhaus stecken, nur weil ich ihnen Freiheitsrechte beibringe. Das ist sehr beängstigend.

Was müsste passieren, damit Putin gestürzt wird?

Es gibt drei Faktoren, die den Sturz des Regimes herbeiführen könnten. Der erste und wichtigste Faktor ist der Sieg der Ukraine zu den Bedingungen der Ukraine. Putin begeht Kriegsverbrechen schon seit über zwei Jahrzehnten, etwa in Tschetschenien und Syrien. Er ist in Georgien und dann auf der Krim einmarschiert und hat friedliche Proteste in Russland gewaltsam niedergeschlagen, ohne dass dies Konsequenzen für ihn hatte. Die Aggression gegen die Ukraine ist also das Ergebnis von mehr als zwei Jahrzehnten Straffreiheit, die er und sein Regime genossen haben. Ein Sieg der Ukraine würde ein Signal an den Kreml und andere Diktatoren senden, dass sie mit diesen Verbrechen nicht mehr ungestraft davonkommen.

Und was sind die weiteren Faktoren?

Zum einen weitere Sanktionen. Einerseits solche, die die Wirtschaft lähmen und es für das Regime teurer machen, die Kriegstreiberei fortzusetzen. Andererseits auch gezielte Magnitski-Sanktionen, denn diese sind äusserst wirkungsvoll. Und der dritte Faktor ist die Unterstützung und Solidarität mit dem Teil der russischen Zivilgesellschaft, der gegen alle Widrigkeiten sowohl innerhalb als auch ausserhalb des Landes weiterkämpft.

Sind Sie optimistisch für die Zukunft Russlands?

Erstens lebe ich nach dem Zitat von Winston Churchill, der sagte, dass er ein Optimist sei. Es gebe ja keinen Grund, etwas anderes zu sein. Und zweitens hält sich jeder Diktator für unbesiegbar, bis er fällt. Das passiert immer wieder in der Geschichte der Menschheit. Das wird auch bei Wladimir Putin der Fall sein.

Zeitungsartikel aus „Der Bund“ vom 18.5.2023

Anhang: Berichte aus Russland VII

Wie Putins Troll-Armee die Wahrheit plattwalzt

Geleakte Pentagon-Akten sollen zeigen, wie Russland Tiktok, Twitter oder Youtube manipuliert. Die russische Seite geht davon aus, dass gerade mal ein Prozent ihrer gefälschten Profile entlarvt wird.

Da sind angebliche Ukrainer, die vermeintlich das Massaker von Butscha inszenieren. Da sind junge Frauen, die zu einem Popsong tanzen und mit ihren Fingern ein Z formen, Putins Siegeszeichen. Solche und ähnliche Filmchen mit prorussischen Fake News und Propaganda zum Krieg in der Ukraine sind in den vergangenen Monaten immer wieder viral gegangen auf der bei jungen Menschen selbst sehr virulenten Videoplattform Tiktok.

Die App lebt noch mehr als andere soziale Netzwerke davon, dass ihr Algorithmus nicht nur umgehend auf das Sehverhalten und damit den Geschmack ihrer Nutzerinnen und Nutzer reagiert, sondern auch bestimmte Inhalte blitzschnell als sehr beliebt identifiziert. Je mehr Kommentare und Likes ein Video bekommt, desto mehr Nutzern wird das Video angezeigt. So können relativ wenige Accounts relativ rasch dafür sorgen, dass bestimmte Inhalte ein breites Publikum finden - einfach, indem sie viel kommentieren und liken.

Die Organisation Hate Aid hat bereits im vergangenen Sommer 60'000 Tiktok-Kommentare ausgewertet und ermittelt, dass für 45 Prozent der Kommentare unter prorussischen Videos gerade einmal 5500 verschiedene Accounts verantwortlich waren, nicht viel für ein soziales Medium.

Mit ein paar Hundert gefakten Accounts liesse sich also durchaus einiges Übel anstellen, dieser Mechanismus macht Tiktok nach Einschätzung vieler Forschender besonders anfällig für Desinformation. Und die betreibt die russische Regierung bekanntermassen hochprofessionell. Das unterstreicht auch ein Dokument, über das die Washington Post im Zuge der Pentagon-Leaks berichtet. Unter den Dutzenden US-Geheimakten, die mutmasslich ein 21-jähriger Nationalgardist über die vergangenen Monate in Chatgruppen geteilt hat, ist auch eine Einschätzung einer russischen Manipulationskampagne auf Social Media.

Es geht um Fake Accounts, die in staatlichem Auftrag Lügen und Propaganda pushen, in Russland wie im Ausland. Was Sicherheitsbehörden und Fachleute aus den USA anscheinend mindestens nachdenklich macht: Die russische Seite geht offenbar davon aus, dass gerade mal ein Prozent ihrer Hunderttausenden Fake Accounts entlarvt wird, nicht nur auf Tiktok, auch auf Telegram, Youtube oder Twitter.

In westlichen Sicherheitsbehörden hält man diese Behauptung zwar für vermutlich übertrieben. Aber nachprüfen lässt sie sich nicht, denn die unentdeckten falschen Profile sind ja naturgemäss nicht zu zählen. Besorgt sind Beobachter, Ermittler und Nachrichtendienstler auf jeden Fall. Aus westlichen Sicherheitskreisen heisst es, organisierte Desinformation von prorussischen Fake Accounts sei seit Beginn des Kriegs ein noch grösseres Problem geworden als schon zuvor - allerdings sei auch kaum nachzuweisen, wer dahinterstecke.

Das nun aufgetauchte Geheimdokument stammt ausweislich der Wappen von der US-Armee, sein Inhalt aus Geheimdienstlerkenntnissen. Demnach ist für das Desinformationsnetzwerk namens «Fabrika» eine Organisation im Dienste des Kreml zuständig: Sie heisst «Glavniivs» und entwickelt nach Erkenntnissen westlicher Geheimdienste Technologie für Russlands Sicherheitsapparat. Das Ziel der Kampagne: «Unterstützung im Land festigen, Widerspruch unterdrücken, die Ukraine demoralisieren, Uneinigkeit im Westen ausnutzen».

Die US-Regierung geht dem Dokument zufolge davon aus, dass Glavniivs eine Armee aus Bots, also falschen und automatisierten Social-Media-Profilen, gezielt einsetzt: «Die Bots sehen, liken, abonnieren und reposten Inhalte und manipulieren Aufrufzahlen, um Inhalte in Suchergebnis- und Empfehlungslisten nach oben zu bewegen.» Die zweite Säule der Manipulationsstrategie: Bots schicken Nutzern direkt Propagandainhalte auf ihre Geräte, und zwar mithilfe gestohlener oder sonst wie zusammengeklauter Nutzerdaten.

Tiktok hat nach eigenen Angaben im vergangenen Sommer ein Netzwerk aus mehr als 1700 Bot-Accounts aufgespürt, das prorussische Kriegspropaganda an Deutsche, Italiener und Briten verteilt hatte. Die Fake Accounts hatten mehr als 133'000 Follower. Ganz zu schweigen von den Bots, die bisher niemand erkannt hat.

Zeitungsartikel aus „Der Bund“ vom 18.4.2023

Anhang: Berichte aus der Ukraine I



Das russische Terrorregime im Donbass

In den besetzten Gebieten der Ukraine wurden angebliche Feinde Russlands inhaftiert und gefoltert, ihre Kinder verschleppt. Eine Mutter und ihr Sohn konnten nach Freiburg flüchten.

Es gibt Kriegsgeschichten, die nicht an der Front spielen, aber oft genauso schrecklich sind. Zum Beispiel jene von Julia Dwornitschenko (40) und ihrem Sohn Marc (12). Weil die Mutter verhaftet wurde, waren sie fast zwei Jahre lang getrennt. In der Haft erlebte sie Folter und Drohungen: «Dein Sohn wird in ein Waisenhaus gebracht, du wirst ihn nie wiedersehen», sagten ihr die russischen Sicherheitskräfte.

Heute sitzen Julia und ihr Sohn Marc wiedervereint an einem schlichten Tisch im Kloster Magere Au in Freiburg. Hier erholen sie sich auf Einladung der griechisch-katholischen Kirche. Im idyllisch an einer Schleife der Saane gelegenen Ort finden sie jene Ruhe, die sie in der Ukraine wegen der andauernden Luftangriffe nie haben können. Als Julia Dwornitschenko von ihrem Martyrium zu erzählen beginnt, blickt Sohn Marc gebannt zu seiner Mutter hoch. Er hört zum ersten Mal detailliert, was sie während der Zeit in Gefangenschaft durchmachen musste.

Bis zum Tag, der alles veränderte, lebte Julia Dwornitschenko mit ihrem Mann Kyrill, dem älteren Sohn Daniel und dem inzwischen zwölfjährigen Marc in Tores, einer Industriestadt im Bezirk Donezk. Schon vor der Invasion Russlands in die Ukraine war das Gebiet von russischen Sicherheitskräften und der Armee besetzt. Weil sie sich kritisch zur Politik Russlands im Osten der Ukraine äusserten, gerieten sie in den Fokus russischer Spezialkräfte. Die Soldaten kamen am Morgen des 10. März 2021. «Sie trugen schwarze Sturmhauben und sagten, wir seien ukrainische Spione», erinnert sich Dwornitschenko. Die Eltern wurden in getrennten Autos zum Büro des Ortssicherheitsdienstes gebracht. «Dort sollte ich ein Geständnis unterschreiben: Kollaboration mit der Ukraine und Spionage lautete der Vorwurf», berichtet Dwornitschenko. Dabei habe sie sich lediglich kritisch über Russlands Politik im Donbass geäussert.

Von all dem bekam Sohn Marc nichts mit. Der damals Neunjährige schlief in seinem Zimmer, als seine Eltern weggebracht wurden. Als er aufwachte und seinen Bruder Daniel fragte, was geschehen sei, vertröstete der ihn nur. Die Nachbarn, bei denen sie später unterkamen, sagten, die Eltern seien zu den Grosseltern nach Mariupol gefahren.

Doch Julia Dwornitschenko ist nicht in Mariupol, sondern sitzt in einem der berüchtigten provisorischen Gefängnisse im Donbass. Die Mehrheit der Insassen dort sei unschuldig, und sie sind gemäss Dwornitschenko ohne Urteil eingesperrt. Sie alle fielen durch kritische Äusserungen gegenüber Russland auf. Bei manchen reichte sogar ein Like zu einem Russland-kritischen Post auf Facebook. Einen Monat sitzt sie im sogenannten Isolator. In der zum Gefängnis umfunktionierten Fabrik standen Misshandlungen und Folter an der Tagesordnung. «Es lief ununterbrochen laute Musik, um die Schreie der Gefolterten zu übertönen», berichtet sie. «Trotzdem habe ich gehört, wie sie meinen Mann mit Stöcken schlugen. «Lasst mich wenigstens aufstehen!», habe er geschrien. Auch sie selbst wurde schwerer Folter unterzogen, mehrere fehlende Zähne zeugen von den Schlägen ins Gesicht. Drei Wochen, so berichtet sie, habe sie die Tortur ausgehalten. «Als sie mir sagten, dass Marc bereits in einem Waisenhaus sei und zur Adoption freigegeben worden sei, brach ich zusammen und unterschrieb ein Geständnis.» Erst danach kam sie in ein anderes Gefängnis.

Was sie nicht wusste: Marc und sein älterer Bruder kamen bei prorussischen Nachbarn unter und gingen in russisch besetzten Teil des Donbass weiter zur Schule. So wurden sie mit russischer Propaganda indoktriniert, wie Marc berichtet. «Uns wurde gesagt, Russland tue viel Gutes für die Ukraine. Unsere Eltern seien weggefahren und kämen nicht wieder.» In der Schule wird ihnen beigebracht, dass die Ukraine russische Gebiete angegriffen habe und sich Russland nur verteidige. Marc glaubt die Propaganda.

Viele Ukrainer teilen das Schicksal von Julia Dwornitschenko und ihrem Sohn. Tausende Ukrainer wurden von russischen Sicherheitskräften ohne Prozess inhaftiert oder zum Verschwinden gebracht, wie das UNO-Hochkommissariat für Menschenrechte kürzlich in einem Bericht festhielt. Hunderte Kinder wurden aus der Ukraine nach Russland verschleppt.

Die UNO-Behörde dokumentierte «schwerwiegende und weitreichende Verstösse gegen das humanitäre Völkerrecht». Auch sogenannte Screening-Operationen gehörten in den besetzten Gebieten zur Tagesordnung: Russland-kritische Personen werden ohne juristische Legitimation verhaftet. Dokumentiert sind Folter, Misshandlung und Verschwindenlassen. Und auch Fälle von Exekutionen sind der UNO bekannt: Mindestens 77 Zivilisten wurden im ersten Jahr des Krieges Opfer solcher Hinrichtungen.

Dies beobachtete auch Julia Dwornitschenko während ihrer langen Zeit im Gefängnis. Ein Jahr und sieben Monate verbrachte sie dort. Dann, an einem Samstag im Oktober 2022, ging es plötzlich schnell: «Wir wurden aus unserer Zelle geholt und per LKW nach Donezk gefahren. Manche von uns dachten, wir würden hingerichtet.» Nach einem weiteren Tag in Haft wurden sie schliesslich in Richtung Westen gefahren. «Erst als die Lastwagen hielten und Männer zu uns sagten: «Keine Angst, ihr seid zu Hause», wussten wir, dass wir in Sicherheit waren.» Beim Gefangenenaustausch im Oktober 2022 kam Julia Dwornitschenko mit über hundert weiteren Frauen frei.

Ihr Mann Kyrill blieb jedoch in Haft. Mit ihrer Freilassung begann für Julia Dwornitschenko die Suche nach ihren Söhnen. Da der ältere Sohn Daniel – inzwischen volljährig – bereits im Westen der Ukraine lebte, war die Zusammenführung einfach: Er half mit Unterstützung des Roten Kreuzes, seinen kleinen Bruder Marc über Russland, Lettland, Litauen und Polen nach Kiev zu holen. Nach fast zwei Jahren der Trennung sahen sie sich wieder. «Er ist gross geworden», sagt Julia Dwornitschenko mit einem Lächeln.

Erst im Frühling kam auch Vater Kyrill frei. Er ist ein gebrochener Mann und kämpft nach der langen Haft mit gesundheitlichen Schwierigkeiten. «Wichtig ist, dass wir wiedervereint sind», sagt Julia.

Zeitungsartikel aus „Der Bund“ vom 4.11.2023

Anhang: Berichte aus der Ukraine II

«Sie zwangen meinen Mann Oleg auf die Knie und schossen ihm in den Kopf»

Nach dem Abzug der russischen Truppen aus Butscha berichten Überlebende, was sie gesehen haben und was ihren Angehörigen widerfahren ist. Ihre Berichte zeigen das Ausmass des Grauens und dokumentieren schwere Kriegsverbrechen.

Nach dem Massaker in der Stadt Butscha bei Kiew sind ukrainischen Medienberichten zufolge deutlich mehr als 300 Leichen von Zivilisten geborgen worden. Bis Sonntagabend seien bereits 330 bis 340 leblose Körper eingesammelt worden, schrieb die Zeitung «Ukrainska Prawda» am Montag unter Berufung auf einen Bestattungsdienst. Überlebende schildern, was sie erlebt haben.

«Wir waren zu Hause in unserer Doppelhaushälfte, plötzlich hörten wir eine Explosion: Sie zerstörten unser halbes Haus. Dann begannen sie, durch die Fenster zu schießen. «Kommt raus», riefen sie»: So schildert die 48-jährige Irina Abramowa gegenüber einem «Bild»-Korrespondenten vor Ort den Beginn der russischen Besetzung von Butscha am 5. März.

Ihr Ehemann Oleg sei dann auf die Strasse getreten und habe die Soldaten informiert, dass nur Zivilisten im Haus seien. Als Abramowa ebenfalls rausgegangen sei, hätten die Kämpfer sie gefragt, warum sie sich verstecke. «Ich sagte: «Wir haben Angst. Und ihr schießt». Sie sagten: «Seht, wir sind Russen. Wir haben ein Sankt-Georgs-Band. Wir kommen, um euch zu befreien.»

Dann habe ihr Haus zu brennen begonnen, und ihr Mann habe versucht, es zu löschen. «In dem Moment packten sie ihn, zogen ihm den Pullover ab, drückten ihn auf die Knie und schossen ihm in den Kopf. Dann begannen sie, mich zu verhören. Sie fragten mich: «Wo sind die Nazis?»» Sie habe dann gesagt, sie sollten auch sie und ihre Katze töten. Doch einer der Soldaten habe gemeint, er töte keine Frauen.

«Mein Mann wurde 40 Jahre alt, er hat seinen Geburtstag am 14. März nicht mehr erlebt. Er lag dort, wo sie ihn erschossen haben, bis wir sicher waren, dass die Soldaten weg waren», so Abramowa weiter. Die Russen hätten sie für den Tod ihrer Kameraden verantwortlich gemacht. «Wir sagten: «Was haben wir euch getan?» Sie erwiderten: «Ihr habt den Präsidenten gewählt, ihr habt Nazis an die Macht gelassen. Ihr habt die Maidan-Proteste gestartet». Die Russen hätten immer wieder nach Nazis gefragt und deren Adressen verlangt. Die Männer hätten mit Akzent gesprochen: «Es waren wohl Kadyrowzy-Kämpfer», glaubt sie, also Männer aus der Garde des tschetschenischen Machthabers Ramsan Kadyrow.

Auch Wladislaw Kozlowsky überlebte die Besetzung von Butscha. Im Interview mit einem polnischen TV-Sender erzählt er von dem Moment, als die Russen in die Stadt kamen. «Allen, die keine Waffen hatten, wurde befohlen, sich in einem Luftschutzbunker zu verstecken.» Doch die Soldaten hätten sie entdeckt. Kozlowsky und andere wurden als Geiseln festgehalten. Fünf Tage lang hätten sie ohne Licht und fliessendes Wasser ausharren müssen.

Dann seien andere Soldaten gekommen. Zunächst hätten diese ihnen die Wertsachen abgenommen, dann hätten sie ihre Papiere kontrolliert. «Wenn jemand an der Anti-Terror-Operation (der Militäreinsatz im Donbass 2014 bis 2018) teilgenommen hatte oder zur Verteidigungsarmee gehörte, wurde er sofort erschossen. Sie kontrollierten auch Tätowierungen und suchten nach «Nazis». Es wurden auch diejenigen erschossen, die das Wappen der Ukraine trugen.»

Acht Menschen aus seiner Gruppe seien erschossen worden, so Kozlowsky. Ihre Leichen wurden einfach liegengelassen. Einem Freund habe man in die Seite geschossen und ihm gesagt: «Das ist, damit du es nicht eilig hast, nach Hause zu gehen.» Kozlowsky berichtet weiter, wie er mehrmals verprügelt wurde, zuletzt von einem betrunkenen Soldaten. «Meine Nase war gebrochen, meine ganze Kleidung war voller Blut.»

Kurz vor der Befreiung der Stadt hätten Kadyrowzys in der Stadt Tod und Verderben verbreitet. «In der letzten Woche sind sie von morgens an durch Wohngebiete gelaufen und haben auf jeden geschossen, den sie gesehen haben.» Ein Bekannter habe mit anderen versucht, nach Irpin zu fliehen. «Ihre Leichen wurden wenige Tage später gefunden. Meinem Bekannten wurde in den Hinterkopf geschossen. Der andere wurde gefoltert, seine Wange herausgeschnitten.»

20 Minuten online, Artikel vom 4.4.2022

Anhang: Berichte aus der Ukraine III



Ukrainische Kinder müssen in unterirdische Schulzimmer

Unter andauernden russischen Attacken sind junge Ukrainerinnen und Ukrainer ins neue Schuljahr gestartet. Die Lage im Bildungswesen ist im ganzen Land prekär.

In der ganzen Ukraine hat im September die Schule wieder begonnen. Doch der Besuch des Unterrichts birgt für die Kinder bei den andauernden russischen Attacken grosse Risiken: Laut den ukrainischen Behörden wurden seit Ausbruch des Krieges mindestens 360 Bildungsinstitutionen vollständig zerstört und mehr als 3000 beschädigt. «In der Ukraine gehen die Angriffe auf Schulen unvermindert weiter, was dazu führt, dass Kinder in grosser Not sind und keinen sicheren Ort zum Lernen haben», kommt ein neuer Bericht von Unicef zum Schluss.

Nur rund ein Drittel der Schülerinnen und Schüler in der Ukraine können im neuen Schuljahr laut Unicef vollständig vor Ort unterrichtet werden. Der Rest lernt in einem gemischten Ansatz aus Präsenz- und Onlineunterricht oder vollständig online per Fernunterricht. Welches Modell von den lokalen Behörden gewählt wird, hängt von der Gefahrenlage vor Ort ab.

In Charkiw - etwa 40 Kilometer von der Front entfernt - fand der Unterricht seit Ausbruch des Krieges fast ausschliesslich online statt. Im neuen Schuljahr haben die Kinder nun erstmals die Chance, teilweise in den Unterricht vor Ort zurückzukehren. Unterrichtet wird jedoch nicht in Schulen, sondern in Metrostationen: Die Stadt hat nach eigenen Angaben 60 unterirdische Klassenzimmer gebaut, um über 1000 Schülern und Schülerinnen einen sicheren Ort zum Lernen zu bieten. Damit möchte man den Kindern nach bald zweijährigem Fernunterricht ein Stück Normalität bieten: «Kinder haben nicht die Möglichkeit, in ihren normalen Schulen zu lernen. Sie müssen sozialisiert werden», sagte Charkivs Bürgermeister Ihor Terechow gegenüber der US-amerikanischen Zeitung «The Washington Post». Bilder und Videos vom ersten Schultag zeigen Eltern, die ihre Kinder in die unterirdischen Klassenzimmer begleiten. Wo normalerweise Pendler auf die U-Bahn warten, stehen nun kleine Pulte mit Stühlen. Die kargen Wände sind geschmückt mit Kinderzeichnungen und den Zahlen von eins bis zehn. «Nach zwei Jahren Onlineunterricht ist es sehr schön, hierherzukommen und die Augen der Menschen zu sehen. Es ist viel einfacher, so zu lernen», sagt Schüler Yegor gegenüber dem Portal «Euronews».

Auch in Kiew kehren im neuen Schuljahr viele Schüler und Schülerinnen zumindest teilweise in den Unterricht vor Ort zurück. Dies nicht ohne Risiken: Bricht der Luftalarm aus, müssen die Lehrer den Unterricht abbrechen und sich gemeinsam mit den Kindern in den nächsten Luftschutzkeller begeben. Kateryna Pylypenkos Sohn tritt seinen ersten Schultag in Kiew mit zwei Rucksäcken an, wie sie gegenüber dem US-amerikanischen Fernsehsender CNN sagt: mit einem für die Schulsachen und einem für den Luftschutzkeller. «Die Tasche für den Schutzraum wird im Klassenzimmer aufbewahrt. Uns wurde gesagt, dass sie Wasser, ein Spielzeug und etwas zu essen enthalten sollte, während sie im Bunker auf das Ende des Luftangriffsalarms warten», so Pylypenko gegenüber CNN.

Besonders gefährlich ist der Unterricht für ukrainische Kinder in den von Russland besetzten Gebieten. Die dortigen Besatzungsbehörden versuchen laut dem in Washington ansässigen Institut für Kriegsstudien (ISW), mit Drohungen die soziale Integration der Gebiete voranzutreiben. «Das Bildungssystem bleibt ein Hauptziel», geht aus einem neuen Bericht hervor. Eltern, die sich weigern, ihre Kinder auf russische Schulen in den besetzten Gebieten zu schicken, müssen gemäss dem ISW «mit Geldstrafen, dem Entzug ihrer elterlichen Rechte, der Beschlagnahmung ihres Eigentums und polizeilichen Eingriffen rechnen».

Zudem besteht die ständige Gefahr, dass Kinder gewaltsam nach Russland deportiert werden. Erst Mitte September erklärte die Besatzungsverwaltung von Cherson, dass 17 ukrainische Schulkinder im Alter von 9 bis 17 Jahren im Rahmen des «gesamtrussischen Kultur- und Bildungsaustauschprogramms Culture Map 4+85» nach Moskau gebracht worden seien. Russischen Berichten zufolge planen die Behörden, bis Ende 2023 Tausende einheimische Kinder in ähnliche Programme nach Sankt Petersburg und Moskau zu schicken.

Die Lage für die Schulkinder im gesamten Land ist prekär. Laut dem kürzlich veröffentlichten Unicef-Bericht zeigen Kinder in der gesamten Ukraine Anzeichen für einen «weitverbreiteten Lernverlust», einschliesslich einer «Verschlechterung der Lernergebnisse in der ukrainischen Sprache, im Lesen und in der Mathematik». Die Kinder haben laut Unicef in der Ukraine nicht nur Schwierigkeiten, «in ihrer Bildung voranzukommen», «sondern auch das zu behalten, was sie gelernt haben, als ihre Schulen noch voll funktionierten».

Zeitungsartikel aus „Der Bund“ vom 27.9.2023

Anhang: Berichte aus der Ukraine IV



Drohnenangriffe auf Moskau - darf die Ukraine das?

Ob die Ukraine westliches Kriegsgerät gegen Ziele auf russischem Staatsgebiet einsetzen darf, ist politisch heftig umstritten. Das internationale Recht jedoch gibt eine klare Antwort.

Wieder und wieder hat die Ukraine versichert, vom Westen gelieferte Waffen nicht gegen Ziele auf russischem Staatsgebiet einzusetzen. US-Präsident Joe Biden und auch Deutschlands Kanzler Olaf Scholz haben dies zur Bedingung für Lieferungen gemacht, die sie als zentral ansehen, um eine Ausweitung des Krieges bis hin zu einer Auseinandersetzung mit der Nato zu vermeiden.

Es gibt keine Hinweise darauf, dass sich die Regierung von Präsident Wolodimir Selenski nicht an ihre Zusage hält - wohl aber darauf, dass Kiew mit der Einschränkung hadert. Das geht aus im Mai geleakten US-Geheimdienstdokumenten hervor, gemäss denen Selenski gewagte Attacken auf dem Territorium des Aggressors mit Beratern diskutiert hat.

Einstweilen behelfen sich die ukrainischen Truppen mit eigenen Mitteln. Schon Wochen nach dem Beginn des russischen Überfalls beschuldigte der Kreml die Ukraine, mit Kampfhelikoptern ein Tanklager im Grenzgebiet bei Belgorod in Brand geschossen zu haben. Damals dementierte Kiew. Ende Juli sagte Selenski, allmählich kehre der Krieg nach Russland zurück, in «seine symbolischen Zentren und Militärstützpunkte». Das sei ein «unvermeidlicher, natürlicher und absolut fairer Prozess», auch wenn sein Verteidigungsministerium selten Stellung nimmt zu den inzwischen regelmässigen Drohnenangriffen.

Sie treffen nicht nur grenznahe Gebiete, auch im Grossraum von Moskau und in anderen Landesteilen melden russische Stellen bald täglich den Abschuss von Flugkörpern. Auch hat es Treffer an Gebäuden gegeben und nach russischen Angaben auch Tote. Wiederholt mussten die Flughäfen der Hauptstadt den Betrieb einstellen, weil der Luftraum gesperrt wurde. Einmal explodierte sogar ein Sprengsatz in der Luft über dem Kreml - auch dafür machte Moskau die Ukraine verantwortlich. (Lesen Sie zum Thema auch die Reportage «Ein ganz normaler Sommer» in Moskau.)

Das US-Aussenministerium hat nun klargestellt, dass es solche Angriffe wie zuletzt im Raum Moskau weder «ermögliche» noch die Ukraine dazu «ermutige». Allerdings sagte der US-Sprecher, es sei an der Ukraine, zu entscheiden, wie sie sich gegen die russische Invasion verteidige. Ähnlich hatte sich am Dienstag bereits Deutschlands Aussenministerin Annalena Baerbock geäussert: Die Ukraine habe ein in der UNO-Charta verbrieftes Recht auf Selbstverteidigung. Russland bombardiere zivile Ziele in der Ukraine ohne Unterlass, die Ukraine verteidige sich im Rahmen der völkerrechtlichen Regeln.

Unstrittig ist, dass völkerrechtlich der Angegriffene nicht darauf beschränkt ist, sich auf seinem eigenen Staatsgebiet gegen eine Invasion zur Wehr zu setzen. Zugleich gelten aber die Regeln des humanitären Völkerrechts, die etwa den Schutz der Zivilbevölkerung festschreiben. Es stünde aber rechtlich nichts dagegen, würde die Ukraine mit westlichen Waffen etwa russische Flugfelder bombardieren, von denen aus Kampfjets starten, die Raketen auf die Ukraine abfeuern. Solche Flugplätze sollen jüngst auch Ziel von Drohnenangriffen geworden sein, bei denen mindestens ein Langstreckenbomber beschädigt worden sein soll.

Inzwischen stellen Politiker im Westen die Kiew aus politischen Erwägungen auferlegten Beschränkungen infrage. Die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Deutschen Bundestag, Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP), sagte im Zuge der Debatte über die Lieferung von deutschen Taurus-Marschflugkörpern, es sei «völkerrechtlich möglich und militärisch geboten, der Ukraine auch die Mittel zur Verfügung zu stellen, um auf russischem Territorium militärische Ziele anzugreifen und zu neutralisieren, von denen nachweislich jeden Tag Hunderte von Raketen auf die Ukraine abgeschossen werden».

Zeitungsartikel aus „Der Bund“ vom 27.9.2023

Anhang: Berichte aus Deutschland II



Kreml will Wagenknecht mit AfD verheiraten

Geheime Unterlagen zeigen, dass Russland mit einer Querfront-Friedensbewegung die Unterstützung für die Ukraine unterminieren möchte. Jetzt müsste die Linke nur noch mittun.

Ende Februar sprach Sahra Wagenknecht im Schneeregen vor dem Brandenburger Tor, wie wenn Deutschland Krieg gegen Russland führen würde - und nicht Russland gegen die Ukraine. Tausende Friedensbewegter jubelten der linksradikalen Politikerin zu. Im Publikum sah man auch Gesichter der russlandfreundlichen Alternative für Deutschland sowie andere Rechtsradikale. Den einst kommunistischen, jetzt rechtsextremistischen Verleger Jürgen Elsässer beispielsweise, der Wagenknecht kurz zuvor auf das Titelblatt seines «Compact Magazin» gehoben hatte, mit dem Titel: «Die beste Kanzlerin - eine Kandidatin für links und rechts».

Wächst mit Wagenknechts Friedensbewegung zusammen, was nicht zusammengehört, die Extreme von links und rechts nämlich? Die «Washington Post» enthüllte letzte Woche jedenfalls, dass eine solche Querfront ein erklärtes Ziel des Kreml ist. Ein Team um Catherine Belton, Autorin des viel gelobten Buchs «Putins Netz», konnte dafür russische Geheimunterlagen auswerten, die ein europäischer Geheimdienst beschafft hatte.

Demnach traf sich Sergei Kirijenko, stellvertretender Leiter von Russlands Präsidialverwaltung, am 13. Juli des letzten Jahres mit Politstrategen und schwor sie auf ein Ziel ein: Deutschland. Dort könne man die westliche Unterstützung für die Ukraine am besten schwächen. Dafür müsse man einerseits die Propaganda intensivieren, andererseits dafür sorgen, dass die AfD und Wagenknecht ihre russlandfreundliche Politik in einer gemeinsamen Bewegung bündelten und vorantreiben. Eine solche Kraft, so glaubt man im Kreml offenbar, könnte in Deutschland eine Mehrheit erringen und die Regierung übernehmen.

Tatsächlich schwoll die russische Propaganda in der deutschen Öffentlichkeit und in den sozialen Medien in den folgenden Monaten an wie nie zuvor, so berichtete es jedenfalls der Bundesverfassungsschutz. Der Krieg in der Ukraine gehe Deutschland nichts an, wurde hunderttausendfach behauptet. Die Sanktionen schadeten nicht Russland, sondern Deutschland. Vielstimmig wurde vor einem Winter in kalten Wohnungen ohne Gas und Strom gewarnt.

Laut einer Umfrage erzielte die Propaganda durchaus Wirkung: Der Anteil der Deutschen, die der Meinung waren, die Nato habe Russland quasi zum Angriff genötigt, stieg von April bis Oktober von 29 auf 40 Prozent - unter den Anhängern der AfD und von Wagenknechts Linkspartei waren sie in der Mehrheit.

Einzig aus dem Schulterschluss von AfD und Wagenknecht wurde bisher nicht viel - und auch die Friedensbewegung brachte bislang kaum Menschen auf die Straße. Die «Washington Post» räumte ein, dass sich aus den Dokumenten nicht herauslesen lasse, ob und wie der Kreml versucht habe, die politischen Kräfte anzusprechen.

Seit längerem bekannt ist, dass Exponenten der AfD Kontakte mit Russlands Regime pflegen, sich zu üppigen Reisen einladen lassen und danach die Weltsicht Wladimir Putins als ihre eigene wiedergeben. Vervielfacht haben sich auch die Aufrufe an Wagenknecht, mit der AfD gemeinsame Sache zu machen. Der prominenteste war der Appell von Björn Höcke, dem heimlichen Chef der AfD, der Wagenknecht kurz vor der grossen Friedensdemonstration in Berlin öffentlich zurief: «Kommen Sie zu uns!»

Dumm nur, dass die Angesprochene davon partout nichts wissen will. Sie lehne jede Zusammenarbeit oder Allianz mit der AfD ab, sagte Wagenknecht der «Washington Post». Im «Spiegel» hatte sie die Unterstellungen, sie werde für ihre russlandfreundliche Sichtweise vom Kreml bezahlt und sei Putins Marionette, als «lächerlich» zurückgewiesen. Tatsächlich hat die ostdeutsche Kommunistin, anders als manche in der Linkspartei, stets Distanz zu Kreml-Exponenten und zu Moskau gehalten.

Die 53-Jährige, die sich mit der Linken schon lange zerstritten hat und derzeit darüber nachdenkt, eine eigene Partei zu gründen, ist nicht an der AfD interessiert, sondern an deren Wählerinnen und Wählern. Schon nach der Kundgebung in Berlin sagte sie, es störe sie nicht, wenn auch AfD-Sympathisanten teilnahmen. Es sei zwar falsch, diese Partei zu wählen, nicht aber, mit Russland einen Ausgleich zu suchen und für den Frieden einzutreten.

Laut einer Umfrage des «Spiegels» sagen 24 Prozent der Deutschen, sie könnten sich vorstellen, eine linksnationalistische Wagenknecht-Partei zu wählen. Im Osten sind es sogar 42 Prozent. Manche Fachleute meinen, eine Liste um die populärste Linke links von Grünen und SPD könnte den Zuspruch der AfD im Osten halbieren.

Zeitungsartikel aus „Der Bund“ vom 24.4.2023

Anhang: Berichte aus Deutschland I



Manifest von Alice Schwarzer und Sarah Wagenknecht

Heute ist der 352. Kriegstag in der Ukraine (10.2.2023). Über 200.000 Soldaten und 50.000 Zivilisten wurden bisher getötet. Frauen wurden vergewaltigt, Kinder verängstigt, ein ganzes Volk traumatisiert. Wenn die Kämpfe so weitergehen, ist die Ukraine bald ein entvölkertes, zerstörtes Land. Und auch viele Menschen in ganz Europa haben Angst vor einer Ausweitung des Krieges. Sie fürchten um ihre und die Zukunft ihrer Kinder.

Die von Russland brutal überfallene ukrainische Bevölkerung braucht unsere Solidarität. Aber was wäre jetzt solidarisch? Wie lange noch soll auf dem Schlachtfeld Ukraine gekämpft und gestorben werden? Und was ist jetzt, ein Jahr danach, eigentlich das Ziel dieses Krieges? Die deutsche Außenministerin sprach jüngst davon, dass „wir“ einen „Krieg gegen Russland“ führen. Im Ernst?

Präsident Selenskyj macht aus seinem Ziel kein Geheimnis. Nach den zugesagten Panzern fordert er jetzt auch Kampfjets, Langstreckenraketen und Kriegsschiffe - um Russland auf ganzer Linie zu bestegen? Noch versichert der deutsche Kanzler, er wolle weder Kampfjets noch „Bodentruppen“ senden. Doch wie viele „rote Linien“ wurden in den letzten Monaten schon überschritten?

Es ist zu befürchten, dass Putin spätestens bei einem Angriff auf die Krim zu einem maximalen Gegenschlag ausholt. Geraten wir dann unaufhaltsam auf eine Rutschbahn Richtung Weltkrieg und Atomkrieg? Es wäre nicht der erste große Krieg, der so begonnen hat. Aber es wäre vielleicht der letzte.

Die Ukraine kann zwar - unterstützt durch den Westen - einzelne Schlachten gewinnen. Aber sie kann gegen die größte Atommacht der Welt keinen Krieg gewinnen. Das sagt auch der höchste Militär der USA, General Milley. Er spricht von einer Pattsituation, in der keine Seite militärisch siegen und der Krieg nur am Verhandlungstisch beendet werden kann. Warum dann nicht jetzt? Sofort!

Verhandeln heißt nicht kapitulieren. Verhandeln heißt Kompromisse machen, auf beiden Seiten. Mit dem Ziel, weitere Hunderttausende Tote und Schlimmeres zu verhindern. Das meinen auch wir, meint auch die Hälfte der deutschen Bevölkerung. Es ist Zeit, uns zuzuhören!

Wir Bürgerinnen und Bürger Deutschlands können nicht direkt auf Amerika und Russland oder auf unsere europäischen Nachbarn einwirken. Doch wir können und müssen unsere Regierung und den Kanzler in die Pflicht nehmen und ihn an seinen Schwur erinnern: „Schaden vom deutschen Volk wenden“.

Wir fordern den Bundeskanzler auf, die Eskalation der Waffenlieferungen zu stoppen. Jetzt! Er sollte sich auf deutscher wie europäischer Ebene an die Spitze einer starken Allianz für einen Waffenstillstand und für Friedensverhandlungen setzen. Jetzt! Denn jeder verlorene Tag kostet bis zu 1.000 weitere Menschenleben - und bringt uns einem 3. Weltkrieg näher.

Alice Schwarzer und Sarah Wagenknecht

DIE 69 ERSTUNTERZEICHNERINNEN

Dr. Franz Alt Journalist und Bigi Alt • Christian Baron Schriftsteller • Franziska Becker Cartoonistin • Dr. Thilo Bode Foodwatch-Gründer • Prof. Dr. Peter Brandt Historiker • Rainer Braun Internationales Friedensbüro (IPB) • Andrea Bréth Regisseurin • Dr. Ulrich Brinkmann Soziologe • Prof. Dr. Christoph Butterwege Armutsforscher • Dr. Angelika Claufen IPPNW Vize-Präsidentin Europa • Daniela Dahn Publizistin • Rudolf Dressler Ex-Staatssekretär (SPD) • Anna Dünnebiel Autorin • Eugen Drewermann Theologe • Petra Eriker Geschäftsführerin (SPD) • Valie Export Künstlerin • Bettina Flitner Fotografin und Autorin • Justus Franz Dirigent und Pianist • Holger Friedrich Verleger Berliner Zeitung • Katharina Fritsch Künstlerin • Prof. Dr. Hajo Funke Politikwissenschaftler • Dr. Peter Gauweiler Rechtsanwalt (CSU) • Jürgen Grasslin Dt. Friedensgesellschaft • Wolfgang Grupp Unternehmer • Prof. Dr. Ulrike Guserot Politikwissenschaftlerin • Gottfried Helwein Künstler • Hannelore Hippe Schriftstellerin • Henry Hübschen Schauspieler • Wolfgang Hummel Jurist • Otto Jäckel Vorstand IALANA • Dr. Dirk Järke Politikwissenschaftler • Dr. Margot Käbmann Theologin • Corinna Kirchhoff Schauspielerin • Uwe Kockisch Schauspieler • Prof. Dr. Matthias Kreck Mathematiker • Oskar LaFontaine Ex-Ministerpräsident • Markus Lüpertz Künstler • Detlef Malchow Kaufmann • Gisela Marx Journalistin • Prof. Dr. Rainer Mausfeld Psychologe • Roland May Theater-Regisseur • Maria Mesrian Theologin • Reinhard Mey Musiker und Hella Mey • Prof. Dr. Klaus Moegling Politikwissenschaftler • Michael Müller Vorsitzender NaturFreunde • Franz Nadler Connection e. V. • Dr. Christof Ostheimer ver.di-Gewerkschafter • Dr. Tanja Paulitz Soziologin • Romani Rose Vörs. Zentralrat Deutscher Sinti und Roma • Eugen Ruge Schriftsteller • Helke Sander Filmemacherin • Michael von der Schulenburg UN-Diplomat a.D. • Hanna Schygulla Schauspielerin • Martin Sonneborn Journalist (Die Partei) • Jutta Speidel Schauspielerin • Dr. Hans-C. von Sponack Beigeordneter UN-Generalsekretär a.D. • Prof. Dr. Wolfgang Streeck Soziologe und Politikwissenschaftler • Katharina Thalbach Schauspielerin • Dr. Jürgen Todenhöfer Politiker • Prof. Gerhard Trabert Sozialmediziner Bernhard Trautvetter Friedensratschläger • Dr. Erich Vaid Brigadegeneral a.D. • Günter Verheugen Ex-Vizepräsident EU-Kommission • Dr. Antje Vollmer Theologin (Die Grünen) • Peter Weibel Kunst- und Medientheoretiker • Nathalie Weidenfeld Schriftstellerin • Hans-Eckardt Wenzel Liedermacher • Dr. Theodor Ziegler Religionspädagoge

Das Manifest wurde am 10.2.2023 auf change.org veröffentlicht und von ca. 870.000 Menschen unterzeichnet

Anhang: Berichte aus Deutschland IIIa



„Gewissenloses Manifest“ von Schwarzer und Wagenknecht

Der Berliner Politologe Herfried Münkler hält das jüngste Friedensmanifest von Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht für „verlogenes, kenntnisloses Dahergerede.“ Das Papier gehe eine Komplizenschaft mit dem Aggressor Putin ein. Eines nimmt Münkler den Initiatorinnen besonders übel.

Herr Professor Münkler, Sie stehen nicht als Unterzeichner unter dem Friedensmanifest von Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht. Warum nicht?

Herfried Münkler: Die Vorstellung der Autorinnen und Autoren, man könne Frieden herstellen, indem man „Frieden!“ ruft, ist mir zuwider. Dieses Manifest, und das nehme ich Schwarzer und Wagenknecht besonders übel, desavouiert die gesamte Idee des Pazifismus und das Grundanliegen der Friedensbewegung. Wer das Wort Frieden nicht bloß für eine beliebige Wunsch-dir-was-Vokabel hält, muss dem mit Entschiedenheit entgegentreten.

Was meinen Sie mit Desavouierung der Friedensbewegung?

Die Idee des Pazifismus, wie sie seit dem Anfang des 20. Jahrhunderts in internationale Vertragssysteme überführt wurde, beruht auf dem Verbot des Angriffskriegs. Die Verteidigung gegen einen Aggressor bleibt selbstverständlich zulässig. Das Manifest aber nivelliert fortgesetzt die Kategorien von Angriff und Verteidigung. Pazifismus ist dann nicht anderes als Unterwerfungsbereitschaft. Das war er eigentlich nie, und was wir in diesem Papier vorgeführt bekommen, ist das Ende einer politisch ernstzunehmenden Friedensbewegung.

Das Manifest beschreibt die seit bald einem Jahr anhaltenden Grauen des Krieges und Stufen einer militärischen Ausweitung des Konflikts. Kann man von dieser Beschreibung nicht berechtigterweise zu Warnungen vor weiteren Eskalationen kommen, bis hin zu einem Atomkrieg?

Wenn die Beschreibung denn zutreffend wäre! Das ist sie aber nicht. Das fängt an mit Passivkonstruktionen wie „Frauen wurden vergewaltigt“ - als ob unklar wäre, wer diese abscheulichen Verbrechen begangen hat. Es ist ja nicht so, dass die ukrainische Armee in Russland eingefallen wäre und ihre Soldaten russische Frauen vergewaltigt hätten. Tatsächlich ist es genau andersherum. Das sagt das Manifest aber nicht. Es ist beschönigend, verlogen und geht gewissermaßen eine Komplizenschaft mit dem Aggressor ein.

Aber „rote Linien“ bei den Waffenlieferungen wurden doch tatsächlich überschritten, etwa durch die Lieferung von Kampfpanzern an die Ukraine.

Auch das ist eine Verfälschung der Wirklichkeit mit sprachlichen Mitteln. „Rote Linien“ suggerieren die Überschreitung einer zuvor gezogenen Grenze. Wahr ist: Die Bundesregierung selbst hat nie von „roten Linien“ gesprochen, sondern die Lieferung bestimmter Waffensysteme ausgeschlossen.

Was ist denn da der Unterschied?

Vor einem Jahr war Berlin zunächst von einem Niederwerfungskrieg Russlands ausgegangen, der binnen kürzester Zeit beendet sein würde. Das erklärt die lächerlichen Unterstützungsangebote der damaligen Verteidigungsministerin Christine Lambrecht. Die berühmten 5000 Helme waren sozusagen das Prinzip einer rein defensiven Unterstützung in surrealer Form. Dass Deutschland mit dieser Position allein auf weiter Flur stand, hat die Bundesregierung dann auch irgendwann gemerkt und ihre Haltung einer ignoranten Unsolidarität peu à peu aufgegeben. Man kann nicht dabeistehen und tatenlos zusehen, wenn ein Land überfallen und brutalst mit Gewalt überzogen wird.

Anhang: Berichte aus Deutschland IIIb

Muss man der militärischen Logik nicht tatsächlich den Versuch einer Verhandlungslösung an die Seite stellen, so aussichtslos das auch mit Putin als Verhandlungspartner erscheint?

Hätte es in Deutschland etwas mehr vergleichende Kriegsforschung gegeben, käme man womöglich nicht zu der schlicht falschen Alternative „Krieg oder Diplomatie“, wie das Manifest sie aufmacht. In der gesamten Kriegsgeschichte der vergangenen 400 Jahre fanden parallel zum Geschehen auf dem Schlachtfeld immer Verhandlungen statt. Man kann - in Umkehrung der berühmten Kriegsformel von Carl von Clausewitz - so weit gehen zu sagen: Diplomatie ist in vielen Kriegen zunächst die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Im Übrigen wurde und wird auch im Ukraine-Krieg verhandelt. Denken Sie an das Abkommen über Getreidelieferungen.

Was wären die Voraussetzungen für Verhandlungen?

Die russische Seite muss realisieren, dass sie ihre Ziele nicht erreichen kann - es sei denn, um einen für sie unbezahlbaren Preis. Das wäre der Moment, wo man von bloßem Geplänkel zu ernsthaften Verhandlungen übergehen könnte. Wenn man die ukrainische Seite dann zu Verhandlungen unterhalb eines - eigentlich selbstverständlichen - vollständigen Rückzug des Aggressors von ihrem gesamten Territorium bewegen will, muss man ihr etwas anbieten.

Und das wird nichts anderes sein können als westliche Sicherheitsgarantien, die eine Art Äquivalent zur Mitgliedschaft in der EU oder in der Nato sein müssten. Wollten die Russen dann einen Waffenstillstand - mehr wird es ja zunächst nicht sein können - lediglich als Atempause nutzen, um anschließend erneut anzugreifen, wäre der Westen tatsächlich Kriegspartei. Das gilt es zu bedenken, und auch das zeigt die politische Substanzlosigkeit in der Friedensrhetorik des Manifests.

Bleibt die Warnung vor einer nuklearen Eskalation.

Wer politisch nachdenkt, erkennt, dass es zwei Barrieren gegen den Einsatz taktischer nuklearer Waffen durch Putin gibt: Erstens die Drohung der Nato, darauf mit einem - konventionellen - Vernichtungsschlag gegen die russischen Streitkräfte in der Ukraine zu antworten.

Eine Eskalation!

Stimmt. Aber unterhalb der nuklearen Schwelle. Die zweite und vielleicht entscheidende Barriere, die Putin über den Einsatz von Atomwaffen noch nicht einmal nachdenken lässt, ist die Macht Chinas. Die Führung in Peking hat hier tatsächlich eine rote Linie gezogen. Die Chinesen sind Putins letzter echter Verbündeter. Er liegt in Chinas Armen, und diese Arme halten ihn ziemlich fest umklammert. Darauf kann man sich derzeit ziemlich sicher verlassen. Also kommen die nuklearen Drohungen aus Moskau „Buh!“ - rufen gleich, mit denen Kinder einander erschrecken. Nur Schwarzer, Wagenknecht und die Unterzeichnenden ihres Manifests fallen prompt darauf herein und betreiben mit kennntnislosem Dahergeredē Putins Geschäft.

Wo fehlt Ihnen die Kenntnis?

Zum Beispiel bei dem grotesken Argument, gegen eine Atommacht sei ein Krieg nicht zu gewinnen. Wenn das so wäre, hätte kaum eine Kolonie ihre Unabhängigkeit mit militärischen Mitteln erreicht. Die USA hätten sich nie aus Vietnam zurückziehen müssen, die Sowjetunion nicht aus Afghanistan. Ein bisschen Faktencheck - und von diesem gewissenlosen Manifest bleibt nichts übrig.

aus „Kölner Stadtanzeiger“ vom 13.2.2023

Anhang: Berichte aus Deutschland IV



Die Krimkrise und der Wortbruch des Westens

von Reinhard Mutz (deutscher Politologe), April 2014

In westlichen Ländern, die Bundesrepublik eingeschlossen, erzeugen internationale Krisen unter Beteiligung Moskaus stets den gleichen Effekt: In Politik und Öffentlichkeit formiert sich unverzüglich ein ziemlich monochromes Meinungsbild, weitgehend frei von Nuancen und Schattierungen. Als neoimperiale Großmacht, die auch vor Gewaltmitteln nicht zurückschreckt, sitzt Russland auf der Anklagebank. Zu den wenigen Gegenstimmen zählte stets die von Altkanzler Helmut Schmidt, der daran zu erinnern pflegte, „dass Russland seit Gorbatschow nirgendwo seine Grenzen militärisch verletzt und sich nach außen friedlicher verhalten hat als jemals in zaristischen oder sowjetischen Zeiten.“ Jetzt hat sich ihm sein Nachfolger Helmut Kohl zugesellt, der „seitens des Westens in den vergangenen Jahren [...] große Versäumnisse“ feststellt: „Die Aufbruchsstimmung in der Ukraine wurde nicht mehr klug begleitet. Ebenso hat es an Sensibilität im Umgang mit unseren russischen Nachbarn gemangelt, insbesondere mit Präsident Pufin.“

Dass russische Soldaten keinen Fuß auf fremdes Territorium setzten, galt allerdings nur bis zum 9. August 2008. An diesem Tag brachen sie zum ersten Mal ihre Abstinenz. Ort der Handlung war die zu Georgien gehörende, aber faktisch selbstverwaltete und politische Unabhängigkeit anstrebende Provinz Südossetien. Am Vortag waren nach vorbereitendem Artilleriefeuer georgische Streitkräfte in das umstrittene Gebiet vorgedrungen und hatten die Hauptstadt Zchinwali eingenommen. Die russischen Truppen schlugen sie zurück.

Doch während der „eingefrorene“ Regionalkonflikt augenblicklich zur internationalen Großkrise eskalierte, berichteten die Medien wenig bis gar nichts über Zweck und Anlass der russischen Militärpräsenz in Südossetien. Bereits seit dem Ende der Sowjetunion lieferte sich die abspaltungswillige Provinz einen blutigen Krieg gegen das georgische Mutterland. Erst ein Waffenstillstand im Juni 1992 konnte diesen beenden. Das Abkommen, von den Präsidenten Russlands und Georgiens unterschrieben und durch die KSZE-Mission in Georgien mitgezeichnet, setzte eine Kontrollkommission und eine multinationale Überwachungsgruppe unter russischem Oberkommando ein. Deren Auftrag lautete, die Einhaltung der Waffenruhe zu gewährleisten.

Das war noch immer die Mandatslage im Sommer 2008. Das russische Vorgehen war somit rechtskonform. Dieser Tage liegt die Sache anders, die Streitfälle Ossetien und Krim sind kaum zu vergleichen. Erstens ist der Konflikt um die Halbinsel im Schwarzen Meer von wuchtigerem Kaliber und weit größerer Brisanz - mit bis heute noch gar nicht absehbaren Folgen, die weit über die Krim hinausreichen könnten. Und zweitens handelt es sich im Falle der Besetzung der Krim durch russische Truppen um eine Verletzung der Souveränität eines unabhängigen Staates, nämlich der Ukraine, und daher um einen Verstoß gegen das Völkerrecht. Daran kann auch die unter zweifelhaften Umständen zustande gekommene Volksabstimmung am 16. März über die Unabhängigkeit der Krim nichts ändern. Den Aufmarsch russischer Truppen auf der Krim und zudem an der Grenze zur Ukraine, wenn auch nur „zu Übungszwecken“, wird man kaum als vertrauens- oder gar legitimationsstiftende Maßnahme für die „Unabhängigkeit“ der Abstimmung werten können.

Zwar gehört die Krim aus keinem anderen Grund seit 1954 zur Ukraine, als der Wodka laune eines sowjetischen Potentaten namens Chruschtschow wegen. Dennoch muss sich die russische Führung vorwerfen lassen, geltendes Recht missachtet und den Versuch einer politischen Problemlösung von Beginn an ausgeschlagen zu haben. Entschuldigungen gibt es dafür nicht, vielleicht jedoch Erklärungen. Und auf diese kommt es an, will man denn überhaupt eine friedliche Streitbeilegung herbeiführen - auch auf die Gefahr hin, dafür als „Russlandversther“ denunziert zu werden.

Der längere, vollständige Artikel kann unter folgendem Link gelesen werden:

<https://www.blaetter.de/ausgabe/2014/april/die-krimkrise-und-der-wortbruch-des-westens>

Anhang: Berichte aus Deutschland IV

Was tun im Angesicht dieser unglaublichen Aggression?

Bis vor kurzem war es für die meisten von uns unvorstellbar, dass es unmittelbar vor unserer Haustür in Europa Krieg geben könnte, dass ein souveränes Land einfach von einem anderen überfallen wird und Millionen Menschen innerhalb kürzester Zeit zur Flucht in Nachbarländer gezwungen werden – überwiegend ältere Menschen oder Mütter mit Kindern.

Mit dem Einmarsch der russischen Streitkräfte in die Ukraine am 24. Februar ist dieser Alptraum Wirklichkeit geworden – fassungslos stehen Eltern, Lehrer:innen und Erzieher:innen vor den Nachrichten aus dem Kriegsgebiet. Wie kann ich auf etwas reagieren, das ich selbst kaum fassen und verkraften kann? Was sage ich den Kindern und Schüler:innen? Wie finde ich alle Orientierung in der Flut unerträglicher Bilder, die jeden Abend über die Bildschirme flimmern oder in den sozialen Netzwerken die Runde machen? In dieser Situation haben die Oberstufenlehrerin Karoline Kopp (FWS Landsberg) und Franz Glaw (Lehrer an der RSS Mönchengladbach und Mitarbeiter am Tessin-Institut für Medienpädagogik an der Freien Hochschule Stuttgart) eine bemerkenswerte Initiative ergriffen. Zusammen mit Schüler:innen wurde ein Oberstufenforum zum Ukraine-Krieg auf die Beine gestellt – über Zoom konnten sich Schulklassen zuschalten und Fragen an Expert:innen zum Krieg stellen. Auch Menschen, die durch ihre Herkunft und Verwandte im Kriegsgebiet unmittelbar betroffen sind, wurden einbezogen: Vitalina Korzyukova, Schülerin in Mönchengladbach und Igor Ivanov, Ehemann einer Lehrerin an derselben Waldorfschule. Dass Kopp und Glaw mit ihrer Idee auf ein breites Bedürfnis in der Waldorfschulbewegung gestoßen sind, zeigte die große Beteiligung von mehr als 140 Waldorfschulen, die zugeschaltet waren – eine Resonanz, mit der die beiden so nicht gerechnet hatten. »Wir schätzen, dass rund 5.000 Waldorfschüler:innen zugeschaltet waren«, sagte Karoline Kopp im Anschluss an die digitale Konferenz.

Was will Putin mit diesem Krieg erreichen? Gibt es noch ein Zurück? Warum ist von Nazis in der Ukraine die Rede? Warum widmen wir ihm so viel Aufmerksamkeit, wo doch in anderen Teilen der Welt ständig Krieg ist? Was kann man tun, um den Menschen in der Ukraine zu helfen und: Nutzt es etwas, der Gewalt Friedensdemonstrationen entgegenzusetzen? Das waren Fragen, die die Schüler:innen im Chat an die Expert:innen formuliert hatten. Zusammengefasst und vorgetragen wurden sie von Noel Norbron, Vorstandsmitglied der WaldorfsV. Zu den Expert:innen gehörten auch Prof. M. Michael Zech, Historiker und Politikwissenschaftler von der Alanus Hochschule und Lukas Mall, Notfallpädagoge der Freunde der Erziehungskunst Rudolf Steiners. Er ist aktuell an der polnisch-ukrainischen Grenze im Einsatz. Zu Beginn der Zoom-Konferenz gab es eine Schweigeminute, mit der der Opfer des Krieges gedacht wurde. Vitalina Korzyukova und Igor Ivanov schilderten, wie sie – obwohl man es habe erwarten können angesichts der russischen Truppenkonzentration an der Grenze – der Einmarsch in eine tiefe Schocksituation versetzt hatte, ausgelöst durch die Informationen von Freund:innen und Bekannten, die das Land nicht verlassen konnten. »Ich konnte zwei Tage lang nicht arbeiten, ich war in Gedanken nur bei meinen Landsleuten«, beschrieb Ivanov seine Seelenlage. »Ein Großteil meiner Familie ist noch dort, Onkel, Tanten, Oma – sie können nicht weg. In den Städten gibt es Hilfen, aber auf dem Dorf ist es ganz schwer«, schilderte Vitalina die Lage. Bisher hätten alle Glück gehabt, nicht von den Luftangriffen getroffen worden zu sein. Igor Ivanov überwand seinen Schock dadurch, dass er einen Hilfstransport organisierte, der auf dem Rückweg auch Flüchtlinge mit nach Polen nahm.

Zech gab in einem einführenden Beitrag einen Überblick über die Geschichte der Ukraine und ihre enge Verflechtung mit Russland und Weißrussland in einem kulturellen Raum. Daraus jedoch abzuleiten, dass die Ukraine kein Recht auf Eigenstaatlichkeit habe, sei ein Gedanke aus der Vergangenheit. Die heutige Ukraine sei ein »sehr komplexes Gebilde« mit einem Gegensatz schon zwischen dem Osten und Westen des Landes, einer Vielfalt mit sieben Sprachen und 23 verschiedenen Sprachgruppen. So seien viele Familien durch unterschiedliche kulturelle Zugehörigkeiten geprägt. Bis 2014 habe er, so Zech, diese Diversität immer als unproblematisch erlebt: »Es wurden gemeinsame Lieder auf den Waldorf-Fortbildungen gesungen, die ich besucht habe, die russische Sprache diente allen als Verständigung«. Mit der Annexion der Krim durch Russland und den Krieg im Donbass habe sich alles dann verändert, auch in der Waldorfschulbewegung in Osteuropa seien die Nationalitäten spürbar geworden. Deutlich wurde in der Zoom-Veranstaltung auch, dass im Ukraine-Krieg nicht nur zwei Völker gegeneinander kämpften, sondern dass es um weitreichende gesellschaftspolitische Zielsetzungen geht. »Putin kämpft an zwei Fronten, auch gegen sein eigenes Volk«, so Karoline Kopp.

Auch Zech unterstrich diesen Aspekt: Auf der einen Seite die Ukraine mit ihrer Diversität, ihrem Streben nach Offenheit, Pluralismus und Demokratie und auf der anderen Russland, wo Putin diese Bestrebungen in den letzten Jahrzehnten systematisch unterdrückt habe. »Das ist auch das, was uns an diesem Krieg so berührt: es geht um die Idee der offenen pluralen Gesellschaft, die wir auch haben und um die Frage: Darf man sein, was man will?« Zech erläuterte, dass diese gemeinsame Idee auch die Stärke der Verteidigung der Ukraine ausmache: »Die da einmarschieren sind, haben keine Idee, sie werden von einer Elite geschickt, die in einer unglaublichen Machtfülle herrscht«. Auch wenn man auf Seiten der NATO oder der EU Fehler in der Vergangenheit identifizieren könne: »Diese unglaubliche Aggression ist durch nichts zu rechtfertigen«, betonte Zech. Er verwies auch auf das Budapest-Abkommen von 1994, in dem die Ukraine auf ihre atomare Bewaffnung noch aus Zeiten der Sowjetunion verzichtet habe und die beteiligten Staaten, darunter auch Russland, dem Land im Gegenzug seine territoriale Integrität garantiert hätten. Insofern sei es auch durchaus möglich, sich ein Urteil über den Ukraine-Krieg zu bilden: »Man kann urteilen und denken«. Bei der Nutzung von Berichten Einzelner auf Youtube zum Beispiel sei immer zu fragen, ob das auch für die Allgemeinheit gelte. Insofern sei auch die Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Medien mit heranzuziehen. Dort werde immer angemerkt, dass bestimmte Berichte im Kriegsgeschehen nicht zu verifizieren seien. In der Vermittlung von Urteilsfähigkeit sah Franz Glaw, der auch an der Freien Hochschule Stuttgart Medienpädagogik unterrichtet, eine wichtige Aufgabe der Waldorfschulen.

Zum russischen Argument, es handle sich in der Ukraine um Nazis, die man bekämpfe, erläuterte Zech, dass bei den Maidan-Protesten in Kiew 2014 auch Kampfverbände von Neonazis beteiligt gewesen seien, die es auch jetzt noch in der Ukraine gebe. »Aber sie haben bei einer Wahl in der Ukraine nie Stimmen erhalten, die Ukraine ist in keiner Weise von ihnen bestimmt«. Der Kampf gegen die Nazis sei in der russischen Geschichte seit dem Zweiten Weltkrieg ein wichtiges Identifikationsmerkmal, deswegen nutze Putin jetzt das Argument der Entnazifizierung. »Es ist ein Kampfbegriff, mit dem die russische Seite ihr Vorgehen zu rechtfertigen versucht«, betonte Zech. Lukas Mall von den Freunden der Erziehungskunst berichtete vom notfallpädagogischen Einsatz an der polnisch-ukrainischen Grenze, der den geflüchteten Familien helfen soll, traumatische Erlebnisse zu verkraften. Er erläuterte, wie Notfallpädagogik wirkt, die »Freunde« bieten dazu auch Fortbildungen für die Helfer vor Ort an. Eine Hilfsbereitschaft, wie sie dort an der Grenze und in der Westukraine zu beobachten sei, habe er »so noch nicht erlebt«. Hilfsleistungen von Deutschland aus seien wichtig, aber es müsse darauf geachtet werden, dass immer konkrete Ansprechpartner:innen in der Ukraine vorhanden seien: »Frage jemand, den ihr kennt, welcher konkrete Bedarf wofür besteht und wo genau.«

Quellen

- Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, <https://www.lpb-bw.de/ukraineconflikt>
- Die Zeit, www.zeit.de
- Der Spiegel, www.spiegel.de
- Welt, www.welt.de
- Der Bund, www.derbund.ch
- <https://de.wikipedia.org/>
- www.kinderweltreise.de
- www.kinderzeitmaschine.de
- Bundesministerium der Justiz, https://www.bmj.de/DE/themen/voelkerstrafrecht/kriegsverbrechen/kriegsverbrechen_artikel.html
- <https://correctiv.org/faktencheck/hintergrund/2022/12/12/nato-osterweiterung-was-russland-und-der-westen-vereinbaren-und-was-nicht/>
- <https://www.youtube.com/watch?v=h2U8tscdLE>
- <https://ria.ru/20220403/ukraina-1781469605.html>
- Frankfurter Rundschau online, <https://www.fr.de/politik/ukraine-news-butscha-massaker-grausame-details-russland-soldaten-krieg-militaer-division-91992581.html>
- 20-min-online, <https://www.20min.ch/story/sie-zwangen-meinen-mann-oleg-auf-die-knie-und-schossen-ihm-in-den-kopf-147296251532>
- UNO-Flüchtlingshilfe, <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/hilfe-weltweit/ukraine>
- Spiegel online, <https://www.spiegel.de/ausland/ukraine-krieg-700-000-ukrainische-kinder-seit-kriegsbeginn-nach-russland-verschleppt-a-0a709765-a583-459a-b63a-059ad81f3aed>
- SRF online, <https://www.srf.ch/news/international/kinder-im-krieg-wie-ukrainische-kinder-verschleppt-und-russifiziert-werden>
- Tagesschau online, <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/russland-journalistin-verurteilt-100.html>
- Amnesty International, <https://www.amnesty.ch/de/laender/europa-zentralasien/russland/dok/2022/zehn-jahre-haft-fuer-kritik-am-ukraine-krieg>
- Kölner Stadtanzeiger, <https://www.ksta.de/politik/herfried-muenkler-verlogenes-manifest-von-alice-schwarzer-und-sahra-wagenknecht-zur-ukraine-454517>
- Erziehungskunst, <https://www.erziehungskunst.de/artikel/was-tun-im-angesicht-dieser-unglaublichen-agression>